

44. Jahrgang
ISSN 0939-3099
3/4 2012

ao aktuelle ostinformationen



Albanien - Vergessenes Land?

ao
3/4
2012

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitschrift beschäftigen wir uns zunächst mit zwei europäischen Ländern, die angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise der EU etwas in den Hintergrund gerückt sind. Denn wer interessiert sich momentan schon für Albanien, ein Balkanland mit traditionell extremer europäischer Randlage? Und wie gestaltet sich der Alltag in diesem fast vergessenen Landstrich? Schließlich: Was bietet das Land Europa und der EU und wie stellt es sich einem interessierten Beobachter aus Deutschland dar, der sich für eine Studienreise nach Albanien entschieden hat? Diesen Fragestellungen geht Christoph Sobotta in seinem einleitenden Beitrag nach.

Von einem anderen, ebenfalls balkanischen Land hat man in letzter Zeit auch recht wenig gehört. Dabei sorgten die autoritären Anmaßungen seiner Regierung vor noch nicht allzu langer Zeit für aufgeregte Debatten in Brüssel, Berlin, Paris, London und anderswo. Der Frage, wo Ungarn momentan politisch und wirtschaftlich steht und wohin es sich wahrscheinlich in nächster Zeit entwickeln könnte, geht deshalb ein Autorenkollektiv ungarischer Studierender nach, die 2011 im GESW an einem von der Seminar zur Sozialen Marktwirtschaft teilgenommen haben.

Ferner veröffentlichen wir zwei vergleichende soziologische Studien. Die erste stammt von Frau Prof. Barwińska-Małajowicz und behandelt die Einstellungen von Studierenden und Absolventen an Hochschulen in Bielefeld und Rzeszów. Die zweite thematisiert die Haltungen deutscher und polnischer Jugendlicher gegenüber der Politik und ist im Rahmen einer Examensarbeit von Monika Fröhlich verfasst worden. Beide Untersuchungen behandeln zentrale Themen der deutsch-polnischen Jugendforschung und bilden die Grundlage für weitere wissenschaftliche Studien, die unter anderem wichtige Aufschlüsse im Hinblick auf die Mobilität, das Migrationsverhalten sowie die Zukunftsperspektiven junger Polen und Deutscher liefern können.

Schließlich berichtet Theo Mechtenberg in einem kurzen Beitrag über den einsetzenden Versöhnungsprozess zwischen Polen und Russen, der kürzlich durch eine gemeinsame Botschaft an die Völker Polens und Russlands von kirchlicher Seite einen wichtigen Impuls erhielt.

Des Weiteren erinnern wir in einem Buchreport an die deutsche Polenhilfe während der Solidarność-Periode und lassen den polnischen Premierminister Donald Tusk in einem Interview zu Worte kommen, in dem resümierend auf die Fußballeuropameisterschaft 2012 sowie den aktuellen Diskussionsstand über die Zukunft der EU eingegangen wird. Zwei weitere Texte sind dem Gedenken an den legendären Jan Karski und an die Opfer des Lagers Lambsdorf gewidmet. Wie immer wird auch diese Ausgabe der „ao“ von einem großen Rezensionsteil abgeschlossen.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

<i>Christoph Sobotta</i> Albanien – ein „weißer Fleck“?	4
<i>András Csarkó, Szilvia Dunai, Dorottya Kisfalusi, Mónika Szászik, Melinda Szűcs</i> Ungarn – Systemtransformation in Wirtschaft und Politik von 1990 bis 2012 ...	22
<i>Anna Barwińska-Małajowicz</i> Studierende der Partnerstädte Rzeszów und Bielefeld	36
<i>Monika Fröhlich</i> Politik und Partizipation bei deutschen und polnischen Jugendlichen	50
<i>Theo Mechtenberg</i> Polen und Russen – Beginn einer Versöhnung	59

Berichte

<i>Jaqueline Patzer</i> Schulen auf Partnersuche: GESW führt »Singles« zusammen	64
--	----

Buchreport

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Polenhilfe. Als Schmuggler für Polen unterwegs	67
<i>Gerhard Schüsselbauer</i> Romane von Vladimir Zarev und Ivana Bordožić	73

Dokumentation

<i>Jerzy Baczyński, Joanna Paradowska</i> Interview mit Donald Tusk	78
--	----

Rezensionen

<i>Dani Rodrik</i> : Das Globalisierungsparadox	85
<i>Wolfgang Gieler (Hg.)</i> : Entwicklungszusammenarbeit im Vergleich	88
<i>Deutsches Polen-Institut</i> . Jahrbuch Polen 2012	91
<i>Jiří Holý</i> : Tschechische Literatur 1945 bis 2000.	94

Gedenken

<i>Theo Mechtenberg</i> Späte Ehrung für Jan Karski	97
<i>Dagmar Barzen</i> Ansprache für die Opfer des Lagers Lamsdorf/Łambinowice	101

Beiträge

Christoph Sobotta¹

Albanien – ein „weißer Fleck“? (Betrachtungen zu einer Studienreise)

SHQIPËRIA... leuchtete mir in Großbuchstaben fremd entgegen, auf einer Briefmarke, die ich als Siebenjähriger in meinem gezahnten, internationalen Sammelsurium hatte. Meine Eltern wussten zwar, was NORGE oder CCCP bedeutete, konnten sogar die europafremden Schriftzeichen einer indonesischen Marke als *asiatisch* lokalisieren, mit *Shqipëria* konnten sie jedoch nichts anfangen.

Mit fernen Ländern schien man sich besser auszukennen, denn der Tod des „schwarzen Satans“ Lumumba wurde in unserer deutsch-konservativen Verwandtschaft gutgeheißen. Dass er mit sehr starker belgischer Unterstützung unter Beteiligung des CIA ermordet worden war, konnte die Allgemeinheit 1961 nicht wissen. Aber darauf, dass Patrice Lumumba ein wichtiger Vorkämpfer der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung aus der kolonialistischen Versklavung war, ist bei uns zu Hause nie die Sprache gekommen. Sowohl Lumumba als auch Shqipëria faszinierten mich.

Im Winnetou-Lese-Alter lernte ich, in Polnisch, auch die beiden Aladschy aus dem „Land der Skipetaren“ kennen, an die ich viele Jahre später in Deutschland denken musste, als ich von Albanern hörte, die im Frankfurter Bahnhofsviertel und ähnlichen Milieus kräftig zulangten, besonders gewalttätig und brutal auftraten. In Kalkutta/Kolkata wirkte Mutter Teresa und war als „Saint of the Gutters“ fest mit dieser Stadt assoziiert. Wenige wussten, dass die wohltätige und sich aufopfernde Nonne vorher 38 Jahre lang in Albanien verbracht hatte.

Und: Enver Hoxha, Führer des stalinistischsten Regimes, neben Muammar al-Gaddafi und Kim Il-Sung einer der am längsten amtierenden Diktatoren auf Erden, erließ ein totales Verbot aller Religionen im Lande und leitete mehrere „Säuberungsaktionen“ ein – auch gegen den Premierminister Sheha und dessen Familie. Nach einem vierjährigen Bündnis mit Titos Jugoslawien – beide kämpften kurz davor noch als Partisanen gegen das faschistische Italien und nationalsozialistische Deutschland – ging er eine enge Beziehung mit der Sowjetunion ein, und nach Stalins Tod lehnte er sich an den anderen

¹ Christoph Sobotta wurde 1953 in der Volksrepublik Polen geboren und siedelte 1966 in die Bundesrepublik Deutschland über, wo er Germanistik und Slawistik in Mainz studierte und gleichzeitig in freien Theatergruppen arbeitete. Danach und bis heute unterrichtet er Deutsch, DaF, Politik und Gesellschaftslehre. Seit 1992 ist er im Ruhrgebiet zu Hause.

starken „kommunistischen Bruder“ an; ab den 1960er Jahren waren Schiffe mit chinesischen Zeichen in der südlichen Adria zu sehen.

Nach dem Ableben Mao-Zedongs erfolgte abermals eine Abkehr von einem politisch und wirtschaftlich starken Partner. Die Beziehungen zur westlichen Welt und den blockfreien Staaten hatten unter Enver Hoxha noch nie viel Substanz gehabt, und so war Albanien bis zu seinem Tod im Jahre 1985 außenpolitisch noch isolierter als zuvor. Die Angst vor dem Außen, innen „Unabhängigkeit“ genannt, wurde mit 700.000 Bunkern betonierte – und dies auf einer Fläche, die kleiner als Nordrhein-Westfalen ist.

Tanzauftritte in Volkstrachten und auf Feldern arbeitende Bauern unter hoch aufgestellten Lautsprechern, aus denen aufmunternde Lieder schepperten, waren zwei „Bilder“, die sich – ich weiß nicht wodurch oder durch wen – in mir zusammensetzten. Schlangen: in vielen Knäueln am Skutari-See pulsierend... oder massenweise in den Ausgrabungsstätten von Butrint herumliegend – durch Gift getötet, vor dem hohen Besuch einer sowjetischen Delegation: ich weiß es nicht mehr.

Schwarzer Humor im Albanien der 1950er und 1960er Jahre: Was kommt heraus, wenn sich eine Schlange mit einem Igel paart? – Stacheldraht.

Doppelkopf-Adler: schwarz auf tiefrotem Tuch oder silberfarben an einer Kette um den Hals in der Dortmunder Einkaufszone getragen, von den Nachkommen der beiden letzten Fluchtwellen vom Anfang und Ende der 1990er Jahre – voller Stolz, Skipetaren eben.

Die chaotische Geschichte des Landes mit den blitzartig aufgenommenen, fremdstimmenden „Bildern“, eingewoben in einen unbestimmten Nebel, zog mich an. Ich glaube, es stand für mich schon damals, bei der Briefmarke, unbewusst fest, dass ich nach Albanien fahren würde. Vielleicht habe ich den Entschluss für die Reise dorthin sogar ein wenig Lumumba zu verdanken.

Es gibt nicht viele Reiseanbieter für Albanien – das Land liegt touristisch immer noch in einem „toten Winkel“. In der Beilage einer Tageszeitung sah ich dann „Unentdecktes Albanien“ und buchte die achttägige Rundreise mit einem Bus. Die Reaktion der meisten Arbeitskollegen und Bekannten reichte von Ungläubigkeit bis zum vollkommenen Unverständnis: „Wohin?“ – „Wirklich?!“ – „Geht das denn?“ – „Was willst du dort?“ Ein Paar, das regelmäßig Urlaub in der Karibik und in Thailand macht, fragte sogar: „Wo liegt denn das?“

Vom Flugzeug aus gesehen, ist Albanien landschaftlich in die Balkan-Halbinsel integriert: schroffe, oben kahle Berge und ein langer, flacher Küstenstreifen, der in Ex-Jugoslawien und Griechenland sehr schmal oder gar nicht vorhanden, im nördlichen Albanien dagegen einige Kilometer breit ist. Meer, Berge und Himmel auf einmal: Das habe ich schon immer gemocht, denke ich, während der Airbus 320 der *Austrian Airlines* auf das Rollfeld von *Rinas* bei Tirana aufsetzt.

Verbindungen

Rinas (heute nach Mutter Teresa benannt) ist der einzige Flughafen Albanien, etwa 30 km von Tirana entfernt und vergleichbar mit Paderborn Airport. Wer mit der Bahn im Lande reisen möchte, muss Zeit mitbringen und ist in seinem Aktionsradius sehr eingeschränkt. Es gibt nur vier Schienenverbindungen zwischen den größten Städten; die nostalgisch und romantisch rostenden E-Loks quälen sich mit einem oder zwei Waggons im Schlepptau vorwärts, und für sehr wenig Lek kann man bei 40 km/h die schöne Landschaft bewundern. Es gibt auch heute, nach der bewussten Isolation in der Hoxha-Ära, keinen Grenzbahnhof in Albanien.

Mit dem Bus kommt man schneller voran und auch weit über die Staatsgrenzen hinaus, zu den Hauptstädten der Nachbarländer, sogar nach Sofia und Istanbul (20 Stunden Fahrt und 35 € für eine einfache Fahrt). Zu den größeren Städten im Inland gelangt man mit unbequem ausgestatteten Bussen; einige von ihnen sollen noch aus den Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR stammen und innen Verbotsschilder auf Deutsch tragen: „Nicht mit dem Wagenführer sprechen!“²

Das übliche und praktischste Fortbewegungsmittel sind die *Furgons*, Minibusse für acht Fahrgäste, die erst losfahren, wenn alle Plätze belegt sind. Die Abfahrstellen sollten vorher erfragt oder erkundet werden, weil sie meist nicht gekennzeichnet sind. In Tirana werden, im Zuge des regen Baubooms, vorhandene Haltepunkte dauernd versetzt. Im Gebirge sind die *Furgons* das einzige öffentliche Verkehrsmittel, und die Fahrt kann abenteuerlich ausfallen und Nerven kosten. Der wagemutige und beherzte Lenker des Minibusses hält vorne auch kleine Tüten für nicht so magenstarke Fahrgäste bereit.

Albaner sind begeisterte Autofahrer, umso mehr, da im Kommunismus Privatwagen verboten waren. Am Flughafen *Rinas* und in einigen Städten sind bekannte Mietwagenfirmen vertreten und die Leihgebühren für den Touristen sehr preisgünstig, kaum teurer als in Spanien; doch die Straßen erfordern einen geübten und nervenstarken Autofahrer. Das war auch unser Lenker des Minibusses mit 20 Sitzplätzen, der meisterhaft und immer gut gelaunt den Wagen führte, doch auf der Strecke von Përmet nach Korçë, an der griechischen Grenze entlang, bildeten sich Konzentrationsfalten auf seiner Stirn bei den scharfen Kehren und beim langsamen Umfahren der vielen Schlaglöcher. Er freute sich jedoch auf den frischen, weißen Schnee, der über Nacht neu gefallen war – nach viel Sonne in Vlorë und Sarandë. In die nordalbanischen Berge würde er sich mit so einem Kleinbus allerdings nicht hinein wagen, sagte er lachend, dort bräuchte man einen Geländewagen mit Allradantrieb.

In Albanien wird seit 1990 viel in den Straßenbau investiert. Die Straße von der Küste bis in den schönen Theti-Nationalpark hoch in dem bergigen Norden ist fertig asphaltiert, und die Autobahn A1 zwischen Durrës und der Grenze zum Kosovo wird in diesem Jahr auf der ganzen Länge befahrbar sein. Es gibt bereits einige vierspurige Autostradë, hauptsächlich um Tirana und Durrës herum. Eine führt – in Teilstrecken -

² Renate Ndarurinz: *Albanien. Mit Tirana, Adriaküste und Albanischen Alpen*, Trescherverlag, Berlin 2012.

sogar nach Griechenland. Die meisten Routen aber, vor allem die Nebenstraßen, sind schlecht befestigt, im Gebirge steil, kurvenreich und in Flussnähe zu Schotterpisten mäandert; ab und an tiefe Schlaglöcher und offene Kanalschächte. In abgelegeneren Gebieten wird kein großer Wert auf Beschilderung gelegt, hinzu kommen nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, wie Schafe, Ziegen, Esel und wilde Hunde; auch Pferdefuhrwerke auf der falschen Fahrtrichtung einer Hauptstraße sind anzutreffen.

Schichtungen

Das Gebiet des heutigen Albanien war über viele Jahrhunderte politisch instabil, bildete oft den „Brückenkopf“ expandierender Reiche und Mächte. Als erste Siedler sind ab dem 5. Jahrhundert n.Chr. illyrische Stämme nachgewiesen, die kurzlebige Reiche gründeten, wie das des Königs Argon oder der Königin Teuta mit ihrer gefürchteten Flotte. Bereits ab dem 6.Jh. entstanden entlang der südlichen Küste hellenistische Kolonien: Apollonia, Butrint und Dyrrachium (heute Durrës). Nach den beiden römisch-illyrischen Kriegen wurde das Gebiet kurz vor unserer Zeitrechnung dem Römischen Reich einverleibt. 400 Jahre später, bei der Teilung des Römischen Reiches, fielen der nördliche Teil Albanien an das Westreich und der südliche an das Byzantinische Reich, das bald über ganz Albanien herrschen sollte. Am Ende der Völkerwanderung siedelten sich in weiten Teilen auch Slawen an, und am Ende des 9. Jahrhunderts gehörte Mittel- und Südalbanien dem Bulgarischen Reich an. Im Krieg gegen Byzanz fielen für eine kurze Zeit süditalienische Normannen ein, und nach dem Zerfall des Byzantinischen Reiches wechselte die Herrschaft über Albanien in schneller Folge: das Reich von Epirus, das Königtum Neapel und die Republik Venedig, der serbische Zar Dušan. Daneben entstanden für kurze Phasen und lokal begrenzt Fürstentümer einheimischer Adliger: das Fürstentum *Arbanon* in Krujë, Karl Thopias in Mittelalbanien, die Familie Ballsha im Norden. Der bekannteste ist Gjergj Kastrioti aus Krujë, genannt Skanderbeg, Albanien Nationalheld, der 25 Jahre lang Widerstand gegen die eindringenden Osmanen leistete und 1468 aufgeben musste.

Etwa ein halbes Jahrtausend lang herrschten die Osmanen auf dem Balkan, was sich bis heute, auch in der albanischen Küche, niederschlägt: überwiegende Verwendung von Lamm- und Ziegenfleisch, Byrek, Bakllava, *kafe turku*. Der Großteil der Bevölkerung trat zum Islam über – nicht gezwungen, meistens jedoch wegen steuerlicher Vorteile und besserer Karrieremöglichkeiten. So beträgt heute der Anteil der muslimisch orientierten Bevölkerung 60% (davon ein Drittel Bektashi – nach einem Derwisch-Orden). Als eine Spätfolge der Teilung in Ost- und Westrom machen die Orthodoxen, hauptsächlich im Südtel des Landes anzutreffen, statistisch 20% und die Katholiken, im Norden lebend, 10% aus.

Die starke Fluktuation der Regenten in der Geschichte Albanien lässt sich am besten am Beispiel von Berat, einer strategisch und wirtschaftlich günstig gelegenen Stadt, verdeutlichen. Berat liegt mitten in Albanien, im breiten Tal des Flusses Osum, im Westen und Osten durch zwei hohe Bergmassive begrenzt. Wie alle Flüsse in diesem Land, zieht der Osum gemächliche Schleifen ohne jegliche Begradigungen. Das Tal ist wegen des günstigen Klimas landwirtschaftlich sehr fruchtbar:

1. Illyrische Siedlungen ab dem 5. Jh. v. Chr. und Befestigung des Burghügels im 4. Jh.
2. Danach in mazedonischer Abhängigkeit Neugründung der Stadt unter dem Namen *Antipatreia*, vermutlich unter Kassander.
3. Eindringen der Römer im 2. Jh. v. Chr.
4. Im 9. Jh. nehmen Bulgaren die Stadt in Besitz und nennen sie *Beligrad* – daraus abgeleitet ist *Berat*.
5. Ab 1018. byzantische Regentschaft
6. Ab 1204 gerät Berat in den Machtbereich des westgriechischen Reiches Epirus, unterbrochen durch die Herrschaft lokaler Fürsten, der Könige von Neapel und der Bulgaren.
7. 70 Jahre später regiert hier wieder Byzanz.
8. Erfolgreicher Aufstand einheimischer Adliger im Jahre 1336.
9. Nach dem Zusammenbruch des Byzantinischen Reiches Mitte des 14. Jahrhunderts fällt der serbische König Dušan in Berat ein.
10. Einige Jahre später „übernimmt“ die mächtige albanische Familie Muzaka die Stadt.
11. 1417 erobern die Osmanen das Gebiet und lassen sich hier für 500 Jahre nieder.

Die Festung – die größte in Albanien – wurde von den Illyrern auf einem hohen und steilen Hügel errichtet, von den Römern zerstört, von den späteren Herrschern immer wieder aufgebaut und erweitert, bis sie im 18. Jh. ein Areal von fast 10 Hektar umfasste und zeitweise 20 Gotteshäuser zählte. Sie ist noch heute bewohnt und bildet den Stadtteil *Kalaja* mit einem beschwerlichen Anstieg; hier stehen zwei Moscheen und zwei Kirchen, in einer davon, der *Kathedrale der Heiligen Maria*, kann man hervorragende Werke des Ikonenmalers Onufri besichtigen. Im Stadtteil *Mangalem* wohnte während der Türkenzeit die muslimische Bevölkerung, deren weiße Häuser in den steilen Hang gebaut und mit zahlreichen Fenstern versehen sind, was Berat den Beinamen „Stadt der tausend Fenster“ gab. In *Gorica*, auf der anderen Seite des Flusses, wohnten sozial schwächere Schichten, wie Griechen, Aromunen und Juden, seit 1790 durch eine Steinbrücke verbunden, die allerdings zu keinem Zeitpunkt Objekt und Symbol für Auseinandersetzungen zwischen Orthodoxen und Moslems – wie in Mostar – gewesen ist. Heute stehen Moscheen und Kirchen in beiden Stadtteilen nebeneinander.

Grenzungen

Während des Ersten Balkankrieges – mit der folgenden Niederlage des Osmanischen Reiches – rief Albanien am 28. November 1912 in Vlorë seine Unabhängigkeit aus, die aber von Serbien, Griechenland und Montenegro, deren Truppen fast im ganzen Lande standen, nicht anerkannt wurde. Aufschlussreich ist eine unscheinbare Karte, ausgestellt im Nationalmuseum Tiranas, die in verschiedenen Farben die Vorschläge einzelner Länder für die Grenzziehung Albaniens bei der Londoner Botschafterkonferenz Ende 1912 wiedergibt. Während manche west- und mitteleuropäische Mächte den Staat Albanien großräumiger sahen, wollten die Anrainerländer – je nach ihren Interessen – ihn zu der einen oder anderen Seite hin verkleinert wissen.

Am Ende dienten, neben den Zugeständnissen an die Gewinnerstaaten, wie so oft auch geografische Gegebenheiten (Gebirgskämme und Seen) als Orientierung zur Grenzziehung; Sprachräume und Ethnien spielten eine untergeordnete Rolle. Serbien erhält das Kosovo, wo 80% der Bevölkerung albanisch und überwiegend muslimisch ist. Der albanische Staat hat nie Ansprüche auf Kosovo erhoben, das seit 2009 ein von fast allen Ländern der Welt anerkannter autonomer Staat ist. Das Verhältnis beider Länder zueinander kann man als „gut nachbarlich“ bezeichnen, zwischen einzelnen Familien bestehen noch verwandtschaftliche Beziehungen. Albanien hatte sich aktiv nicht in den Kosovo-Krieg 1998/99 eingemischt, nahm aber viele Flüchtlinge auf und versorgte sie, unterstützte die UÇK durch Beratung und Ausbildung. Kukës war Operationsbasis für die UÇK und dann für die NATO-Truppen. Seit dem kürzlich beendeten Ausbau der A1 dauert die Autofahrt von Tirana nach Prizren keine drei Stunden. Viele Kosovaren machen gern Strandurlaub in Durrës oder Vlorë, weil sie vom Meer abgeschnitten sind.

Das Verhältnis zu Griechenland gestaltet sich schwieriger, weil das *Epirus* schon immer ein „Interferenz-Gebiet“ gewesen ist. Im *Protokoll zu Florenz* von 1913 fiel ein Teil dieses „Zankapfels“ an den griechischen Staat, der andere an Albanien. In den darauf folgenden Weltkriegen stießen immer wieder griechische Truppen bis Gjirokastrë und Korçë vor, um das Gebiet in den eigenen Staat einzugliedern. Albanien war nie an großen Kriegen beteiligt, „pflegte“ jedoch eine Dauerfeindschaft zum griechischen Staat. Erst nach Enver Hoxhas Tod wurde der untergründige Kriegszustand formal beendet. Im Südosten des Landes sind Schilder oft zweisprachig gehalten, die Leute sprechen meistens Griechisch, und es gibt Souvlaki und Bifteki. Die griechischen Schulen sind auch bei Albanern beliebt, wie ich einem Gespräch zwischen zwei Müttern in einer Konditorei von Korçë entnehmen konnte. Auf der „anderen Seite“ der Grenze lebten am Anfang des 20. Jahrhunderts sehr viele albanische Çamët, sind jedoch wegen Vertreibung seitens Griechenlands in diesem Gebiet kaum mehr zu finden. In Südgriechenland leben sehr viele Arvanitë, die, wie die Arberësh, im 15. Jh. vor den Osmanen dorthin geflüchtet waren. Für Albaner war Griechenland bis vor kurzem sehr beliebt als Arbeitsland. Hauptsächlich aus den sehr armen Bergregionen fuhren sie über die relativ nahe Grenze und verdienten ca. 3.000 € in drei Monaten, wobei das Visum 600 € kostete (so im Film *Der Albaner* von Johannes Naber). Seitdem Albanien Beitrittskandidat für die EU ist (in die NATO wurde es bereits 2009 aufgenommen), entfällt die dreimonatige Visumpflicht für EU-Länder, aber Griechenland hat seit der eigenen Finanzkrise auch keine Arbeitsplätze mehr zu vergeben.

In den Grenzgebieten von Montenegro und Makedonien leben ebenfalls albanische Minderheiten; ein Grenzübergang kann jedoch wie zwischen zwei feindlichen Staaten „ritualisiert“ werden. Bei einem Abstecher nach Ohrid mussten wir eine ganze Stunde warten: In 15 Minuten Fahrzeugpapiere prüfen und 15 Pässe einscannen bei der albanischen Kontrolle, 45 Minuten für die gleiche Arbeit plus Kofferraumbesichtigung auf der anderen Seite. Was die makedonischen Grenzer so lange mit den Pässen im abgeschirmten Häuschen veranstalteten, entzog sich unserer Kontrolle. Ich kam mir ein bisschen vor wie im Ostblock in den Zeiten des Kalten Krieges.

Obwohl Albanien zu Italien keine Landesgrenze hat, lassen sich überall starke italienische Einflüsse ausmachen. Vielleicht ist es die ferne Nähe bzw. nahe Ferne der offenen See, die schon in der Antike der bequemste Weg gewesen ist. Heute bestehen regelmäßige Fährverbindungen von Durrës zu vier italienischen Häfen, sogar bis Triest; von Vlorë sind es per Schiff nur 75 km nach Brindisi.



Nachdem Skanderbegs Armee von den Osmanen geschlagen worden war, flohen Tausende nach Apulien, Kalabrien und Sizilien, wo sie eigene Dörfer gründeten und in eigenen Kirchen den orthodoxen Ritus pflegten. Die *Arbëresh*, Nachkommen der damals toskischen Emigranten, bilden noch heute festgefügte Gemeinden, sprechen ihren albanischen Dialekt und werden von den Süditalienern nicht als *fremd* empfunden. Auch in der letzten großen Fluchtwelle, der am Ende der 1990er Jahre, wanderten viele Albaner nach Italien aus. Zwischen den beiden Weltkriegen hatte Albanien seine erst 1912 ausgerufene Souveränität teilweise an Italien übergeben. Unter Ahmet Zogu, der sich selbst zum König ernannte, wurden eine albanische Staatsbank und kleinere Industriebetriebe mit italienischem Kapital gegründet. Italien sollte Albanien nach außen hin „schützen“; mehr als Dreiviertel des Exports ging in dieser Zeit ins Land gegenüber der Adria. Zogu geriet immer mehr in Abhängigkeit von Mussolini, führte einen Polizeistaat nach dessen Muster ein, und zu Beginn des 2. Weltkrieges herrschte Italien formal in Albanien.

Nach dem Einmarsch italienischer Truppen erstarkte der Widerstand, und Partisanen kämpften erbittert, zuerst gegen die italienische und dann gegen die deutsche Besatzung.

Trotz des politischen und wirtschaftlichen „Würgegriffs“ Mussolinis und der erbitterten Kämpfe der Partisanen gegen italienische Besatzer hat die Begeisterung für das *Italienische* in Albanien nicht nachgelassen. Viele Fußballfans jubeln bei Toren der Azzurri während einer WM oder EM, überall gibt es Restaurants – vor allem Gourmettempel – mit italienischen Spezialitäten oder zahllose Pizzerien mit der albanisierten Schreibweise *Pice*. Der Einfluss Italiens ist auch an vielen Gebäuden in der Mitte Tiranas, in Shkodër und in den großen Küstenstädten zu sehen:

Einzelne klassizistisch verspielte Villen in Vlorë und Sarandë, die von der Bausubstanz her endgültig zum Verfall bestimmt sind, zwischen Neubauten in Pastelltönen am Meer, die an Orte in *Marken*, auf der anderen Seite der Adria, erinnern. Die meisten Albaner verstehen und sprechen auch Italienisch; dies kann nicht nur die Folge des illegalen Radio- und Fernsehempfangs in der kommunistischen Ära sein, denn die Mehrheit der TV-Programme in den Hotels heute sind auch italienische.

Bindungen

Albanien ist ein relativ junger Staat, feiert in diesem Jahr seine 100-jährige Unabhängigkeit. Berücksichtigt man die beiden Weltkriege und dazwischen das weitgehende italienische Protektorat über das Land, so ist es seit 1945 souverän. Vor 1912 gab es kein *Albanien*, jedoch Albaner, die unter jahrhundertlanger Fremdherrschaft verschiedener Reiche überdauert haben und bis heute eine geschlossene „Einheit“ bilden. Sie wurden – abgesehen von der besonderen Situation Kosovos – nur wenig von den Nachbarstaaten „absorbiert“.

Die Religionen, die sowohl bei den Serben als auch Griechen zur Identitätsstiftung beigetragen haben, spielen in Albanien in dieser Hinsicht keine Rolle, da hier immer schon die Vertreter der vier bereits erwähnten Bekenntnisse friedlich nebeneinander existierten und nicht, wie zuletzt am Ende des vorigen Jahrhunderts in Kroatien, Bosnien und Kosovo, zum Vorwand für grausame Bürgerkriege geworden waren. Nicht selten werden religiöse Feste zusammen mit Angehörigen anderer Glaubensrichtungen gefeiert. Ehen zwischen zwei Partnern verschiedener Konfessionen werden in Albanien vor keine größeren Probleme gestellt; der orthodoxe Vater unseres Reiseleiters aus Tirana z.B. heiratete eine Muslimin.

Die Albaner als Ethnie definieren sich, neben eigenen Tänzen, Trachten und Liedern, vor allem über ihre Sprache, die indoeuropäische Wurzeln hat, in ihrer Ausprägung jedoch einmalig, mit den griechischen, romanischen oder slawischen Sprachfamilien nicht vergleichbar ist. Der Name *Albaner* (lat. *Albani*, griech. *Albanoi*) besteht seit der Antike und stand zuerst für einen illyrischen Stamm aus der Nähe von Dyrrachium, in der Folgezeit bildete in beinahe allen europäischen Sprachen der Wortstamm des italienischen *Albanesi* die Grundlage zur Bezeichnung der ganzen albanisch sprechenden Bevölkerung. Die Albaner selbst bezeichnen sich als *Shqiptarët*, hergeleitet „vom nicht mehr gebräuchlichen *shiptoj* (*aussprechen*) oder *shkipoj* (*deutlich sprechen*)“³, und grenzen sich damit von anders Sprechenden ab. Populäretymologisch verbreitet ist die Ableitung von *shqiponje* (*Adler*) mit den Attributen *stolz*, *frei*, *unabhängig* wie die *Adlersöhne*.

Die Ethnogenese der Albaner und ihrer Sprache ist auch in der geografischen Lage und Mobilität begründet. Als post-illyrische Wanderhirten verbrachten sie den Sommer im unwegsamen Gebirge im Norden und der Mitte des Landes, den Winter in den flachen und milden Küstenregionen. In ihrer lokalen Abgeschlossenheit wurde sie kaum von der Völkerwanderung vom 4. bis zum 6. Jh. berührt. Die das Territorium abwechselnd beherrschenden Mächte konzentrierten sich auf wichtige Städte bzw. Festungen und deren Umgebung, hatten dabei kein besonders großes Interesse an abgelegenen Gebieten.

Im Zuge der Autonomiebestrebungen im 19. Jh. waren es die Sprache und Kultur, die eine umfassende albanische Identität schufen – sowohl innerhalb des heutigen Staates

³ Wikipedia: *Etymologische Liste der Ländernamen* und *Albaner oder Skipetaren?* – www.buero-roehm, S.1

Albanien wie auch für Albaner im Kosovo, in Montenegro oder Makedonien. Es begann sich eine einheitliche Schriftsprache zu entwickeln, die 1908 im Kongress von Monastir kodifiziert wurde. Erst 1887 wurde in Korça die erste Schule mit albanischer Unterrichtssprache gegründet; heute ist dort ein Museum untergebracht, das von vielen Touristen aus dem In- und Ausland als Programmpunkt aufgesucht wird.

Heute werden in Albanien zwei Hauptdialekte gesprochen: Gegisch im Norden und Toskisch im Süden, wobei der Fluss Shkumbin oder die Via Egnatia in etwa die Grenze bilden. Seit der Enver-Hoxha-Ära bildet das Toskische die Grundlage für die geschriebene Hochsprache. Nach dem Transformationsprozess in den 1990er Jahren nehmen die dialektalen Unterschiede ab, was der starken Landflucht in die wirtschaftlichen Zentren Tirana-Durrës und der starken Nutzung moderner Medien zuzuschreiben ist.

Veränderungen

In der Endphase der Hoxha-Diktatur befand sich Albanien in einer katastrophalen Lage. Während der ersten 30 Jahre der *Volksrepublik Albanien* wurden – wenn auch streng verordnet – Sümpfe in den Ebenen trockengelegt, Felder auf LPG-Weise bestellt, Hügel für Obstbäume und Rebstöcke terrassiert, Staudämme für Wasserkraftwerke und gigantische Fabriken errichtet. Erlebte das Land mit sowjetischer oder chinesischer Unterstützung eine relative „Blüte“, so wurden die riesigen Stahl-, Textil- und Betonkombinate in der Zeit des „Umbruchs“ im Osten Europas ab 1989 stillgelegt und teilweise vom zornigen Volk demoliert. Noch heute stehen sie wie post-industrielle Geisterbauten in der Landschaft herum und rosten großflächig vor sich hin. Immerhin nimmt zurzeit ein türkisches Unternehmen einen Teil des Mega-Werkes in Elbasan in Betrieb.

Aus Unsicherheit, vor allem wegen der desolaten Wirtschafts- und Versorgungslage, flüchteten zigtausende Albaner auf gekaperten Schiffen oder über verschneite Berge in die Nachbarländer. Die ersten freien Wahlen gewannen 1991 noch die Kommunisten, bereits ein Jahr später ging die Demokratische Partei PD, mit Sali Berisha an der Spitze, als Sieger aus den Wahlen hervor; Albanien wurde von der Staatsform her eine *Parlamentarische Republik*. Die Privatisierung wurde vorangetrieben, die Wirtschaft entwickelte sich aber sehr schleppend. Die neue Regierung war zu unerfahren, es fehlte an geeigneten Gesetzen und einer Neuordnung im Renten- und Gesundheitswesen; das Bankensystem war für größere Privatisierungsprozesse zu veraltet und hemmend. Berisha, der mittlerweile mit Hilfe der gefürchteten Geheimpolizei SHIK zu einem kleinen Diktator mutiert war, gewann 1996 wieder die Wahlen gegen die starke Sozialistische Partei PS – allerdings mit massiven Manipulationen. Die für eine gesunde Entwicklung des Landes wichtigen Regierungsposten wurden nicht nach Eignung, sondern nach Clanzugehörigkeit vergeben.

Das Chaos im ärmsten Land Europas mündete 1997 fast in einen Bürgerkrieg, als es in Vlorë und dann im ganzen Land zu bewaffneten Massenprotesten gegen die Regierung kam, die mitverantwortlich für die „geplatzen“ Pyramidengeschäfte gemacht wurde. In der Hoffnung auf hohe und schnelle Gewinne hatten viele Albaner ihre ganzen

Ersparnisse, das von ihren Verwandten im Ausland erarbeitete Geld und sogar den Erlös aus dem Verkauf ihrer Häuser und Grundstücke in betrügerische Firmen nach dem Schneeballprinzip investiert. Hierbei handelte es sich um mehr als eine Milliarde US-Dollar, was damals etwa 50% des Brutto sozialprodukts Albaniens ausmachte.⁴ Anfangs investierten die 16 Firmen zum Schein in der Produktions- und Tourismusbranche, um am Ende mehrheitlich Konkurs anzumelden. Mit dem so genannten „Lotteriefaufstand“ gingen Plünderungen und Zerstörungen einher; der Staat hatte die Kontrolle verloren, und die Übergangsregierung bat das Ausland um militärische Intervention. Bürger mit fremder Staatsangehörigkeit wurden mit US-amerikanischen, italienischen und deutschen Hubschraubern auf Flugzeugträger in der Adria evakuiert, Botschaften geschlossen. Dies wurde bei uns im „Westen“ weniger wahrgenommen, da die Berichterstattung der Medien sich damals auf die Entwicklung des Kosovo-Krieges konzentrierte.

Nach den vorgezogenen Wahlen, die die Sozialisten gewannen, normalisierte sich die Lage unter Fatos Nano und drei weiteren Premiers der PS. Seit 2005 regiert wieder die Demokratische Partei mit Sali Berisha. Auch im nächsten Jahr wird eine der großen Parteien den Premierminister stellen, weil nach dem Wahlgesetz 100 von 140 Parlamentssitzen direkt vergeben werden; die verbleibenden 40 Listenplätze werden mit den kleinen Parteien „verhandelt“, die nur eine 2,5-prozentige Parlamentshürde überwinden müssen: Die große Partei schlägt ihren Anhängern vor, auf der Liste eine ihr nahe stehende, kleine Partei anzukreuzen, während diese ihre Wähler für den Direktkandidaten der großen Partei mobilisiert.⁵

Begegnungen

Wer in Albanien unterwegs ist und die für uns sehr *fremde* Sprache nicht kennt, wird umso mehr auf das häufig gebrauchte *mir* aufmerksam: beim Treffen eines Bekannten auf der Straße, in Gesprächen an einem Tisch, bei Kontaktaufnahme mit Fremden, auf dem Wochenmarkt. Es bedeutet einfach *gut* und ist nicht nur die Antwort auf die global-amerikanische Floskel *how are you?* oder knappe Schönigung für eine an sich persönlich missliche Lage, denn es kommt oft herzlich heraus, begleitet von einem Drücken des Unterarms oder einer kurzen Umarmung. Die Menschen hier sind hilfsbereit und freundlich – nicht nur gegenüber Fremden aus dem Ausland. Ein alter Mann erklärt mir im gebrochenen Deutsch den Weg zum Postamt und fragt dann sehr verwundert und neugierig, was ich denn hier in Albanien mache; ich sage es ihm, und er wünscht mir am Ende alles Gute.

In den acht Tagen habe ich auf der Rundfahrt nur einen Bettler gesehen, einen Jungen, der mit offener Hand in gerader Haltung da stand, ohne sprachliche Verrenkungen und devoten Bücklingen, wie dies oft an touristischen Orten üblich ist. Auf der Gebirgsetappe von Përmet nach Korçë wollten der Busfahrer und der Reiseleiter für uns alle ein Picknick – in Albanien sehr beliebt – bereiten, doch das schnee-kalte Wetter ließ

⁴ vgl. in Wikipedia: *Lotteriefaufstand*.

⁵ Elke Thiel: *Neues aus Shqipëri: zum zweiten Mal in Albanien*, in: *Einsichten und Perspektiven*, Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Ausgabe 04/2005, S. 8.

es nicht zu. So steuerten sie, improvisiert und ohne vorheriger Absprache, nach mehreren Kilometern ein Landgasthaus an, und wir durften dort die mitgebrachten Lebensmittel – sogar Wein war dabei – auspacken und am Kaminfeuer verzehren. Am Ende bezahlten wir nur für Kräutertees und einige Raki, in Albanien kein Anisschnaps, sondern ein hervorragender Trester aus Weintrauben oder Pflaumen. Beim Abschied fiel mehrmals wieder das *mir*, wahrscheinlich als *gute Weiterfahrt* gemeint. So etwas wäre in unseren heimatlichen Gefilden nicht denkbar.

Dabei gehört Albanien zu den vier ärmsten Ländern in Europa – bei einer statistisch ungeschönten Arbeitslosenquote von fast 40%. Im Durchschnitt bringt ein arbeitender Albaner umgerechnet weniger als 200 Euro nach Hause. Die Lebenshaltungskosten sind hier natürlich niedriger: In Restaurants kostet eine gute Mahlzeit mit zwei Gängen und Getränken etwa 1400 Lek (10 Euro) und ein Kaffee 70 bis 100 Lek. Weil bei der politischen Wende 1990 den Mietern die Wohnungen und Häuser übereignet wurden, haben sie nur für die Instandhaltung zu sorgen. Die Energiekosten belaufen sich allerdings zurzeit auf stolze 35 Euro pro Monat und Haushalt.

Undenkbar ist die Durchsetzung des gesetzlichen Rauchverbots in Gaststätten. Einfache Cafés sind mitunter richtig verqualmt, in Restaurants bringt der Kellner automatisch einen Aschenbecher, wenn der Gast in seine Jackentasche greift – oder eine Untertasse, sollten eventuell erscheinende Ordnungskräfte in dieser Gemeinde besonders streng sein. Wenn ich mit der Zigarettenschachtel vor die Tür ging, erntete ich völliges Unverständnis beim Wirt und Personal.

Auf dem recht steilen Weg zur Festung von Berat rasselt es plötzlich, dumpfe Schläge sind zu hören, unterbrochen vom hellen Quietschen. Ein alter Mann sitzt hinterm Steuer seines alten Mercedes-Diesels und gibt Gas, so dass das Chassis über dem Schotter und den Schlaglöchern ins unrhythmische Schaukeln gerät. Der Kühlergrill ist mit einem festen Draht befestigt, das Lindgrün der oft blessierten Karosserie von einigen anderen Farbflächen unterbrochen. Halb Albanien scheint Mercedes zu fahren, die meisten älterer Bauart: Tragetieren gleich, um die Familie, Möbel oder einen Kühlschrank zu transportieren. Die behäbigen und kraftvollen Fahrzeuge sind wie geschaffen für die Straßen hier. „Ich wusste gar nicht, dass wir so viele Autos hergestellt haben“, soll einmal Jürgen Schrempp bei einem Albanienbesuch geäußert haben, steckt uns der Reiseleiter. Der Durchschnittsalbaner bewegt sein Auto leidenschaftlich und ungestüm, was ihm nach dem erst eine Generation zurückliegenden Fahrzölibat nicht zu verdenken ist, und als Fußgänger muss man an der Straße einige Male mehr nach links und rechts sehen, und warten.

Die Begegnung einer eher traurigen Art ist die mit den Gebäuden, in denen Menschen leben – oder leben sollten. Auf den Ebenen in der Nähe von größeren Städten stehen viele einzelne Rohbauskelette auf hohen Betonpfeilern, zwischen die später der „Keller“ mit Garage, Werkstatt und Lagerraum eingebaut werden sollte. Manche sind im ersten Obergeschoss schon bezogen und darüber leer, die meisten aber völlig unbewohnt, mit dunklen Löchern statt Fensterscheiben. Bei allen ragen oben gebündelte Baueisen in den Himmel, in Erwartung einer Fortsetzung. Wann oder ob es überhaupt geschieht, das

liegt in den albanischen Sternen. Einige Eltern sorgen so für ihre Kinder vor, damit diese nach der Hochzeit eine eigene Wohnung beziehen können, vielen geht einfach das Geld aus, oder sie müssen bis zur Freigabe des nächsten Kredites warten. Auf der Route von Tirana nach Durrës und an der Adriaküste entlang haben wir so viele Leerbauten gesehen, dass ich in einem gerade fertig gestellten, achtstöckigem Hotel in Sarandë während einer längeren Ruhepause das leise Scheuern der Baueisen im Mauerwerk fühle. Ob der Stahl bereits am Untergang des Hauses arbeitet? Die Farben auf den Wänden wirken unecht, als ob sie sich bald in einheitliches Weiß auflösen möchten; das Mobiliar scheint leicht verschoben zu sein, kein Bild im Zimmer und auch nicht außen im Gang.

Eine futuristisch anmutende High-Tec-Dusche mit Massagedüsen und einer riesigen Tastatur: ein Knopf für Laut- oder Lichtstärke (VOL), einer für Lüftung, sogar einer fürs Telefon ... Dieser Aufwand für eine enge Duschkabine! Bedenkt man, dass manchmal die Warmwasser- und ab und zu auch die Stromversorgung unterbrochen werden, so wirkt das Duschterminal absurd. In manchen Gegenden fällt auch zeitweise die Wasserversorgung aus, und deshalb sind über den Häusern tonnenartige Wasserspeicher zu sehen. Seltsam: in einem Land, das reich an Quellen und Flüssen ist, deren Energie auch in großen Wasserkraftwerken zu Strom umgewandelt wird. Ohne ein deutschnörgelnder Perfektionist zu sein: In Albanien scheint *der Teufel im Detail*, oder vielmehr in der Planung und genauen Ausführung bzw. Vollendung zu stecken. In einem Hotel sind die Vorhänge zu knapp ausgefallen, so dass früh morgens die Sonne meterbreit ins Zimmer fällt. Die gut und glatt asphaltierte Fahrbahndecke der Autostrada ist unter Brückenführungen plötzlich weg, und der Wagen schaukelt im Schritttempo über das steinige Geröll. Ob auch das berufliche Bildungssystem eine Ursache ist? Junge Menschen könnten (theorielastig) auf einem *beruflichen Gymnasium* mit einer Art *Techniker* abschließen oder in großen Betrieben auf eher niederschwelligere Arbeiten vorbereitet werden, sagte mir ein Fachbereichsleiter für Elektronik und IT in Korçë; eine Handwerkskammer gäbe es hier nicht.

In Großstädten, vor allem an den Peripherien, stehen die *Unvollendeten* in Mengen und bis acht Stockwerke hoch gewachsen, wirken geisterhaft, zwischen bewohnten Blöcken, über kleinen, notdürftig erscheinenden Läden für Alltagsartikel. Am nordöstlichen Ende Tiranas wollen wir nicht in der Gruppe mit der Seilbahn zum Aussichtspunkt auf dem Berg Dajti fahren, da es sehr bewölkt ist und ich Seilbahnen nicht besonders mag. So gehe ich mit meiner Partnerin den steilen Weg etwas herunter, und wir setzen uns in ein großzügig und nobel eingerichtetes Café: mitten in so einer *Lebenswüste*. Eine Angestellte wischt mit einem Mob anhaltend und gewissenhaft über den Marmorboden – dieses konzentrierte Wischen oder Fegen der Böden haben wir an vielen Orten in Albanien angetroffen –, während wir aus den riesigen Fenstern links auf die bewachte Pforte einer kleinen Militärdienststelle und rechts auf eine Müllsammelstelle sehen. Die wackeligen Container quellen vor Abfall jeder Art über, der auch ausgiebig das Pflaster ziert; dazwischen toben zwei Hunde und einige kleinere Tiere.

Der Müll und dessen Entsorgung stellt in Albanien ein großes Problem dar. Leere Plastikflaschen werden achtlos und ohne Skrupel hingeworfen, anderer Müll zum

wachsenden Haufen einfach dazu gestellt. Die Strände der größeren Badeorte an der Adria sollen nach der Saison regelrecht *zugemüllt* sein, wie mir einige Jugendliche, die Deutsch konnten, erzählten. Sogar in der weiten grünen Flur sind vereinzelt gehäufte Zivilisationsablagerungen zu entdecken: an einem kleinen Steg über einem Bach, der unter dem Unrat erstickte. In Albanien gibt es keine Müllverbrennungsanlagen, nicht einmal eine geregelte Abfallbeseitigung. Um so erstaunlicher, dass das Parlament, zum Entsetzen von Opposition und Umwelfachleuten, Ende des letzten Jahres in einem Gesetz umfangreichen Müllimporten aus Italien und anderen Ländern zugestimmt hat. Hierbei könnte auch, durch Bestechung der Behörden, der illegale Handel mit giftigem Industriemüll aufblühen.⁶

Das hohe Müllaufkommen in den größeren Städten hängt sicherlich auch mit dem schnellen Anwachsen der Bevölkerung zusammen: Die Einwohnerzahl Tiranas und der drei Küstenstädte hat sich seit 1989 verdreifacht, weil die Menschen die einsamen Bergregionen verlassen, um besser an Arbeitsstellen und Konsumgüter zu kommen. Dafür trifft man in den hügeligen oder bergigen Landesteilen Albaniens kaum nach oben stakende Baueisen an. Die Städte, zwar mit einer leicht abgewrackten sozialistischen Patina behaftet, wirken integerer, sich selbst identischer: festgesetzte Wochenmärkte, ruhige Cafés an den Straßen, ab und an eine laute Hochzeit in einem großen Lokal.

Dem Besucher Albaniens begegnet die Natur oben in den Bergen in ihrer urwüchsigen Form: tiefe Schluchten und an schroffen Felsen herabstürzendes Wasser, das unten in unbegradigten Flüssen in der Adria mündet; archaisch ausgebreitete Seen, die meistens in geschützten Nationalparks integriert sind. Das Land besteht nicht vornehmlich aus kahlen Bergen, wie ich es mir vor der Reise vorgestellt habe. Unterhalb der Baumgrenze kreuzt man durchaus weitläufige Wälder mit den bei uns vorkommenden Baumarten, wobei die Eiche ein Fünftel des Bestandes ausmacht. Unter Eichen und Platanen im südöstlichen Mali i Gjerë – Gebirge wird Wasser mit viel Druck senkrecht aus der Erde gedrückt und blubbert in einen kleinen See. Eine unterirdische Quelle, die mindestens 50 Meter tief ist und 6.000 Liter pro Sekunde nach oben befördert. Wegen des optischen Zusammenspiels von hellem Kalkstein, Wasser und Sonnenlicht hat die tiefblau leuchtende Stelle den Namen *Syri i Kaltër (Blaues Auge)* erhalten. Ganz anders die Vegetation in Butrint, gegenüber der Insel Korfu gelegen. Die größte der vielen archäologischen Ausgrabungsstätten in Albanien ist eingerahmt und durchbrochen von Zitrusbäumchen, blühenden Mimosen und Nusssträuchern. Am prächtigsten um diese Zeit sind die hell fliederfarbigen Blüten des Judasbaumes. Das Schlendern durch Jahrtausende alte Steinanlagen – mit ausführlichen Erklärungen des Reiseleiters – wird gleichzeitig zu einem Spaziergang durch den Frühling.

Bebauungen

Wir kommen spät, erst bei Dunkelheit, in Vlorë an und beziehen Zimmer in einem Hotel am Hafen mit Blick auf die Adria. Nach dem Essen wollen wir in der Nähe am Wasser spazieren gehen, doch ein Zugang bleibt uns, entweder durch hohe Eisengitter oder die

⁶ vgl. Amarildo Topi, Bahri Cani: *Umstrittener Müllimport nach Albanien*, in: Focus Europa, nach: www.dw.de vom 17. 11.2 011.

dichte Front einer Häuserzeile, versperrt. Erst am nächsten Tag sehen wir, dass der langgezogene, mit Palmen bestückte Boulevard Uji i Ftohtë weiter südlich ist. In das nördliche Stadtzentrum ist die breite Chaussee dicht mit modernen Hochhäusern bebaut, unten Cafés, Restaurants und verschiedene Läden.

Als wir nach einer kurvenreichen Fahrt über den Llogara-Pass nachmittags in Sarandë ankommen, werden wir vom regen Baulärm und sehr vielen in die Luft stakenden Baueisen an den steilen Hängen um die Stadt herum in Empfang genommen. Es wird gebaggert, an achtstöckigen, kleineren Betonskeletten oder Erdgeschoss gehämmert, an alten Gebäuden der Presslufthammer angesetzt. Schön, dass hier das Baugewerbe floriert, denkt man; doch gleichzeitig stellt sich die Frage: warum so viele? Weil zigtausende, sonnen- und meerhungrige Touristen aus dem Inland und angrenzenden Ausland im



Sommer an die *Albanische Riviera* wollen. Aber nicht nur sie sind „hungrig“, sondern auch die Baubranche, noch mehr deren Auftraggeber, die dahinter stecken.

Seit vielen Jahren wird in Tirana und in den Küstenmetropolen „auf Teufel komm raus“ gebaut. Nach der Reise habe ich in einigen Internet-Foren zu Albanien recherchiert und bin auf einen Videofilm gestoßen, in dem ältere Aufnahmen von Sarandë in Schwarzweiß neuen Bildern gegenübergestellt werden⁷, und war fassungslos ob der Veränderungen. Hierbei handelt es sich um einen baulichen Wildwuchs, der mit legalen Mitteln kaum zu stoppen ist, weil viele korrupte Präfekten, bestechliche Polizeichefs, Beamte der Baubehörde und sogar Richter in mafiöse Geschäfte verwickelt sind. „Der neue Bürgermeister von Sarandë, Stefan Cipa, übergab schon 50 kriminelle und illegale Bauten der Staatsanwaltschaft und verspricht, dass die Anzeigen der Stadt im dreistelligen Bereich sein werden...“⁸ Der Bürgermeister einer landschaftlich schön gelegenen Gemeinde zwischen Sarandë und Butrint griff zu drastischen Mitteln und ließ illegal gebaute Häuser mit schwerem Räumgerät einreißen; nun sieht der Ort wie erdbebengeschädigt aus.

Der Immobiliensektor wird von der starken albanischen Mafia, die vor allem im Drogen- und Waffenhandel ein „Brückenkopf“ zwischen Orient und Okzident ist, gerne für Geldwäsche benutzt. Land wird mit gefälschten Papieren in Baugrund umgewandelt

⁷ vgl. *Qyteti bunker buzë Jonit* bei <http://balkaninfo.wordpress.com> vom 13.10.2010.

⁸ nach <http://news.albania.de> vom 26.11.2011.

und dann teuer weiter verkauft, ein Gebäude wird ohne Genehmigung errichtet – mit der festen Erwartung auf spätere Legalisierung. Der entstandene Bauaushub wird irgendwo an den Stadtrand transportiert, mitunter in die Adria gekippt; so musste die Stadt Durrës als Bauträger 2 Millionen Lek Bußgeld für die Lehmverklappung im Meer bezahlen.⁹ Die Abwässer der illegal hochgezogenen und betriebenen Gebäude an einigen Stränden bei Durrës werden einfach ins Meer geleitet.

In Sarandë besteht noch Hoffnung auf eine strengere Anwendung von Bau- und Umweltvorschriften. Durrës, die größte Stadt an der Küste, ist bereits zubetoniert. Dass Korruption dabei horizontal durch alle politischen Parteien verbreitet ist, zeigt das bauliche Betreiben des PS-Oberbürgermeisters Vangjush Dako, in dessen langer Amtszeit viele Verbrechen am Bau und an der Umwelt begangen wurden und werden.¹⁰ Durrës und das Umland sind in verschiedene Zonen eingeteilt, wobei die *Grüne Zone (A)*, auch *Touristik* genannt, per Gesetz als besonders schützenswert eingestuft worden war: generelles Bebauungsverbot auf 300 m vom Meer, maximal 4 Stockwerke und kein Fällen von Bäumen. Die Vorgaben wurden durch Ausnahme-Beschlüsse des Stadtrats außer Kraft gesetzt bzw. gar nicht beachtet, und der letzte öffentliche Strand von Durrës wurde meernah mit illegalen Lokalen verbaut. In der *Zone A* um das antike Amphitheater wurden ab 1996 illegal Häuser gebaut, die abgerissen werden sollten, heute aber noch zusätzliche „Nachbarn“ bekommen. Ebenso verhält es sich im ehemals öffentlichen Park der Villa Zogu, wo – privatisiert – große Bäume abgeholzt wurden und Bauschuttbergen Platz gemacht haben. Die Front aus privaten Betonbauten an der Küste von Durrës soll jetzt eine systematische Erfassung der Grundstücksverhältnisse erfahren, was ich aber für verspätet halte.

Mittlerweile fahren überwiegend nur noch Albaner aus dem gebirgigen Norden und Kosovaner

nach Durrës in den Sonnenurlaub. Die besser gestellten Hauptstädter und einige Ausländer vergnügen sich am Strand von Dhermi und Himarë unterhalb des Llogara-Nationalparks, wo es idyllische, kleine Sandbuchten gibt. In Palasë hat sich ein Politiker bereits ein Strandstück käuflich „gesichert“ und möchte einen Touristenort mit einer Seilbahn auf den steilen Hang dahinter erschaffen; ein ähnliches „Filetstück“ hat auch die Tochter von Sali Berisha an der Küste erworben.

Hoffnungen

Es wäre Albanien zu wünschen, dass die idyllischen Buchten an der Küste außerhalb von Durrës, Vlorë und Sarandë nicht mit Tourismusfestungen à la Torremolinos oder Lloret de Mar verbaut würden; dafür sind die Orte und Strände, in Borsh vier Kilometer lang, einfach zu schön. Statt einer „Durrësierung“¹¹ wären hier umweltbewusste und nachhaltige Planungen angebracht. Es gibt auch humorvolle Versuche, z.B. in Plazhe

⁹ vgl. www.albania.de/alb/... vom 20.11.2010.

¹⁰ vgl. <http://news.albania.de> vom 21.03.2011.

¹¹ Volker Grundmann: *Albanien. Das komplette Reisebuch*, Unterwegs Verlag, Singen 2011, S. 75.

Bunec, früher ein Militärcamp, wo größere Hoxha-Bunker zu kleinen Strand-Bars umfunktioniert wurden.

Dreiviertel der beinahe drei Millionen Menschen im Land verteilen sich auf die Agglomeration Tirana und die Küstenregionen. Dabei sind gerade in der Landesmitte besonders solide geführte und attraktive Familienbetriebe anzutreffen: eine kleine Spezialitäten Konditorei mit Verkaufsraum in Korçë, ein Café in einem schmalen Gebäude in Përmet mit einem zuvorkommenden Ehepaar als Besitzer und Bedienstete. Gegenüber, auf der anderen Seite des Hauptplatzes, haben wir Zimmer bezogen in einem kleineren Hotel, das von einer bäuerlich wirkenden Dame und ihren Kindern betrieben wird: nicht so spektakulär wie an der Adria und ohne technischen Schnickschnack, aber mit Joghurt, Butter und Marmelade aus eigener Herstellung zum Frühstück. Auffällig ist, dass alle Hotelzimmer auf unserer Fahrt mit ausgezeichneten Matratzen ausgestattet sind; den Grund hierfür haben wir nicht herausgefunden, es aber gerne hingenommen. In der Nähe von Berat besuchen wir einen Winzer, der geschäftstüchtig ist, an gehobene Restaurants liefert und seinen besten Tropfen in französischen Eichenfässern reifen lässt. Die wenigen Weinsorten haben eine gute Qualität, und wir werden sie beim Abflug im Airport-Shop wieder finden.



Die Landwirtschaft ist verhältnismäßig Albaniens stärkster Wirtschaftssektor, sie könnte aber ausgeweitet werden. Außerdem stecken in der Provinz noch ganz andere Potentiale, so auf dem Gesundheits- und Tourismussektor: Nutzung der vielen Thermalquellen, z.B. in Petran bei Përmet und Ausbau der Möglichkeiten für Sport- und Freizeitaktivitäten in dem an Bergen und Wasser so reichen Land. Wanderwege, wenn es welche gibt, sind oft im schlechten Zustand und mit ganz wenigen Ausnahmen nicht mit Markierungen versehen. Um die starke Landflucht aufzuhalten, bedarf es öffentlich unterstützter Strukturprogramme und eines weiteren, intensiveren Ausbaus der Verkehrswege. Von Politikern hört man sechs Monate vor den Wahlen immer wieder Versprechungen, die Entwicklung in den ländlichen Regionen zu fördern, doch dann versanden sie als Beton in der Hauptstadt oder an der Küste. Regionale Selbstverwaltung gibt es noch nicht, die Entscheidungen werden bei der Zentralregierung getroffen. Hilfe kommt eher von außen: „Die (...) GTZ unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung in Nordalbanien mit einem Förderprojekt“, durch das alte Handwerkstraditionen wirtschaftlich „wiederbelebt“ werden sollen und dem Vertrieb der in dieser Gegend berühmten Heilkräuter geholfen wird.¹²

Albanien hat viele Bodenschätze: Gips, Basalt, Kupfer, Nickel und vor allem Chromerz, das das Land in den 1980er Jahren zum drittgrößten Chromproduzenten in der Welt machte. Nach der industriellen Enver- Hoxha – Ära geht es damit jedoch rapide bergab,

¹² Elke Thiel, wie angegeben, S. 9.

nachdem Firmen aus Österreich und Kanada die maroden Anlagen der größten Mine in Belqiza übernommen haben und hier mit minimalem finanziellem Aufwand das Sagen haben. Die nicht unbedeutenden Erdöl- und Erdgasvorkommen möchte ein betuchter albanischer Unternehmer erschließen.

Eine tschechisches Unternehmen sorgt für, allerdings teuren, Strom, und Italiener lassen in einigen Fabriken Schuhe und Textilien herstellen. Ob sich albanische Arbeiter auf Dauer Billiglöhnen beugen, ist sehr fraglich, sie gehen dann – wie schon so oft – lieber ins Ausland arbeiten oder tauchen in der Schattenwirtschaft unter.

Wer einmal gut und gesund essen möchte, ist in Albanien bestens aufgehoben, denn in Sachen biologischer Anbau ist uns das Land weit voraus – oder hinkt uns unter lebensmittelindustriellen Aspekten betrachtet weit hinterher. Die Obst- und Gemüseläden bieten frische, unbehandelte und nicht EU-genormte Ware an. In Lokalen, egal ob in kleinen Snack-Bars oder großen Restaurants, kommen Gemüse und Salate, ein Hauptbestandteil der albanischen Küche, auf den Tisch, die ihren Eigengeschmack behalten haben. Beliebt sind hier Eintöpfe und Aufläufe mit Fleisch, wie *Tave zarzavatesh me mish* oder gegrillte Aubergine und Paprika. Fisch, sowohl aus dem Meer als auch aus dem Süßwasser, gibt es in einer großen Artenvielfalt. Der ungewöhnlichste und sehr gut schmeckende Fisch ist die Ohridforelle, auch Koran genannt, die nur im Ohridsee vorkommt und bis zu 5 kg schwer werden kann. Neben Wein und Bier der Marke *Tirana* oder *Korçë* gibt es Bosa, ein leicht alkoholisches und süßlich prickelndes Getränk aus Winterweizen, und Dhalla (Buttermilch) zum Trinken.

Bei den hoffnungsvollen Entwicklungen darf man die Leistungen von Edi Rama als unbestechlichen Bürgermeister von Tirana in den Jahren 2000 bis 2011 nicht unerwähnt lassen. Er räumte in der schmucklosen und dunkel-gefährlichen Hauptstadt auf: Er entließ Hunderte von korrupten Beamten, nahm sich Stadtteil für Stadtteil vor, befreite sie vom Schmutz, ließ große Grünflächen anlegen und in den neu geschaffenen Parkanlagen viele Bäume pflanzen. Straßen wurden mit Laternen versehen und graue Plattenbauten aus sozialistischem Beton in bunten Farben und modernen Mustern gestrichen. Das Land bräuchte mehr Politiker eines solchen Schlages.

Endungen

Zurück zu meinen Vorstellungen oder Gefühlen lange und kurz vor der Reise: In Albanien gibt es nicht mehr Schlangen als in anderen Ländern Südeuropas, dagegen aber viele Bären im Gebirge. Die Briefmarken zieren weiterhin die Buchstaben SHQIPËRIA, und auf den Feldern wird immer noch viel gearbeitet, doch sind sie erheblich kleiner geworden – privat und ohne Musik.

Albanien, oder das, was ich davon gesehen und darüber vor Ort erfahren habe, ist ein modernes, konsumorientiertes Land – wenn auch mit einigen „sozialistischen Rostflecken“ – das bemüht ist, in die EU-Liga aufzusteigen. Die Frage, ob es dort gut aufgehoben wäre, lässt sich nicht klar beantworten, was man zurzeit an Griechenland beobachten kann.

Trotz der wechselvollen Geschichte ist Albanien eine Einheit, nicht nur hinsichtlich der Sprache, die über viele Jahrhunderte auf das Volk einigend wirkt. Innerhalb der Staatsgrenzen ist nur eine große Trennung vorhanden, die geografisch bzw. geologisch begründet ist: Die Lebensbedingungen im Nordosten sind ganz andere als die im Südwesten.

Eine weitere Konstante quer durch die Zeiten besteht in den Herrschaftsverhältnissen. Die Masse der Bevölkerung wird in einer (pseudo)feudalen Abhängigkeit gehalten: lange Zeit durch Großgrundbesitzer in den Tälern des Südens, die unter dem Schutz der römischen, byzantinischen und osmanischen Großreiche agierten. Auch noch nach der erklärten Unabhängigkeit Albaniens bestimmten die Beys und Familienclans Politik und Wirtschaft und brachten dem Staat kaum Einkünfte, weil sie – finanziell potent – sich von den meisten Steuern befreien konnten. In seiner kurzen Residenzzeit war „König“ Zogu nur um das Wohlergehen seines prunkvollen „Hofstaates“ besorgt. Enver Hoxha, obwohl er die Infrastruktur des Landes sehr weit voranbrachte, allerdings mit Gewalt und auf dem Rücken seines Volkes, war eine Art kommunistischer Super-Bey. Berisha danach, konservativ-demokratisch geläutert, genießt ebenfalls hohe Privilegien und betreibt Nepotismus.

Albanien – immer noch ein „weißer Fleck“? Für mich nicht mehr, aber ganz weg ist das „Weiße“ nicht, weil ich noch nicht im Norden gewesen bin und den albanischen Alltag, in einer Familie z.B., nicht kennenlernen konnte. Eine noch ziemlich unbekannt Variable scheint Albanien für ausländische Banken und Investoren, denn das Engagement des (transparenten) internationalen Kapitals ist noch gering. An den Pyramiden der Endneunziger haben sich viele Albaner „die Finger verbrannt“, als sie mit dem neuen, skrupellosen Maximierungskapitalismus Bekanntschaft machten. Offizielle Wirtschaftsdaten, auch das Bruttosozialprodukt, sind alles andere als verlässlich, denn „in Albanien ist ein Teil der Wirtschaft Schattenwirtschaft, d.h. informeller und illegaler Bereich.“¹³

Albanien ist eine Reise wert: wegen der landschaftlichen Vielfalt auf relativ kleinem Raum, wegen der freundlichen Menschen, wegen der spannenden Vergangenheit des Landes und... um überall sorglos in einen ungewaschenen Apfel zu beißen. Nicht: um nach Reisen in China, Südafrika und Mexiko Exotisches in Europa zu erleben. Am Ende möchte ich unseren Reiseleiter zur Sprache kommen lassen, der uns mit seinem Busfahrer in 7 Tagen auf 1.148 Straßenkilometern begleitete und uns, im schnittigen Furgon der Marke Mercedes und angesichts einer Ziegenherde davor, folgenden Witz erzählte: *Schaf, Hund und Ziege fahren Bus. An der ersten Haltestelle steigt das Schaf aus und rennt weg, ohne zu bezahlen; an der nächsten: die Ziege bezahlt und steigt aus; beim letzten Halt: Hund bezahlt, bekommt kein Wechselgeld zurück und ist sauer. Also: Schafe auf der Straße laufen weg – haben Schulden. Ziegen bleiben ruhig stehen, alles o.k. Der Hund läuft dem Bus hinterher, will sein Geld zurück.*

¹³ Albanien. Lieber das Chaos der Rebellion, als die (Welt-)Ordnung der Herrschenden! In: www.wildcat-www.de/zirkular/36/z36alban.htm, S.5

András Csarkó, Szilvia Dunai, Dorottya Kisfalusi, Mónika Szászik, Melinda Szűcs

Ungarn – Systemtransformation in Wirtschaft und in Politik von 1990 bis 2012

"Der Formalprozeß der Verfassungsreform braucht mindestens sechs Monate; ein allgemeines Empfinden, daß die Wirtschaftsreform erfolgreich war und die Dinge auf gutem Wege sind, breitet sich wahrscheinlich erst nach sechs Jahren aus; die dritte Bedingung des Weges in die Freiheit liegt in der Schaffung der sozialen Grundlagen, durch die Verfassung und Volkswirtschaft von Schönwetter- zu Allwetterinstitutionen werden, die äußeren und inneren Stürmen widerstehen können, und sechzig Jahre sind kaum genug, um diese Fundamente zu legen." Ralf Dahrendorf (1990)

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die politische und wirtschaftliche Transformation Ungarns nach der Wende 1989/1990. Die Autoren gehen von folgenden Hypothesen aus:

- 1) Das politische System Ungarns entwickelte sich gemäß der Kopenhagener Kriterien von der Transition bis zum EU-Beitritt und war von Stabilität gekennzeichnet, aber die Ereignisse und Tendenzen der letzten zehn Jahre scheinen von diesem Entwicklungsweg entscheidend abzuweichen.
- 2) Unserer Hypothese nach erfüllte das Wirtschaftssystem Ungarns die Kopenhagener Kriterien, denn bis zum EU-Beitritt wurde die Grundlage einer stabilen Marktwirtschaft geschaffen, aber in den letzten Jahren wurde diese Stabilität wegen der globalen Finanz- und Verschuldungskrise gefährdet.

Theoretischer Rahmen für die Analyse der politischen Entwicklung Ungarns

„...Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben...“ (Europäischer Rat, 1993)

So lauten die Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates von Kopenhagen im Jahr 1993. Die sogenannten Kopenhagener Kriterien sind historisch betrachtet die Reaktion auf den Erweiterungsdruck auf die Europäischen Gemeinschaften, der von dem nach dem Ende des Sozialismus und der Sowjetunion befreiten Staaten ausging. Die Ansprüche neuer ost- und mitteleuropäischer Demokratien gegenüber der EU um Mitgliedschaft waren nicht zu übersehen. Es herrschte jedoch eine gewisse Angst und Unsicherheit um die Stabilität der neu entstandenen Demokratien. Die alten Mitgliedstaaten wollten vermeiden, dass ein eventueller Beitritt von instabilen Staaten mit schwach eingebetteten demokratischen Systemen und unausgegrenzten Marktwirtschaften die Gemeinschaften schwäche. Mit den Kopenhagener Kriterien entstand ein Minimumstandard für einen politisch und

wirtschaftlich betrachteten funktionierenden und stabilen Staat. (Europäisches Parlament 1998)

Zu unserer Analyse des ungarischen politischen Systems dienen die politischen Kriterien von Kopenhagen als Maßstab. Diese umfassen stabile Institutionen, die für 1.) Demokratie, 2.) Rechtsstaatlichkeit, 3.) Wahrung der Menschenrechte, 4.) Achtung und Schutz von Minderheiten sorgen. Die konstituierenden Elemente der Demokratie sind 1.1.) der Respekt vor dem Prinzip der Gewaltenteilung, 1.2.) regelmäßige und freie Wahlen, 1.3.) ein Mehrparteiensystem und. Rechtsstaatlichkeit wurden im formellen Sinn als Stabilität des Rechtssystems verstanden. Die Wahrung der Menschenrechte muss mit einem konstitutionellen Katalog der Menschenrechte gewährleistet werden. Die Achtung und der Schutz von Minderheiten müssen auch in der Verfassung verankert sein.

Der Ungarischen Republik gelang der erfolgreiche politische Übergang von der Diktatur zur Demokratie in den Jahren 1989 bis 1990. Als Resultat der friedlichen Transformation entstand das Rahmenwerk einer stabilen, funktionierenden, demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung. Die Kopenhagener Kriterien wurden erfüllt, was der Beitritt Ungarns zur EU in 2004 zweifellos bewies. Jedoch muss festgestellt werden, dass die Entwicklungen der letzten zehn Jahre besorgniserregend sind, was die Stabilität und das Funktionieren des politischen Systems in Ungarn betrifft.

Die politische Transformation in den Jahren 1989/1990 – Schaffung der politisch-rechtlichen Basis

Im Jahr 1989 begannen in Ungarn, wie in allen anderen Ländern des damaligen Ostblocks, der politische Übergang (von der Diktatur zur Demokratie, vom Einparteiensystem zum Mehrparteiensystem) und die wirtschaftliche Transformation (von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft). Die politische Systemwende Ungarns wurde friedlich durch Verhandlungen zwischen den Reformkräften der sozialistischen Staatspartei (MSZMP) (Schüsselbauer 2010), den inzwischen sich zu Parteien formierenden Oppositionskräften (verbündet als sogenannter ‚Oppositioneller Runder Tisch‘) und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft (die sogenannte ‚Dritte Seite‘) durchgeführt (Pál-Kovács 1997). Als Resultat der sogenannten ‚Verhandlungen des Runden Tisches‘ wurden in einem Abkommen die juristisch-politische Basis zur friedlichen Etablierung des demokratischen Systems (die Modifizierung der Verfassung und die wichtigsten Gesetze) vereinbart (Pál-Kovács 1997).

Das Parlament stimmte dementsprechend über drei grundlegende Gesetze ab: das Gesetz über den Verfassungsgerichtshof, das Gesetz über die Parteien und das Wahlgesetz. Am 23. Oktober 1990 wurde die Ungarische Republik ausgerufen und die Modifikation der Verfassung verabschiedet. Die ehemalige sowjetische Verfassung wurde tiefgehend modifiziert (Pál-Kovács 1997). Sie deklarierte als Ziel den friedlichen Übergang zum Mehrparteiensystem, zur parlamentarischen Demokratie, zur Sozialen Marktwirtschaft

und zur Rechtsstaatlichkeit. Die Verfassung gewährleistete die Gewaltenteilung, beinhaltete den Menschenrechtskatalog (z.B. Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, allgemeines und gleiches Wahlrecht) und anerkannte die Minderheiten als konstituierende Teile der ungarischen Nation (Pál-Kovács 1997). Im Frühling 1990 wurden Parlamentswahlen im Rahmen des neuen Wahlgesetzes und mit der Teilnahme der neu- und wiederentstandenen Parteien abgehalten. Die erste nicht-sozialistische Regierung unter der Führung von Ministerpräsident József Antal aus dem bürgerlich-konservativen Lager kam am 22. Mai 1990 ins Amt. Auf dieser rechtlich-politischen Basis begann die Ungarische Republik als unabhängiger demokratischer Rechtsstaat zu funktionieren.

Die 1990er Jahre: Trotz Schwierigkeiten auf dem Weg zur institutionellen Stabilität

Die oben präsentierte rechtlich-politische Basis war eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und Stabilität des Systems. Die 1990er Jahre waren die Testperiode der neu entstandenen Ungarischen Republik. Die ungarische Außenpolitik setzte sich das Ziel der Integration in sowohl die internationale als auch die Europäische Gemeinschaft der Demokratien, was praktisch die gewünschte Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen Organen bedeutete. Dafür musste Ungarn natürlich beweisen, dass es einen würdigen Platz in dieser Gemeinschaft einnimmt.

Die konstituierenden Elemente der Demokratie waren zweifelsfrei gegeben. Das Parteiensystem Ungarns war sehr vielfältig, was die Zahl der für die Parlamentswahlen registrierten Parteien zeigt (1990: 58 Parteien, 1994: 44 Parteien, 1998: 32 Parteien, 2002: 39 Parteien, 2006: 48 Parteien, 2010: 44 Parteien), im Parlament waren in den Perioden 1990-1994, 1994-1998, 1998-2002 sechs Parteien vertreten (Daten des Nationalen Wahlamtes 2012). Es wurden alle vier Jahre freie Wahlen unter fairen Bedingungen abgehalten (in 1990, 1994, 1998 und 2002), im Laufe derer die Staatsbürger ihr allgemeines und gleiches Wahlrecht ausüben konnten. Die Regierungswechsel verliefen problemlos und ohne Friktionen (Europäische Kommission 1998). Die Legislative, die Exekutive und vor allem die Judikative arbeiteten getrennt voneinander (gewährleistet bei Inkompatibilitätsregeln und institutioneller Unabhängigkeit) entsprechend des Prinzips der Gewaltenteilung. Die Rechtsstaatlichkeit als die Stabilität des Rechtssystems wurde mit den sogenannten ‚Zweidrittelgesetzen‘ gewährleistet. Diese Gesetze, die die wichtigsten Institutionen der Ungarischen Republik regulieren, benötigen eine Zweidrittelmehrheit zur Modifizierung und sichern so die Stabilität des Rechtssystems. Man muss jedoch anmerken, dass die Aufgaben der Staatsbildung natürlich eine intensive Gesetzgebung benötigten. Die konstitutionell garantierten Menschenrechte und die Rechte der Minderheiten wurden in der Tat geachtet. Die Situation der Roma blieb allerdings sehr unbefriedigend, sozial, wirtschaftlich und auch menschenrechtlich betrachtet (z. B. Diskriminierung, die Garantie der Gleichberechtigung vor dem Gesetz ist weiterhin fraglich) (Schüsselbauer 2010).

Die Sozialdemokraten an der Macht von 2002 bis 2010

Der Wahlkampf im Jahre 2002 war höchst polarisiert und zugespitzt auf die Auseinandersetzung zwischen Viktor Orbán (Fidesz) und der Partei der Postsozialisten MSZP. Obwohl die zum Wahlkampf alliierte bürgerlich-konservative Fidesz-MDF mehr Sitze gewann, hatten MSZP mit dem links-liberalen SZDSZ zusammen die parlamentarische Mehrheit und konnten eine Regierungskoalition eingehen. Seit 2004 sind die gesellschaftlichen und politischen Konflikte offen ausgebrochen. Ein Teil des oppositionellen Protestes wurde vom Parlament auf die Straße verlagert. Die Reformunfähigkeit der Regierungsparteien verhinderte die Lösung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme.

Entscheidende Parlamentswahlen von 2010

Das ungarische Parteiensystem hat sich infolge der Wahlen im April 2010 tiefgehend verändert. Das ursprünglich drei- oder vierteilige Parteiensystem mutierte zu einem bipolaren System (konservativ-bürgerlich Fidesz und sozialdemokratisch MSZP). Die scharfe Polarisierung zwischen den Parteien von links und rechts blieb, aber es schafften zudem zwei völlig neue Parteien (Jobbik - rechtsradikal und LMP - öko-sozialdemokratisch) den Sprung ins Parlament. Die Regierungspartei Fidesz ist nunmehr tatsächlich eine hegemoniale Partei und versucht, die Wähler der rechtsextremen Partei (Jobbik) zu gewinnen. Die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) tritt nicht als unabhängige Partei bei Wahlen an, sie ist mit der Regierungspartei Fidesz alliiert. Die MSZP versucht der wichtigste Herausforderer zu bleiben. Die neue öko-soziale Partei „Politik kann anders sein“ (LMP) hat ein vages Profil und scheint nicht bereit zu sein, die sozialistische MSZP als Partner zu akzeptieren. Die Partei LMP setzt sich aus vielen urbanen Intellektuellen zusammen, verfolgt einen gänzlich anderen Politikstil und will grundlegende gesellschaftliche Reformen abseits der bipolaren Parteienlandschaft Ungarns erreichen.

Neue Verfassung 2011/2012

„Grundgesetz Ungarns“ heißt die neue Verfassung, die die politische und rechtliche Grundordnung von Ungarn neu reguliert. Sie wurde am 18. April 2011 verabschiedet, am 25. April 2011 unterzeichnet und wird daher auch als ‚Osterverfassung‘ bezeichnet. Am 1. Januar 2012 trat sie in Kraft. Das Grundgesetz beinhaltet grundsätzliche Bestimmungen, u.a. zur Staatsbezeichnung, zur Staatsform, zur Gewaltenteilung, zur Anwendbarkeit europäischen und internationalen Rechts, zur Verwaltungsgliederung, zur Staatsangehörigkeit, zu Ehe und Familie sowie zu Grundprinzipien des Wirtschaftssystems und der Haushaltsführung. Geregelt sind auch nationale Symbole und Symbole des Staates (Wappen, Flagge, Nationalhymne und Nationalfeiertage). Der zweite Abschnitt ist mit „Freiheit und Verantwortung“ überschrieben und umfasst einen Katalog von Rechten und Pflichten der Staatsbürger. Abschnitt drei trägt den Titel „Der Staat“. Hier ist die Ausgestaltung des Staates bzw. der drei Gewalten (Legislative, Exekutive, Judikative) geregelt.

Die Freiheit der Meinungsäußerung

Das ungarische Fernsehen, der Ungarische Rundfunk, der Fernsehsender „Duna TV“ und die ungarische Nachrichtenagentur wurden ab dem 11. August 2010 zu einem großen Betrieb der Fidesz-Regierung, die nun alle öffentlichen Medien neu organisiert, d.h. den Medienrat mit einem Präsidenten und vier Direktoren für neun Jahre ernannt hat. Alle sind mit Fidesz intensiv verbunden. Der Gesetzentwurf über die Medien (20. Dezember 2010) enthält sowohl für Print- als auch Audio-Medien Beschränkungen, was heftige nationale und internationale Debatten auslöste. Politiker, Medien-Organisationen und internationale politische Institutionen protestierten. In den ersten Tagen im Januar 2011 erschienen viele ungarische Tageszeitungen mit leeren Titelseiten bzw. behaupteten: "Pressefreiheit existiert in Ungarn nicht mehr".

Rechtsvorschriften

Seit 2010 weist die Exekutive ein tatsächliches Machtmonopol auf. Die Zweidrittelmehrheit im Parlament lässt der Regierungspartei Fidesz einen breiten Spielraum, die Macht auszuüben bzw. zu missbrauchen. Die Regierung beschränkte im Jahr 2010 die Kompetenzen des Verfassungsgerichts. In acht Monaten hat sie ihre Zweidrittelmehrheit dazu verwendet, um eine enorme Anzahl gesetzlicher Änderungen zu realisieren: 150 Gesetzesänderungen, 111 Parlamentsbeschlüsse, zwei politische Erklärungen und 10 Verfassungsänderungen.

In den meisten Institutionen (z.B. staatlicher Rechnungshof, nationale Wahlkommission, Oberste Staatsanwaltschaft, Wettbewerbsbehörde) haben "feindliche" Übernahmen stattgefunden. Die Regierung installiert eine neue, politisch loyale Führung, die die Institutionen, die Unabhängigkeit und die verfassungsmäßigen Funktionen beschädigt.

Der Haushaltsrat wurde neu organisiert. Zum neuen Vorsitzenden wurde Zsigmond Járαι, ehemaliger Finanzminister und späterer Gouverneur der Ungarischen Nationalbank zum Zeitpunkt der ersten Orbán-Regierung (1998 bis 2002), ernannt. Er hat gleichzeitig auch die Leitung des Aufsichtsorgans der Nationalbank inne. Dies bedeutet, dass dieser "ehemalige Parteisoldat" sowohl den Haushaltsrat als auch das Aufsichtsorgan der Nationalbank steuert. Die Möglichkeit der Ausübung politischen Drucks auf die unabhängige Nationalbank ist besorgniserregend.

Verfolgung der Korruption in Ungarn

Amtsmissbrauch in Form von Korruption ist weit verbreitet und ist immer ein zentrales Thema in Wahlkämpfen. Das größte Problem ist der Mangel an ausreichenden und transparenten Parteienfinanzierungen. Der Missbrauch hat grundsätzlich zwei Seiten: den „Finanzhunger“ der Parteikassen sowie die Bestrebungen und privaten Bemühungen, politische Positionen in wirtschaftlichen Gewinn umzuwandeln. Der berühmteste Korruptionsfall in Ungarn ist das öffentlich-rechtliche Budapester Transportunternehmen; er zog inzwischen eine Reihe von gerichtlichen Verfahren nach sich.

Stabilität demokratischer Institutionen

In Zusammenhang mit den demokratischen Institutionen gibt es Schwächen, da diese von Partei-Loyalisten geleitet werden. Die Rechtsunsicherheit ist aufgrund der sich rasch verändernden Gesetzgebung hoch, zum Beispiel aufgrund der Verhängung eines Steuersatzes von 98% auf Abfindungen für Angestellte des öffentlichen Dienstes. Mehrere frühere unabhängige öffentliche Institutionen haben ihre Unabhängigkeit verloren, nachdem Fidesz-Anhänger ins Management berufen wurden. Zum Beispiel wurde eine wenig bekannte Fidesz-Abgeordnete zur Leiterin des Staatlichen Rechnungshofes ernannt; später wurde sie zudem Mitglied des Haushaltsrats. Hier erkennt man unschwer die unselige personelle Verstrickung von politischem Mandat und staatlichen Institutionen der Gewaltenteilung. Der übermäßige Einfluss der Exekutive durch die Fidesz-Regierung führt zu einer massiven Verschiebung des Gleichgewichts innerhalb der staatlichen Gewalten.

Wirtschaftliche Analyse Ungarns

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Transformation Ungarns gehen wir ebenso von den Kopenhagener Kriterien aus. Im Rahmen dieser Kriterien soll das Wirtschaftssystem die folgenden Voraussetzungen erfüllen: „Es erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten.“

Unserer Hypothese nach erfüllte das Wirtschaftssystem Ungarns die Kopenhagener Kriterien, denn bis zum EU-Beitritt wurde die Grundlage einer stabilen Marktwirtschaft geschaffen. In den letzten Jahren geriet diese Stabilität allerdings wegen der globalen Fiskal- und Verschuldungskrise und der überbordenden Staatsschulden Ungarns im Verein mit der Rezession in Gefahr.

Die Lage der ungarischen Wirtschaft wird aufgrund folgender Aspekte beurteilt: Wir analysieren die Veränderung 1.) des Bruttoinlandsprodukts, 2.) der Inflationsrate, 3.) des Staatshaushalts, 4.) der Leistungsbilanz, 5.) des Wechselkurses, 6.) der Arbeitslosen- und Beschäftigungsquote und 7.) der Einkommensungleichheiten.

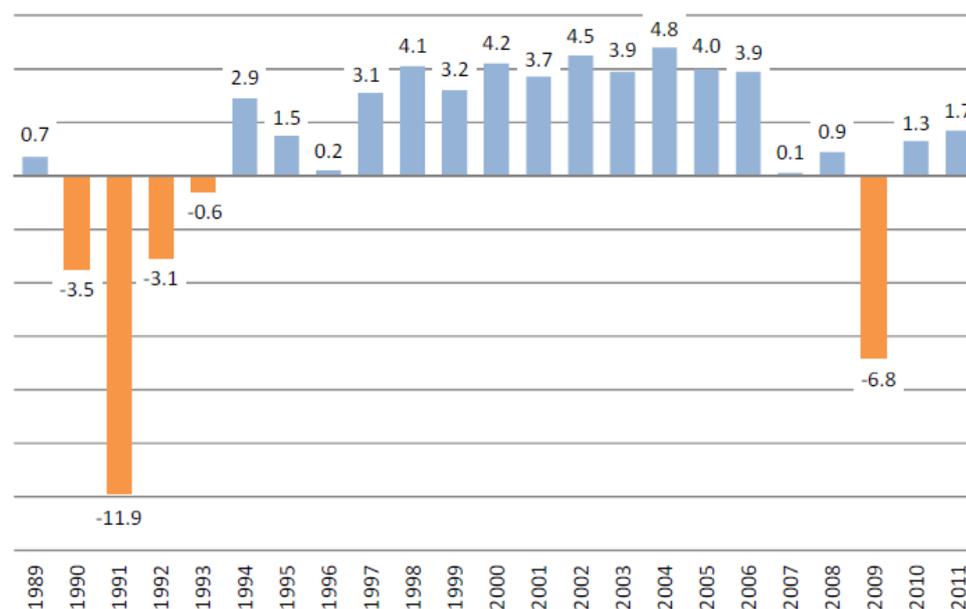
Das Ergebnis der Transformationsprozesse der 1990er Jahre

Der Erfolg der Transformationsprozesse der 1990er Jahre kann aufgrund der Berichte der Europäischen Kommission positiv bewertet werden. Die EU-Kommission veröffentlichte bis zum EU-Beitritt alljährlich ab 1998 einen Fortschrittsbericht Ungarns auf dem Weg zum Beitritt. In ihrem Bericht aus dem Jahr 2002 stellte die Kommission fest: „Die Marktwirtschaft in Ungarn funktioniert. Hält Ungarn am eingeschlagenen Reformkurs fest, so dürfte es sich dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union gewachsen zeigen“ (EK 2002).

Die Bewertung der Kommission basierte auf folgenden Indikatoren:

- „Durch umfassende institutionelle und strukturelle Reformen gelang es Ungarn, bei tragbaren Zahlungsbilanzdefiziten, ein robustes Wirtschaftswachstum zu erzielen und die Arbeitslosenquote zu senken.“
- „Ungarn hat zu einem frühen Zeitpunkt im Transformationsprozess mit Strukturreformen begonnen und ist auch bei den Reformen der zweiten Generation bereits weit vorangekommen.“
- „Ungarn hat bei der Annäherung an das EU-Durchschnittseinkommen gute Fortschritte erzielt.“ (EK 2002)

Die reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (zum Vorjahr in %)



Quelle: Statistisches Zentralamt (KSH)

Quelle: www.ahkungarn.hu

Nach diesem Bericht wurden also bis zum EU-Beitritt die Grundlagen der funktionsfähigen Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, gelegt. Um die Frage zu beantworten, ob diese positiven Tendenzen sich fortsetzten oder nicht, müssen wir die früher erwähnten Indikatoren näher analysieren.

Die wirtschaftlichen Tendenzen der 2000er Jahre

Angesichts der Veränderung des realen BIPs können wir in den letzten zwanzig Jahren der ungarischen Wirtschaftsgeschichte zwei Rückschläge erkennen, während das Diagramm in der Zwischenperiode ein relativ ausgeglichenes, moderates Wachstum zeigt. Die erste problematische Periode ergab sich, als die ungarische Volkswirtschaft nach der Transformation bis 1994 in eine schwere Krise geriet. Den Tiefpunkt erreichte die Rezession 1991, als der Fall des BIP sogar -11,9 % betrug. Mit Hilfe der Reformmaßnahmen der Antal-Regierung und später mit dem in 1995 eingeführten Bokros-Paket konnte Ungarn wieder auf die Beine kommen, und abgesehen von kleineren Schwankungen einen bis 2006 anhaltenden Wirtschaftsaufschwung erleben. Aber schon vor dem Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise stagnierte in Ungarn im Jahr 2007 das Wachstum des realen BIP. Hier zeigte sich eine deutliche interne Wachstumsschwäche. 2008 schien sich das Land zu erholen, aber im Jahr 2009 schlug die Finanzkrise voll zu, was die ungarische Wirtschaft tief in die Rezession riss. Das BIP fiel real um -6,8 %, was im Vergleich mit -4,3 % der EU-27 Länder als ausgesprochen dramatisch anzusehen ist. Seit 2010 gibt es wieder einen moderaten

Aufwärtstrend der Veränderung des BIPs. Zwar bedeuten 1,7 % Wachstum im Jahr 2011 noch nicht einmal die Hälfte von dem, was vor der Krise beobachtet wurde, es liegt aber leicht über den 1,5 % der EU-27.

Die Zusammensetzung des BIP änderte sich auch mit der Zeit. Die Daten von 1995 und 2010 zeigen, dass der Anteil der Landwirtschaft von 8,5% auf 3,8 % schrumpfte, die Industrie mit 30,5% und 31,3% fast gleich blieb, und die Dienstleistungen mit dem Staat zusammen von 61% auf 64,9 % wuchsen.

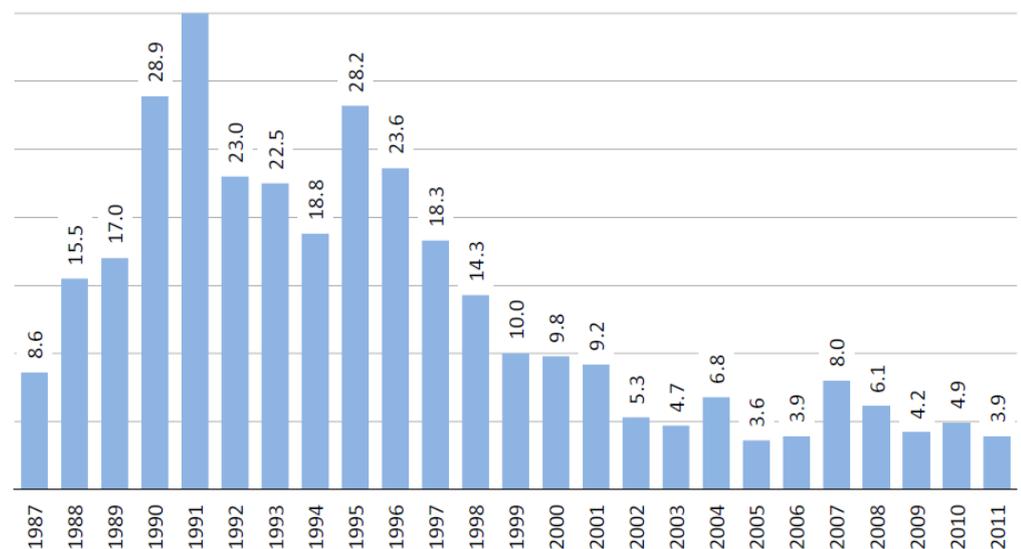
Aus dem Diagramm ist eine abnehmende Tendenz der Inflationsrate abzulesen. In den 1990er Jahren – besonders in den der Transformation folgenden Jahren – gab es eine enorm hohe Rate der

Preisniveausteigerung, die sich erst im Jahre 2002 mit 5,3% dem Maastrichter Kriterium annäherte. 2004 gab es eine Steigerung der Inflationsrate auf 6,8%. Die Ursachen dafür waren eine Anhebung der indirekten Steuer, der Rückgang der vorher starken inländischen Nachfrage, hohe Löhne und der sich verschlechternde Wechselkurs. 2007 stieg die Inflation wieder bis auf 8% an, was natürlich wegen der

Wirtschaftskrise erfolgte, aber mit den meisten EU-Mitgliedstaaten verglichen viel signifikanter ausfiel. Die Inflationsrate der preisstabilsten Mitgliedstaaten betrug 1,6 % im Jahre 2011. Berücksichtigt man die Daten von Irland (1,2%), Schweden (1,4%), Tschechische Republik und Slowenien (2,1%), dann sollte ein Maximalwert von 3% auch von Ungarn angestrebt werden. Der tatsächliche Wert liegt zurzeit bei 3,9%, was vom Referenzwert nicht so weit entfernt zu sein scheint; dennoch ist der Unterschied zwischen ihm und dem EU-Durchschnitt von 2,6% noch immer zu groß. Für 2012 wird eine Inflationsrate von ungefähr 5% erwartet, zu der die seit Januar 2012 geltende Erhöhung der Mehrwertsteuer von 25% auf 27% deutlich beiträgt.

Jahresdurchschnittliche Inflationsrate in %

Z



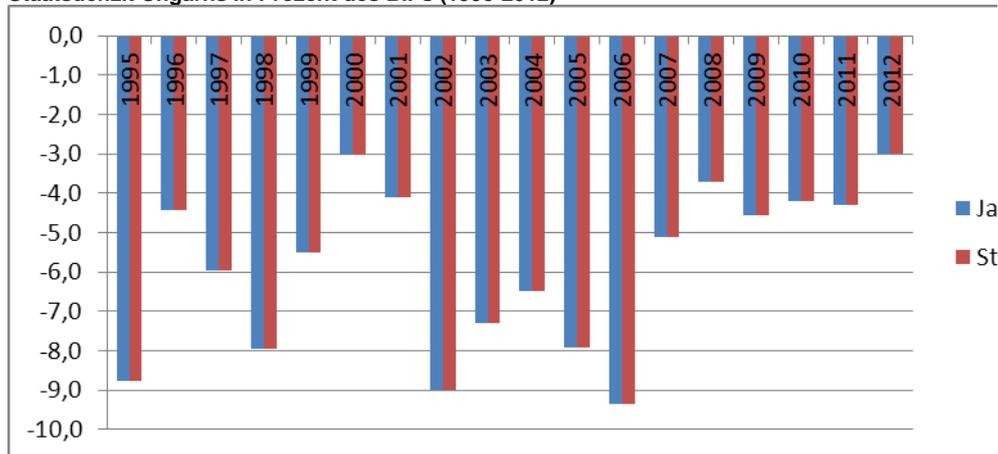
Quelle: Statistikamt KSH

Quelle: www.ahkungarn.hu

Defizits war im Allgemeinen höher als das vorgesehene Kriterium von Maastricht (3% des BIPs) (CUB - LF, 2010). Das moderne, nunmehr kapitalistische Ungarn hat also keine echte Stabilitätskultur entwickelt, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, Finnland oder Estland. Unter anderem deswegen wird das Land überwiegend als „schlecht regiert“ betrachtet. In der knappen Dekade vor dem EU-Beitritt im Jahr 2004 wurde die Budgetdisziplin mit großem Respekt von den entsprechenden Organen der EU beobachtet, um die jeweiligen Regierungen zu motivieren, sich dem Maastrichter Kriterium anzunähern. Trotzdem steigerte sich das Defizit kurz vor dem EU-Beitritt (im Jahr 2002, einem Wahlkampfjahr, deutlich im Vergleich zu einem besseren Zeitraum während der ersten Orbán-Regierung. Seitdem betrug das Defizit stets deutlich mehr als 3% während der sechs Jahre der zwei sozialistischen Regierungen bis zum Jahr 2008. Dann verringerte sich das Budgetdefizit

auf nunmehr 4% und ist seither auf diesem Niveau geblieben (liegt aber immer noch hartnäckig über der Empfehlung der EU). Für das Jahr 2012 werden nun 3 Prozent des BIP prognostiziert. Dieses Ziel könnte jedoch schnell verfehlt werden, da im März 2012 ein Betrag von 495 Mio. Euro – der für Ungarn bereitgestellte Teil des EU-Kohäsionsfonds für 2013 – vom Ecofin-Rat

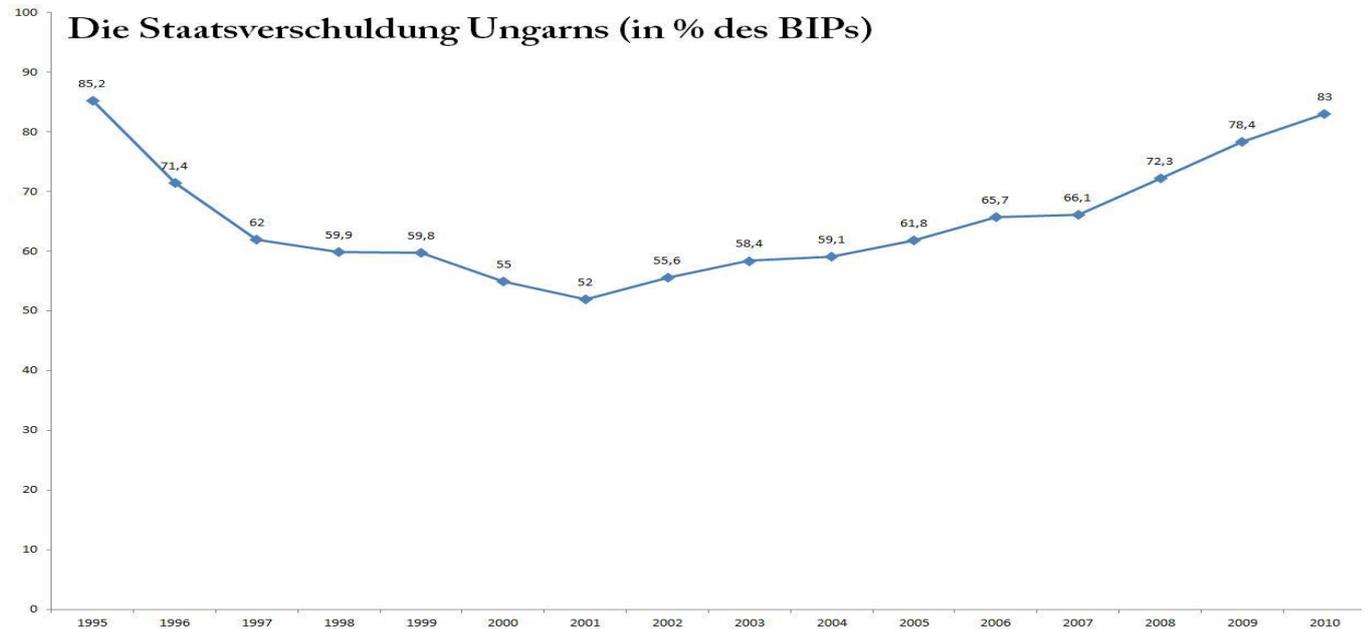
Staatsdefizit Ungarns in Prozent des BIPs (1995-2012)



Quelle: EuroStat

aufgrund der Vertragsverletzung vorübergehend gesperrt wurde (Pester Lloyd, 2012). Wenn die Regierung jedoch die Europäische Kommission in den nächsten Monaten davon überzeugen kann, dass sie den Haushalt mit strukturellen Änderungen nachhaltiger gestalten kann, wird sie die Möglichkeit zurückerhalten, diese Fonds zu nutzen. Mit dieser bislang noch nicht vollzogenen Maßnahme werden die zukünftigen Regierungen sicherlich stark motiviert, verantwortlich zu wirtschaften.

Die Bilanz des Staatshaushalts und die Größe der Staatsverschuldung stehen in einem engen Zusammenhang. Man muss darauf achten, dass die aktuelle Höhe der Staatsverschuldung auch mit den wichtigsten Entwicklungen des Wechselkurses des Forints zusammenhängt, weil deren wichtigste Bestandteile in verschiedenen Devisen denominated sind. Es zeigen sich jedoch charakteristische Tendenzen seit 1990 (Staatsverschuldungsinstitut Ungarn, 2012). Bis zur Einführung des Bokros-Pakets stieg dieser Indikator sogar bis auf 90% des BIPs. Nach den Beschränkungen verringerte sich der Bestand fast bis auf 52%, aber nach dem Regierungswechsel im Jahre 2002 begann das Defizit erneut exorbitant zu steigen. Die zukünftigen Aussichten sind hingegen



Quelle: tudasbazis.hu

positiv, weil wegen der Strenge der EU-Regulierungen nun harte Sparauflagen umgesetzt werden müssen.

Die Lage der Zahlungsbilanz (Leistungsbilanz und Kapitalbilanz) und des Außenhandels

Die Leistungsbilanz Ungarns war seit Anfang der wirtschaftlichen Transformation bis 2009 immer negativ gewesen (MNB, 2012a). Bis 2009 war das Land ein Nettoimporteur von Gütern und Dienstleistungen. Das kann man auch so verstehen, dass es seinen eigenen Konsumanspruch „selbst“ (also durch die inländische Güterproduktion) nicht befriedigen konnte. Wenn wir die Leistungsbilanz trennen, können wir sehen, dass dies bei den Gütern (bei einer stetig sinkenden Proportion) immer exakt so und bei den Dienstleistungen (in einer tendenziell steigenden Proportion) immer umgekehrt war (MNB, 2012b). Wegen dieses Prozesses wurde Ungarn ein Nettogüterimporteur und zugleich Nettodienstleistungsexporteur. Interessant ist zudem, wie sich die Struktur des Exports und Imports in den vergangenen mehr als zwanzig Jahren änderte (MNB, 2012c). Gemäß dem wirtschaftlichen Strukturwandel verminderte sich allmählich der Anteil der Rohstoffe sowohl in der Ausfuhr als auch in der Einfuhr. Bei den Nahrungsmitteln blieb der Proportion des Imports gleich, aber die des Exports verringerte sich deutlich um die Hälfte, wobei der Anteil der Landwirtschaft deutlich sank. Bei den Energieträgern ist der Anteil des Imports sechsmal so groß wie der des Exports, und das war eigentlich ständig so während der letzten mehr als zwanzig Jahre. Das an fossilen Energiequellen arme Land ist sehr vom russischen Öl und Gas abhängig. Es bleibt anzumerken, dass neben dem Rückgang des Anteils der verarbeiteten Produkte derjenige von Maschinen und Ausrüstungen wegen der Tätigkeit von Audi, Opel, Mercedes, Suzuki, Nokia, Hankook, Bosch usw. deutlich anstieg. Es gab bis in die Mitte der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts einen relativ intensiven Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen (MNB, 2012c), die für den größten Teil des

Strukturwandels verantwortlich waren. In den letzten Jahren verringerte sich dieser Zufluss wegen der schlechten Wirtschaftspolitik des Landes und des daraus folgenden instabilen und unberechenbaren Geschäftsumfeldes. Eine der wichtigsten Aufgaben der jetzigen Regierung ist es, diese Probleme zu beseitigen und den Standort Ungarn international wettbewerbsfähig zu machen.

Entwicklung des Wechselkurses des Forints

In den ersten paar Jahren der Transformation konnte die monetäre Politik die Entwicklung des Wechselkurses des Forints nur schwer kontrollieren. Die Notenbank versuchte, den Forint den realwirtschaftlichen Prozessen entsprechend abzuwerten. Dies erwies sich als kaum durchführbar. Im Jahr 1995 wurde im Rahmen des Bokros-Pakets das Crawling-Peg-Wechselkurssystem eingeführt (Kornai, 1996). Damit konnte man die Inflation in den nächsten Jahren niedriger halten, den Export wettbewerbsfähiger machen und die Leistungsbilanz verbessern. So konnte das Land krisenähnliche Wirkungen vermeiden und eine stabilisierte Umgebung für die „heißen“, zufließenden Direktinvestitionen schaffen und die Entwicklung des Landes erfolgreich stützen. Im Jahr 2001 führte die Regierung mit dem neuen Notenbankpräsidenten Járai ein Wechselkursband ein, was bedeutet, dass der Forint mit immer weiteren Bandbreiten an den Euro gekoppelt ist. Zudem gab es die Ermächtigung der Notenbank, den Kurs mit Offenmarktoperationen zu „retten“. Im Jahr 2008 musste diese Politik aufgegeben und das „Floating Regime“ eingeführt werden (MNB, 2012d). Bis heute ist das noch immer so. Dies ist ein Charakteristikum ausgewogener, stabiler und offener marktwirtschaftlicher Volkswirtschaften, bei denen die Notenbank theoretisch keine systematischen Eingriffe vornimmt.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Nach der Wende schnellte die Arbeitslosenquote in Ungarn rasch in die Höhe; die Quote erreichte im Jahre 1993 mit 12 Prozent ihr Maximum, in den nördlichen und östlichen Regionen waren es sogar 15 bis 20 Prozent. Mitte der 1990er Jahre begann die Arbeitslosigkeit zu sinken, 2001 war die Quote mit 5,7 Prozent am niedrigsten. Anfang der 2000er Jahre sank die Arbeitslosenquote selbst in den wirtschaftlich rückständigen Regionen unter 10 Prozent. Nach 2001 (in einigen Regionen erst nach 2003/2004) begann die Zahl der Arbeitslosen wieder zu steigen, 2010 lag sie landesweit bei 11,2 Prozent, in den meisten entwickelten Regionen wie Mittelungarn und dem westlichen Transdanubien bei ca. 9, in den nördlichen und östlichen Regionen bei 14 bis 16 Prozent. Im Januar 2012 betrug die Quote in Ungarn 10,9 Prozent¹ nach der Rechnung des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat), während der Durchschnitt in der ganzen Europäischen Union bei 10,1 Prozent lag. Dies verweist eindeutig auf die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der jeweiligen Regierungen und die strukturellen sowie konjunkturellen Probleme der ungarischen Volkswirtschaft.

¹ Der Grund für den Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten/Beschäftigungsquoten des ungarischen und europäischen Statistischen Amtes liegt daran, dass das ungarische Amt die Arbeitslosigkeit/Beschäftigung der 15-74 Jährigen, das europäische Amt die Arbeitslosigkeit/Beschäftigung der 15-64 Jährigen zählt.

Die Beschäftigungsquote in Ungarn war 2010 die niedrigste in der EU². Während in der Union im Durchschnitt 64,1 Prozent der 15-64-jährigen Bevölkerung arbeitete, überstieg dieser Indikator in Ungarn nur knapp die Hälfte der Bevölkerung (55,4%). Die Gründe für die Abnahme der Beschäftigungsquote in den 1990er Jahren gingen auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zurück: zum Beispiel die Schließung vieler Staatsbetriebe sowie die Restrukturierung des Produktionssektors. Viele Beschäftigte mussten wegen dieser Veränderungen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und Frührente beantragen oder gründeten sogar ein eigenes Unternehmen (Hegedüs 2012).

Schon Anfang der 1990er Jahre begann die Beschäftigungsquote in Ungarn abzunehmen, und dieser Trend setzte sich bis Mitte des letzten Jahrzehnts fort. Von 1997 bis 2003 stieg die Rate der Beschäftigten wieder, aber Mitte der 2000er Jahre drehte sich die Tendenz, und in den letzten Jahren sank die Beschäftigungsquote der 15-74-jährigen bis auf 49,2 Prozent. Am niedrigsten liegt die Rate in den nördlichen und östlichen Regionen, also dort, wo die Arbeitslosenquote zugleich am höchsten ist.

Einkommensungleichheiten und Armut in Ungarn

Armut wurde nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes eines der schwierigsten Probleme Ungarns. In den 1990er Jahren sank das durchschnittliche Realeinkommen drastisch, während Einkommensungleichheiten dramatisch wuchsen (Hegedüs 2012). Diese Tendenz setzte sich Ende der 2000er Jahre fort; in 2009 lebten 14 Prozent der ungarischen Bevölkerung unter der relativen Armutsgrenze (TÁRKI 2009). Die wirtschaftliche Rezession erhöhte die regionalen Ungleichheiten, der Rückfall betraf den östlichen Teil Ungarns stärker als andere Regionen (Hegedüs 2012).

Nach Iván Szelényi (2001) änderte sich der Grad und Charakter der Armut in Ostmitteleuropa in der Periode der wirtschaftlichen und politischen Transformation. Im Sozialismus war die Armut meistens nur ein kurzfristiges Phänomen des Lebenszyklus, während heutzutage soziale Schichtung, Ethnizität und Geschlecht eine wichtige Ursachen für Armut sind. Mit der Einführung der Marktwirtschaft wurden einige Gruppen der Gesellschaft nachhaltiger Armut zugeführt, und die räumliche Segregation der Menschen, die in tiefer Armut leben, verstärkte sich. Nach einigen Autoren ist die „neue Armut“³ (*new poverty*) auf die postsozialistische Periode zurückzuführen; auch entstand in Ungarn eine sogenannte „underclass“ der Roma⁴ (Ladányi – Szelényi 2006). Andererseits sollte man auch betonen, dass absolute Armut nicht nur ein Problem der

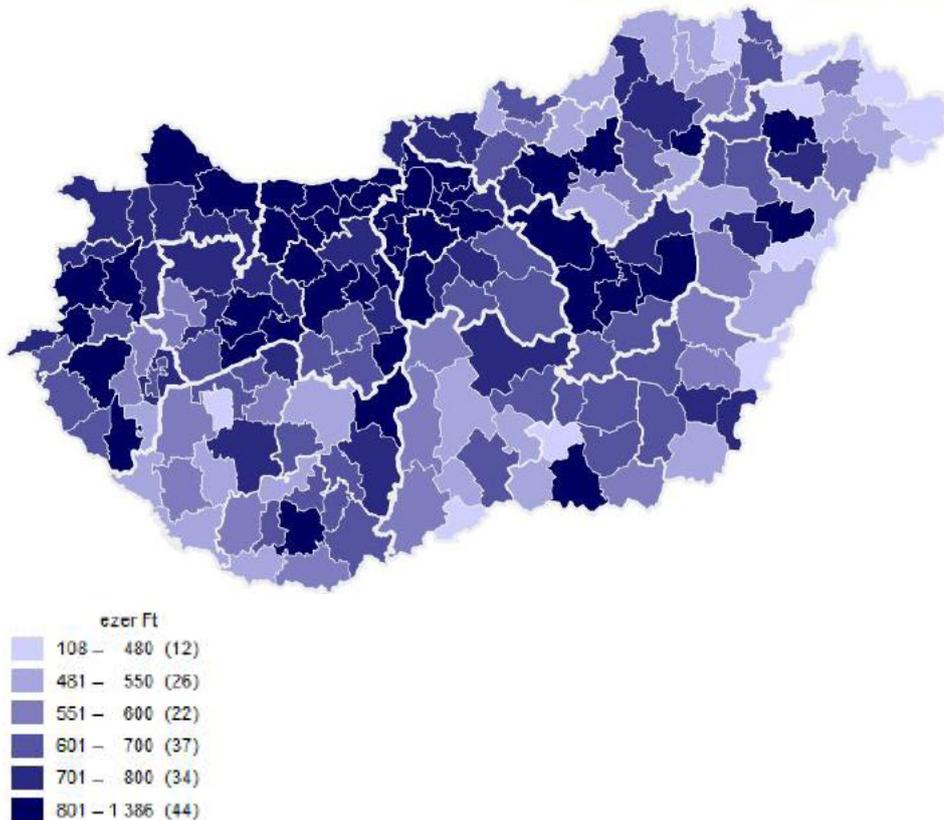
² Quelle: Eurostat.

³ Die Definition der „neuen Armut“ erschien in der amerikanischen Literatur der städtischen Ghettos. Es bedeutet die räumliche Separation einer homogenen ethnischen Gruppe, die von der mehrheitlichen Gesellschaft für „überflüssig“ gehalten wird, und in denen die Armut von Generation zu Generation weiter vererbt wird (Ladányi – Szelényi 2006).

⁴ Der Ausdruck verweist auf eine gesellschaftliche Gruppe, die von sozialer und wirtschaftlicher Exklusion betroffen ist. Die „underclass“ besteht aus den Ärmsten der Armen, typischerweise aus einer unterprivilegierten ethnischen Gruppe. Armut und Ethnizität stehen in Interaktion, und nur die wirtschaftlich erfolgreichen Mitglieder der ethnischen Gruppe können sich aus dem Ghettodasein befreien (Wilson 1987, Ladányi – Szelényi 2006).

Roma-Bevölkerung ist, sondern auch das Problem vieler anderer Menschen, die in Häusern von schlechter Qualität leben, weitab von Arbeits- und Unterrichtsmöglichkeiten sowie von funktionierender Gesundheitsversorgung.

Einkommensungleichheiten in Ungarn: Durchschnittseinkommen pro Kopf, 2010 (Tausend Forint)



Quelle: www.ksh.hu

dringend auf einen konsolidierten, exportorientierten Wachstumskurs bei zügiger Reform des Staatshaushaltes zurückkehren. Ansonsten droht dem Land, dass es seine einst günstige wirtschaftsgeographische Lage verspielt und dann viele Jahre mit einem starken wirtschaftlichen Abschwung und einer hohen, anhaltenden Arbeitslosigkeit kämpfen muss.

Literatur

- Berichte der Europäischen Kommission über die Fortschritte Ungarns auf dem Weg zum Beitritt (1998-2003).
- Dahrendorf, Ralf (1990): Reflections on the Revolution in Europe. New York: Times Book/Random House.
- Datenbank der Wahlgesichte Ungarns (1990-2010) Seite Nationales Amt der Wahlen <http://valtor.valasztas.hu/valtort/jsp/t0.jsp>
- Dieringer, Jürgen (2009): Ungarn in der Nachbeitrittskrise. Aus Politik und Zeitgeschichte, 29-30/2009, S. 6-11.

Zusammenfassung

Unsere Analyse zeigt, dass Ungarn bis zum EU-Beitritt die Kopenhagener Kriterien erfüllte. Andererseits scheint das Land nach den analysierten Tendenzen in den letzten beiden Jahrzehnten vom Weg der Stabilität abzuweichen. Die politische Situation und Konsolidierung der Demokratie ist besorgniserregend. Wegen dieser innenpolitischen Prozesse und der globalen Fiskal- und Verschuldungskrise kann Ungarn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die damit einhergehende Rezession nicht bekämpfen. Ungarn muss

- EuroStat (2012): Government Financia Statistics – Summary table. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/government_finance_statistics/documents/GFSSummaryTables_Web_Oct2011.xls (heruntergeladen am 2. April 2012).
- Hegedüs, József (2012): Social Housing in Hungary. In Hegedüs, József – Martin Lux – Nóra Teller: Social Housing in Transition Countries: Trends, Impacts and Policies. Routledge (erscheint in Kürze).
- Ladányi J. and I. Szelényi (2006): Patterns of Exclusion: Constructing Gypsy Ethnicity and the Making of an Underclass in Transitional Societies of Europe. Columbia University Press.
- MNB (2012a): MNB: Staatshaushaltsdaten. http://www.mnb.hu/Statisztika/statisztikai-adatok-informaciok/adatok-idosorok/xi-puszamlak/mnbhu_hazt5/ahtadatok2_hu.xls (heruntergeladen am 3. April 2012).
- MNB (2012b): Külkereskedelmi adatok. http://www.mnb.hu/Statisztika/statisztikai-adatok-informaciok/adatok-idosorok/hu0401_kulkeredkedelem.xls (heruntergeladen am 3. April 2012).
- János Kornai (1996): Korrektion ohne Rezession – Fallstudie über die ungarische Stabilisierung. *Közgazdasági Szemle*, XLIII/1996, S. 585-613.
- MNB (2012d): Das Wechselkurssystem des Ungarischen Forints. MNB: http://www.mnb.hu/Monetaris_politika/monetaris-politika-keretrendszer (heruntergeladen am 3. April 2012).
- Pál-Kovács, Ilona: Ungarn – Eine erste Bilanz des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses. *Der Bürger im Staat*, 3/1997, S. 181-187.
- Pester Lloyd (2012): Die Tür bleibt offen - EU-Finanzminister versetzen Ungarn einen Warnschuss. Pester Lloyd: <http://www.pesterylloyd.net/html/1211warnschuss.html> (heruntergeladen am 3. April 2012).
- Schüsselbauer, Gerhard (2010): Tschechien und Ungarn nach den Parlamentswahlen 2010. *Aktuelle Ostinformationen*, 3/4 2010, S. 69-77.
- Szelényi, I (2001): Poverty, Ethnicity, and Gender in Transitional Societies – Introduction. *Review of Sociology* 7(2): 5-10.
- TÁRKI Háztartás monitor (2010): Jövedelem egyenlőtlenség és szegénység Magyarországon 2009. [Einkommensungleichheiten und Armut in Ungarn 2009] TÁRKI. http://www.tarki.hu/hu/research/hm/monitor2009_teljes.pdf (heruntergeladen: am 3. April 2012).
- Themenpapier Nr. 23 des Europäischen Parlaments: Die rechtlichen Fragen der Erweiterung der EU (1998) http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/23a2_de.htm
- Wilson, William Julius (1987): *The Truly Disadvantaged*. Chicago: The University of Chicago Press.

*Anna Barwińska-Matajowicz*¹

Studenten und Absolventen von Hochschulen im Kontext des internationalen Durchflusses von hochqualifizierten Mitarbeitern. Der Fall der Partnerstädte Rzeszów – Bielefeld

Einleitung

Die gegenwärtige Welt wird von Migrationen geprägt. Die fortschreitende Globalisierung bewirkt, dass die Anzahl der Migranten ständig ansteigt und Migrationen zu jenen gesellschaftlichen Ereignissen zählen, die relativ schnell auf die Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse reagieren. Eine besondere Position unter den Arbeitsmigrationen haben die internationalen Durchflüsse von hochqualifizierten Facharbeitern. Das Interesse von hoch ausgebildeten Personen an der Mobilität resultiert vor allem aus dem Risiko, das eigene Humankapital eventuelle verlieren zu können.

Der vorliegende Beitrag ist eine Fortsetzung der bereits durch die Autorin behandelten Problematik der Vertreter der Generation Y in zwei Partnerstädten in den Nachbarländern Polen und Deutschland, das heißt der Absolventen von Hochschulen in Rzeszów und Bielefeld hinsichtlich ihrer Einstellungen gegenüber der Migration.

Das Ziel des vorliegenden Beitrags ist somit die Untersuchung der Einstellungen gegenüber der Migration bei Studenten und Absolventen von Hochschulen am Beispiel der Partnerstädte Rzeszów – Bielefeld vor dem Hintergrund der allgemeinen Migrationstrends, die für Polen und Deutschland charakteristisch sind. Im ersten Teil wurden die Skala und die geografischen Richtungen der Durchflüsse von polnischen und deutschen Migranten beschrieben. Im zweiten Teil wurden solche Tendenzen präsentiert, die für die Emigration hoch ausgebildeter Polen aus der Region Podkarpacie (Vorkarpatenland) kennzeichnend sind. Die Absicht der Autorin war die Darstellung der Tendenzen, die in den Arbeitsmigrationen junger und hoch ausgebildeter Menschen aus Bielefeld und der Region Ostwestfalen-Lippe benannt werden. Aufgrund von Zugangsproblemen und eventueller Datenmängel beschränken wir uns auf die Präsentation gesamtdeutscher Tendenzen, die die Emigration von hoch ausgebildeten Personen charakterisieren. Anschließend werden die ausgewählten Ergebnisse der Untersuchungen der Einstellungen gegenüber der Migration bei Studenten und Absolventen öffentlicher Hochschulen in Rzeszów und Bielefeld einer Analyse unterzogen und im abschließenden Teil verglichen. Die Untersuchung schließt mit einer synthetischen Zusammenfassung der angestellten Überlegungen.

¹ Universität Rzeszów, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Theorie der Wirtschaftswissenschaft und Internationale Beziehungen

1. Durchflüsse von polnischen und deutschen Migranten – Skala und Richtungen

Die genaue Bestimmung der Migrationsskala ist äußerst schwierig und zwar aus mehreren Gründen:

- nicht alle Migranten melden sich vor dem Beginn der Arbeitssuche an,
- die Prognosen bezüglich der Ausmaße der Emigration aus den EU-8-Staaten nach der EU-Erweiterung im Jahre 2004 sind recht ungenau,
- die Migration erfolgt oft kreisförmig,
- die statistischen Daten bezüglich der Auswanderungen spiegeln nicht die Skala der Migration wider, da sie sowohl Migranten als auch Touristen berücksichtigen können. Zudem kann es vorkommen, dass dieselbe Person mehrmals gezählt wird,
- es gibt viele Schwierigkeiten bei der Festlegung des Charakters der derzeitigen Mobilität,
- verschiedene Migrationstypen werden durchmischt,
- Angaben bezüglich der Migration werden indirekt aus Informationen bezüglich der Anmeldung/Abmeldung sowie aus den Daten über die wirtschaftliche Aktivität der Bevölkerung gewonnen,
- manchmal haben wir es mit einem unkorrekten Umgang von Begriffen zu tun, die bei der Beschreibung der Migration verwendet werden,
- in den Statistiken lässt sich manchmal feststellen, dass die Zahl saisonaler Migranten berücksichtigt wird,
- angesichts der in der EU herrschenden Freizügigkeit ist die Erfassung genauer Statistiken hinsichtlich des Durchflusses von Personen zwischen den einzelnen Staaten stark erschwert. In Polen gibt es zwar die Pflicht, einen vorübergehenden Aufenthalt im Ausland anzumelden, dennoch kommen nur wenige Ausreisende diesen Formalitäten nach.

Polen

Das Ausmaß der Emigration polnischer Bürger stieg nach dem EU-Beitritt Polens, was auf die Öffnung weiterer Arbeitsmärkte zurückzuführen war. „Die Anzahl der vorübergehend im Ausland lebenden Polen wuchs und erreichte im Jahre 2007 den Maximalwert von ungefähr 2,270 Tsd. Im Vergleich zu dem Zeitraum vor 2004 änderten sich auch die Hauptrichtungen der Emigration. Im Jahre 2008 wurde wegen der in dieser Zeit beginnenden Weltwirtschaftskrise ein geringer Rückgang der Anzahl der Emigranten aus Polen verzeichnet. Im Jahre 2009 verringerte sich die Anzahl der Auswanderungen ins Ausland weiterhin, bei gleichzeitiger Intensivierung der Rückwanderung“². Die Forschungen von Eurobarometer bestätigen, dass sich die räumliche Mobilität der Polen im Vergleich zu dem Zeitraum direkt nach dem EU-Beitritt zuletzt erheblich reduziert hat. Nur 46 % der Polen erklärten sich bereit,

² *Informacja o rozmiarach i kierunkach emigracji z Polski w latach 2004 – 2009*, GUS, Warszawa, September 2010.

außerhalb ihres Wohnorts im In- oder Ausland auf Arbeitssuche zu gehen (im Jahre 2005 – mehr als 70 %)³.

Wie bereits oben erwähnt, änderten sich in der Folgezeit nach dem EU-Beitritt Polens die Richtungen der Arbeitsemigration polnischer Bürger. Dies ergab sich größtenteils aus der Öffnung der Arbeitsmärkte durch die einzelnen Mitgliedsstaaten. Die

Tabelle 1. Vorübergehende Emigration aus Polen in den Jahren 2004-2009^a (Stand zum Jahresende)

Aufenthaltsland	Anzahl der Emigranten in Tsd.					
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	1 000	1 450	1 950	2 270	2 210	1 870
Europa darunter:	770	1 200	1 610	1 925	1 887	1 635
EU-27 darunter:	750	1 170	1 550	1 860	1 820	1 570
Österreich	15	25	34	39	40	38
Belgien	13	21	28	31	33	34
Zypern	.	.	.	4	4	3
Dänemark	.	.	.	17	19	20
Finnland	0,4	0,7	3	4	4	3
Frankreich	30	44	49	55	56	47
Griechenland	13	17	20	20	20	16
Spanien	26	37	44	80	83	84
Irland	15	76	120	200	180	140
Niederlande	23	43	55	98	108	84
Deutschland	385	430	450	490	490	415
Portugal	0,5	0,6	1	1	1	1
Tschechien	.	.	.	8	10	9
Schweden	11	17	25	27	29	31
Vereinigtes Königreich	150	340	580	690	650	555
Italien	59	70	85	87	88	85

^a Die Angaben beziehen sich auf die vorübergehend im Ausland lebenden Personen: für die Jahre 2002-2006 – mehr als 2 Monate Aufenthalt, für die Jahre 2007-2009 – mehr als 3 Monate Aufenthalt.

Quelle: *Informacja o rozmiarach i kierunkach emigracji z Polski w latach 2004 – 2009*, GUS, Warszawa, September 2010.

werden, dass die durch die polnische Zentrale Statistikbehörde (GUS) erarbeiteten Schätzungen der Emigrationsdaten die Anzahl der Emigranten aus Polen betreffen, die in den Jahren 2004 bis 2009 (Stand jeweils zum Jahresende) vorübergehend im Ausland gelebt haben. Diese Daten spiegeln somit die sog. Immigrationsressourcen von Polen in anderen Staaten wider. Dies sind keine Migrationsströme der einzelnen Jahre, daher dürfen diese Angaben nicht summiert werden⁴. Es wird geschätzt⁵, dass zum Jahresende 2009 ca. 1.870 Tsd. polnische Bürger außerhalb der polnischen Grenzen vorübergehend wohnten, d.h. um 340 Tsd. weniger als im Jahre 2008 (ca. 2.210 Tsd.), wobei sich 1.635

Richtungen der Auswanderungen von Polen änderten sich innerhalb der letzten Jahre auch im Vergleich zu dem Zeitraum direkt nach dem EU-Beitritt. Weniger beliebt sind derzeit die Auswanderungen nach Großbritannien und Irland, die direkt nach dem EU-Beitritt vorherrschten (Tabelle 1). Es wird dagegen festgestellt, dass zahlreiche Polen in Länder auswandern, die ihre Arbeitsmärkte für polnische Arbeitskräfte im Jahre 2007 geöffnet haben. Es muss auch erwähnt

³ *Informacja w sprawie zatrudnienia obywateli polskich w państwach Europejskiego Obszaru Gospodarczego i Szwajcarii oraz obywateli państw EOG w Polsce*, Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej, Departament Rynku Pracy, Warszawa 2010, S. 5

⁴ Die Ergebnisse der Schätzungen berücksichtigen nicht die Saisonmigration von Polen, die wegen ihrer Zeitdauer – meistens bis zu drei Monaten – in den meisten Staaten der Gemeinschaft vereinfachten formalrechtlichen Prozeduren unterliegen oder überhaupt nicht registriert werden

⁵ Aufgrund unterschiedlicher Systeme zur Erfassung von Migrationsströmen sowie der verfügbaren administrativen oder seltener statistischen Daten (sowohl in Polen, als auch in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten) sollten die Ergebnisse der durch die polnische Statistikbehörde GUS erarbeiteten Schätzung als Grobwerte betrachtet werden. Eine zusätzliche Erschwerung bei der Abschätzung der Daten für die einzelnen Länder ergibt sich aus der Tatsache, dass viele Personen ihr Aufenthaltsland nach der Ausreise aus Polen ändern. So ziehen die Polen z.B. aus Großbritannien nach Norwegen oder in ein anderes Land, in dem die angebotenen Vergütungen noch attraktiver sind oder wo umfangreichere soziale Leistungen angeboten werden.

Tsd. Personen in Europa aufhielten (ungefähr 1.887 Tsd. im Jahre 2008). Die entschiedene Mehrheit der Emigranten aus Polen, d.h. ungefähr 1.570 Tsd. wohnten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Dieser Wert ging im Vergleich zum Jahr 2008 allerdings um 250 Tsd. zurück. Was die EU-Staaten angeht, lebten die meisten polnischen Emigranten in Großbritannien (555 Tsd.), Deutschland (415 Tsd.), Irland (140 Tsd.) sowie in Italien, in den Niederlanden und in Spanien (jeweils ungefähr 85 Tsd.) (Tabelle 1).

Deutschland

Deutschland gehörte zu Ländern mit positivem Migrationssaldo, allerdings war in den Jahren 2008-2009 das Migrationssaldo negativ – es gab mehr Personen, die das Land verließen, als solche, die nach Deutschland kamen. Seit dem Jahr 2008 begann man also, Deutschland als ein Emigrationsland zu betrachten. Im Jahre 2010 erreichte das Migrationssaldo wieder einen positiven Wert: ca. 128.000 Personen (Tabelle 2).

Aufgrund der Angaben des Statistisches Bundesamts (DESTATIS) sind im Jahre 2010 798.000 Personen nach Deutschland gekommen, somit waren es 77.000 Immigranten mehr als im Vorjahr (+11 %). Damit war die Zahl der Immigranten im Jahre 2010 bedeutend höher als innerhalb der letzten

Tabelle 2. Saldo der Auslandsmigration aus Polen und Deutschland (2000-2010)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ^a
PL	-19,4	-16,7	-17,9	-13,8	-9,4	-12,9	-36,1	-20,5	-14,9	-1,2	-0,5
D	167120	272723	219288	142645	82543	78953	22791	43912	-	-	127635

^a vorläufige Angaben

Quelle: Die Daten für Deutschland wurden auf Grundlage der Statistiken des Statistischen Bundesamts Deutschland (DESTATIS) ausgearbeitet; die Angaben für Polen basieren auf Net Migration: Euromonitor International from national statistical offices/UN aus: <http://euromonitor.adobeconnect.com/robertaslapusinskis>

fünf Jahre. Das im Jahr 2010 **notierte** positive Migrationssaldo **lässt vermuten, dass sich der in den letzten Jahren herrschende Trend umkehrt**. Die Anzahl der Ausländer, die im Jahre 2010 nach Deutschland gekommen sind, belief sich auf 684.000, das ist um 77.000 (13 %) mehr als im Jahre 2009. Die übrigen nach Deutschland einreisenden Personen sind Emigranten deutscher Abstammung aus den osteuropäischen Ländern (*sog. Spätaussiedler*) oder deutsche Bürger – Rückwanderer. Die größte Gruppe unter den Immigranten fremder Abstammung bildeten im Jahre 2010 die Polen (126.000 Personen), die Rumänen (75.000 Personen), die Bulgaren (39.000 Personen) sowie Ungarn, Türken und USA-Bürger (jeweils 30.000 Personen).

Gemäß den öffentlichen vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamts (DESTATIS) notierte man im Jahr 2010 insgesamt den Abgang von ca. 671.000 Personen (670.606) aus Deutschland, d.h. ca. 63.000 Emigranten (63.190 Personen) weniger als im Jahre 2009, wobei sich die Anzahl der Emigranten sowohl in Bezug auf Ausländer (um -49.000 auf 530.000 Personen), als auch in Bezug auf deutsche Bürger reduzierte (um -14.000 auf 141.000 Personen). **Der Anteil von deutschen Bürgern an der Gesamtzahl der Emigranten belief sich auf 141.000 Personen**, was darauf hindeutet, dass mehr Ausländer, die in Deutschland wohnten (529.606 Personen) dieses Land verlassen haben. Man muss dabei beachten, dass man sowohl in Bezug auf die Emigration als

auch die Immigration nicht eindeutig festlegen kann, ob diese dauerhaften oder vorübergehenden Charakter haben⁶.

Tabelle 3. Richtungen der Emigration aus Deutschland vona 2008-2010

Emigrationsland	2008	2009	2010
Schweiz	29 139	24 624	22 034
USA	15 436	13 445	12 986
Polen	13 711	12 049	9 434
Österreich	13 336	11 818	10 831
Vereinigtes Königreich	10 706	9 112	8 530
Spanien	9 245	7 836	6 705
Frankreich	7 988	7 317	6 559
Kanada	5 605	4 258	3 318
Türkei	4 609	4 633	4 735
Niederlande	4 281	3 906	3 462
Australien	3 674	3 554	3 662
Italien	3 644	3 277	2 806
Russische Föderation	3 299	2 780	2 530
Norwegen	2 973	2 086	1 564
Belgien	2 608	2 429	2 283
China	2 553	2 279	2 578
Schweden	2 410	2 100	1 668

Quelle: Eigene Bearbeitung auf Grundlage von **Wohin die Deutschen in 2008 auswanderten**, <http://www.auswandern-info.com/top20-in2008.html>, **Wohin die Deutschen in 2009 auswanderten**, <http://www.auswandern-info.com/top20-in2009.html>, **Wohin die Deutschen in 2010 auswanderten**, <http://www.auswandern-info.com/top20-in2010.html>

Aus der Analyse der statistischen Daten ergibt sich, dass 93.698 Deutsche und 399.621 in Deutschland ansässige Ausländer in andere europäische Länder ausgewandert sind. Die Emigration von deutschen Bürgern aus Deutschland nach Amerika (Nord- und Südamerika) erreichte den Wert von 21.994 Personen (dorthin ausgewanderte Ausländer: 36.471), nach Asien sind dagegen 14.880 Deutsche sowie 66.670 in Deutschland lebende Ausländer emigriert. Nach Afrika wanderten 5.025 Deutsche und 16.723 Ausländer, nach **Australien und Ozeanien** 4.823 Deutsche und 2.888 Ausländer aus⁷.

Wie aus der Analyse der in der Tabelle 3 und aufgrund der im Diagramm 1 zusammengestellten Daten resultiert sind die meisten Emigranten im Jahre 2010 – ähnlich wie in den zwei vorigen Jahren – aus Deutschland in die Schweiz ausgewandert (22.034 Personen). Das nächste am häufigsten ausgewählte Emigrationsziel waren die Vereinigten Staaten (12.986 Personen). Auf dem dritten Platz platzierte sich Österreich (10.831) und gleich danach Polen (9.434). Die weiteren Plätze im Ranking der durch Emigranten aus Deutschland bevorzugten Staaten belegten folgende Länder: Großbritannien, Spanien, Frankreich, die Türkei, Australien, die Niederlande, Kanada, Italien, China, die Russische Föderation, Belgien, die Schweiz und Norwegen.

3. Emigration von hoch ausgebildeten Polen aus dem Karpatenvorland – allgemeine Tendenzen

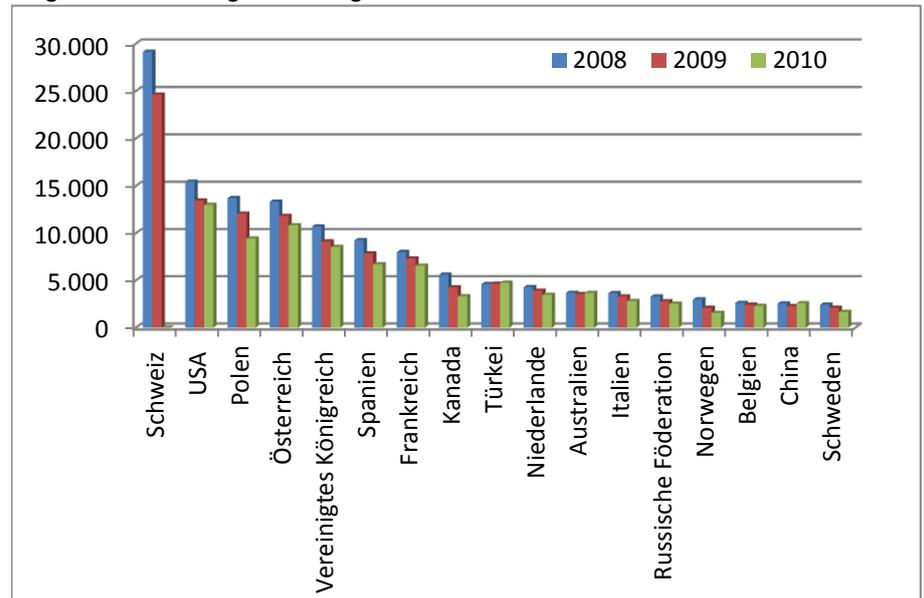
Die Arbeitsemigration betrifft zwei Hauptkategorien von Migranten:

⁶ Wanderungen 2010: Deutlich mehr Personen nach Deutschland zugezogen, Pressemitteilung vom 9.Mai 2011 – XXX/11, Statistisches Bundesamt DESTATIS.

⁷ **Deutschland Auswanderung im Jahr 2010.** Weniger Auswanderer als Zuwanderer, <http://www.auswandern-info.com/deutschland-2010.html>

- 1) die erste Kategorie umfasst vor allem schwach qualifizierte Personen (Lohnarbeiter, Arbeiter und Arbeitslose), d.h. die am meisten von der Verarmung gefährdeten Menschen, denen es am schwersten fällt, eine Arbeit zu finden; vorwiegend sind dies Personen mit höchstens Berufsschulbildung, die bei den einfachsten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten beschäftigt werden und die von den einheimischen Arbeitern nicht erbracht werden. Dabei konkurrieren sie mit den bereits im jeweiligen Land wohnenden oder gerade einwandernden Immigranten;

Diagramm 1. Richtungen der Emigration aus Deutschland in den Jahren 2008-2010



Quelle: Eigene Bearbeitung auf Grundlage von *Wohin die Deutschen in 2008 auswanderten*, <http://www.auswandern-info.com/top20-in2008.html>, *Wohin die Deutschen in 2009 auswanderten*, <http://www.auswandern-info.com/top20-in2009.html>, *Wohin die Deutschen in 2010 auswanderten*, <http://www.auswandern-info.com/top20-in2010.html>

- 2) zur zweiten Gruppe zählen gut ausgebildete Personen (meistens Absolventen von Hochschulen) mit Unternehmergeist und großem Selbstbewusstsein. Oft handelt es sich aber um frustrierte und enttäuschte Personen, die wegen des Mangels an adäquaten beruflichen Perspektiven in Polen ins Ausland ziehen und hoffen, dass sie eine anspruchsvolle und besser bezahlte Beschäftigung finden. Sie zeichnen sich meistens durch ein großes Interesse an ihrer beruflichen Entwicklung aus. An dieser Stelle muss vermerkt werden, dass die mangelnde Erfassung bewirkt, dass die Festlegung der Anzahl dieser Auswanderer aus Polen nur schwer festzulegen ist.

In Polen ist das Migrationssaldo negativ, was bedeutet, dass die Emigration größer ist als die Immigration (Tabelle 2). Die Analyse des Saldos der ausländischen Migrationen von Polen für dauerhaften Aufenthalt ergibt, dass die zahlreichste Gruppe von Emigranten, sowohl landesweit als auch in Bezug auf die Woiwodschaft Karpatenvorland, im Jahre 2005⁸ aus Personen mit Hochschulreife, mit Berufsschulbildung und Grundschulabschluss bestand, am seltensten (oder relativ selten in Bezug auf das Karpatenvorland) sind für dauerhaften Aufenthalt Personen mit höherer Bildung ins Ausland ausgewandert (Tabelle 4).

⁸ Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels waren keine Angaben der polnischen Zentralen Statistikbehörde (GUS) zu Tabelle 4 in Bezug auf spätere Jahre verfügbar

4. Emigration von hochqualifizierten Facharbeitern aus Deutschland – allgemeine Tendenzen

In der Intensität der Emigration aus Deutschland innerhalb des Zeitraums von Mitte der 1970er Jahre bis zum heutigen Tag wurde eine Verdreifachung festgestellt, wobei oftmals gut ausgebildete Menschen das Land verlassen haben. Die meisten Untersuchungen hinsichtlich der Emigration aus Deutschland konzentrierten sich auf die Emigration in die USA, dies bis vor kurzem das beliebteste Emigrationsziel von

Deutschen waren. In den letzten Jahren nahm die Bedeutung der USA als des Staates, in den die meisten Deutschen auswandern, ab (Tabelle 3).

Tabelle 4. Saldo der Auslandsmigration für dauerhaften Aufenthalt nach der Ausbildung der Migranten und nach Woiwodschaften (Jahr 2005)

	insgesamt	Hochschulabschluss	Postlyzeale Bildung	Abitur	Berufschulbildung	Gymnasiumabschluss	Grundschulabschluss	unvollständige Grundschulabs. und ohne Schulbildung	Nicht festgelegt
POLEN	-12 878	-97	-370	-2 825	-2 802	-611	-2 149	499	-4 523
NIEDERSCHLESIE	-919	-33	-54	-206	-142	-25	-131	23	-351
KUJAWIEN-POMMERN	-530	-12	-4	-117	-74	-5	-88	-35	-195
LUBLIN	4	-8	-11	-42	-10	-5	1	92	-13
LEBUS	-211	9	-11	-19	-50	-37	-23	29	-109
ŁÓDŹ	-201	-10	-12	-68	-19	-3	-17	13	-85
<u>KLEINPOLEN</u>	30	93	10	-43	-40	-6	-15	201	-170
MASOWIEN	565	251	19	173	19	23	18	134	-72
OPPELN	-2 552	-51	-50	-400	-812	-125	-588	-65	-461
KARPATENVORLAND	-384	-32	-21	-195	-108	-31	-35	164	-126
PODLACHIEN	-103	27	-12	-64	-21	-19	-36	106	-84
POMMERN	-1 197	-109	-58	-316	-210	-94	-141	14	-283
SCHLESIE	-5 623	-213	-111	-1 196	-1 149	-253	-795	-144	-1 762
HEILIGKREUZ	-15	3	-1	-25	3	-1	-3	19	-10
ERMLAND-MASUREN	-837	-10	-14	-112	-107	-23	-189	-12	-370
GROSSPOLEN	-222	11	-19	-56	-21	3	-30	17	-127
WESTPOMMERN	-683	-13	-21	-139	-61	-10	-77	-57	-305

Quelle: www.stat.gov.pl > Bank Danych Lokalnych > Dane roczne > Ludność > Migracje zewnętrzne i wewnętrzne >

http://www.stat.gov.pl/bdl/app/dane_podgrup.dims?p_id=517033&p_token=0.6248411764064994

29 %. Somit sind die beruflichen Qualifikationen deutscher Emigranten erheblich höher als die durchschnittliche Ausbildung der Bevölkerung in Deutschland (Tabelle 5).

⁹ European Union Labour Force Survey.

Es muss betont werden, dass der internationale Durchfluss von Arbeitskräften derzeit vorwiegend als eine Erscheinung gilt, die zur dauerhaften Emigration führt und die mit *Brain Drain* assoziiert wurde, was nicht selten zahlreiche Kontroversen erregt. Die neuesten Migrationsuntersuchungen ergeben allerdings, dass die Migration immer öfter nur vorübergehenden Charakter hat und mit einem kürzeren Auslandsaufenthalt verbunden ist. Aufgrund der Schätzungen der tatsächlichen Skala der Emigration aus Deutschland in den Jahren 1996-2006 sind innerhalb des analysierten Zeitraums ungefähr 122.000 Deutsche im produktiven Alter in andere EU-Mitgliedsstaaten (EU-11¹⁰) ausgewandert, wobei in demselben Zeitraum die Rückkehr von 95.000 deutschen Emigranten nach Deutschland notiert wurde. Dies entspricht einer Rückwanderungsrate von 78 % (78 von 100 Emigranten kehrten ins Inland zurück). Bei höher gebildeten Emigranten aus Deutschland war die Rückwanderungsrate noch höher und betrug 85 %. In der Gruppe der Emigranten mit mittleren beruflichen Qualifikationen war dieser Anteil erheblich geringer (43 %). Man sieht also deutlich, dass in der Emigrantengruppe mit hohen beruflichen Qualifikationen immer öfter das Phänomen des *Brain Circulation*¹¹ in Erscheinung tritt.

Tabelle 5. Das Niveau der Ausbildung der Bevölkerung Deutschlands und der Emigranten aus Deutschland

Ausbildungsniveau ^a	Deutsche Wohnbevölkerung	Auswanderer
ISCED 5-6	29	49
ISCED 3-4	61	43
ISCED 0-2	10	9

^a Die Klassifizierung des Ausbildungsniveaus erfolgte gemäß dem Internationalen Standard der Klassifizierung der Bildung (International Standard Classification of Education / ISCED). Diese Klassifizierung unterscheidet 7 Bildungsstufen: 0, 1, 2, 3, 4, 5, 6, wobei ISCED Level 0 die vorschulische Erziehung und ISCED 6 die zweite Stufe der tertiären Bildung (die zur Erreichung der fortgeschrittenen Forschungsqualifikationen führt) bedeuten. Für die Zwecke der vereinfachten Analyse fasst man die vorgenannten Stufen in drei Bildungskategorien zusammen: Grundschulbildung oder ohne Bildung (*Primary Qualification*), umfasst die Summe der Stufen ISCED 0-2, mittlere Bildung (*Medium Qualification*), umfasst die Summe der Stufen ISCED 3-4, höhere Bildung (*High Qualification*): umfasst die Summe der Stufen ISCED 5-6.

Quelle: L. Sauer, A. Ette, *Abschied für immer oder auf Zeit? Internationale Migration hochqualifizierter Deutscher*, Februar 2011, <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=6825#Autoreninfo>.

Gemäß der Angaben von EULFS betrug die Jahresdurchschnittszahl in den übrigen EU-15-Staaten ungefähr 45.000 deutsche Emigranten mit höherer Bildung (ISCED 5-6) in den Jahren 2005-2009. In den Analysen wurden jeweils Personen in produktivem Alter berücksichtigt und man konzentrierte sich auf Gewinn erzielende Personen, um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Forschungen, die von verschiedenen Forschungsinstituten durchgeführt werden, zu erzielen¹².

5. Einstellungen gegenüber der Migration bei Studenten und Absolventen öffentlicher Hochschulen – ausgewählte Ergebnisse der Forschungen in Rzeszów/Bielefeld

In einem weiteren Teil werden ausgewählte Aspekte der Einstellungen gegenüber der Migration bei Studenten und Absolventen öffentlicher Hochschulen in zwei

¹⁰ Die Forschungen wurden in elf alten EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt, nähere Erläuterungen siehe L. Sauer, A. Ette, *Abschied für immer oder auf Zeit? Internationale Migration hochqualifizierter Deutscher*, Februar 2011, <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=6825#Autoreninfo>

¹¹ L. Sauer, A. Ette, op. cit.

¹² L. Sauer, A. Ette, *Abschied vom Einwanderungsland Deutschland? Die Migration Hochqualifizierter im europäischen und internationalen Vergleich*, Policy Paper im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2010, S. 14.

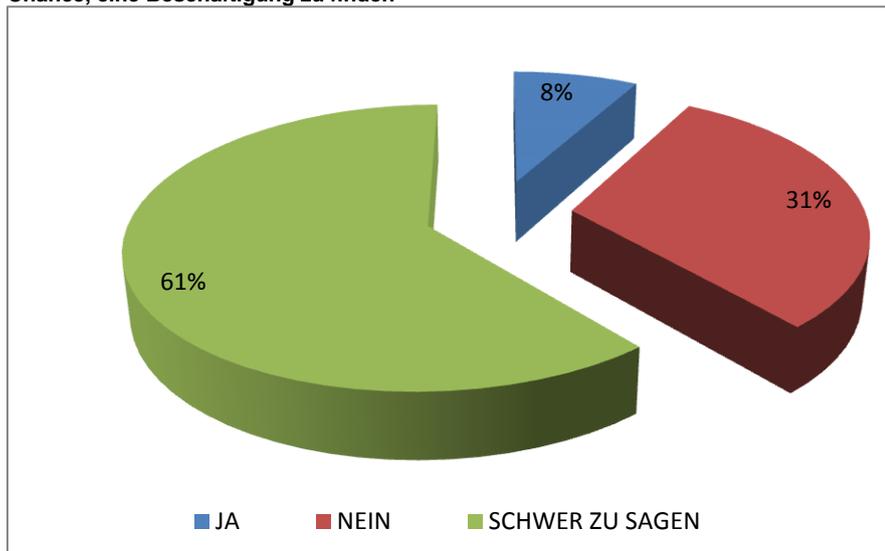
Partnerstädten, das heißt in Rzeszów und Bielefeld, präsentiert. Die Autorin führte diese Forschungen im Jahre 2010 durch, als Fortsetzung derjenigen Untersuchungen, die im Studienjahr 2008/2009 in Rzeszów und Bielefeld durchgeführt worden sind. Die Untersuchungen umfassen Studenten und Absolventen öffentlicher Hochschulen in beiden Partnerstädten.

Tabelle 6. Bereitschaft zur arbeitsbedingten Auswanderung als der einzigen Chance, eine Beschäftigung zu finden

Was glauben Sie: ist die Arbeit im Ausland für Sie die einzige Chance, ihren Lebensunterhalt zu verdienen?	Anzahl	Prozent
Nein	123	30,6
Ja	32	8,0
Schwer zu sagen	245	61,0
Keine Antwort auf die Frage	2	0,4

Quelle: eigene Bearbeitung anhand Umfrage (Rzeszów 2010).

Diagramm 2. Bereitschaft zur arbeitsbedingten Auswanderung als der einzigen Chance, eine Beschäftigung zu finden



Quelle: eigene Bearbeitung anhand Umfrage (Rzeszów 2010).

Rzeszów

Eine der Fragen, die den Probanden gestellt wurden, bezog sich auf ihre Einstellung gegenüber der Notwendigkeit der Arbeitsmigration. Die meisten Befragten (61 %) konnten ihre Haltung bezüglich einer arbeitsbedingten Auswanderung ins Ausland als der einzigen Chance, eine Beschäftigung zu finden, nicht bestimmen. Knapp ein Drittel erklärte, dass die Auswanderung ins Ausland nicht die einzige Chance sei, um für den eigenen Unterhalt zu sorgen. Nur 8 % der Befragten antworteten mit „ja“ (Tabelle 6, Diagramm 2).

Auf die Frage nach den eventuellen Gründen, die junge Menschen zur Arbeitsmigration bewegen könnten¹³, antwortete der Großteil der Befragten (72 %), dass sie unter solchen Umständen auswandern würden, die ihnen

gleichzeitig ermöglichen, die Sprache des Emigrationslandes zu erlernen. Dies lässt die These zu, dass junge und ausgebildete Menschen nach weiterer intellektueller Entwicklung streben und stets lernen wollen, indem sie zum Beispiel ihre Fremdsprachenkenntnisse vertiefen möchten. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass nur für knapp die Hälfte der Befragten (47 %) der Mangel an einer alternativen Möglichkeit, für den eigenen Unterhalt zu sorgen, als Motiv gilt. Diese Verteilung der Antworten kann als Basismaterial zur Durchführung weiterer vertiefter Forschungen in dem analysierten Bereich dienen.

¹³ Jede Antwortvariante wurde in den Kategorien: „ja“ oder „nein“ ausgewertet.

Aus der Verteilung der Antworten ergibt sich zudem, dass für mehr als 60 % der Befragten von Bedeutung ist, ein höheres Einkommen im Ausland als im Inland (64 %) zu erzielen; zu den anderen wichtigen Faktoren gehören: die Möglichkeit, mit der Familie auszuwandern (63 %), die Perspektive größerer Chancen der beruflichen Entwicklung im Ausland als im Heimatland (62 %) sowie die Gleichberechtigung von einheimischen Bürgern und Immigranten (61 %) (Tabelle 7, Diagramm 3).

Interessante Ergebnisse wurden auch anhand der Analyse der Verteilung der Antworten auf die nächste Frage gewonnen – diese Frage lautete: In welchen Ländern würden Sie nach Arbeit suchen? Der Großteil der Befragten beabsichtigt, in Polen nach Beschäftigung zu suchen (15 %). Weiter folgten solche Antworten wie: Deutschland (13 %), USA (10 %), Großbritannien und Irland (jeweils 8 %) sowie Frankreich und Norwegen (jeweils 7 %) (Diagramm 4). Von den

übrigen Ländern wurden am häufigsten die Niederlande, Spanien, Finnland und Belgien genannt. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass sich trotz der Finanzkrise jede(r) zehnte Befragte bereit erklärte, in den USA nach Arbeit zu suchen. Man kann vermuten, dass dies in hohem Maße auf die langjährige Tradition der Arbeitsmigration aus dem Gebiet des Karpatenvorlands¹⁴ in die Vereinigten Staaten und die damit verbundene Entstehung von weiten Migrationsnetzen von Personen, die aus der Woiwodschaft Karpatenvorland stammen, zurückzuführen ist.

Bielefeld

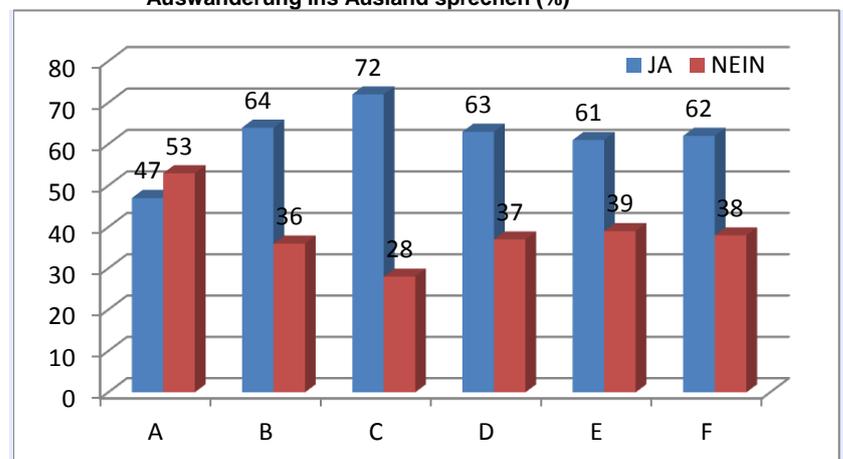
In Anlehnung an dasselbe Forschungswerkzeug wurden auch Studenten und Absolventen von Hochschulen der Partnerstadt von Rzeszów in Bielefeld, befragt.

Tabelle 7. Umstände, die zur Entscheidung über die arbeitsbedingte Auswanderung ins Ausland führen (%)

Umstände	Ja	Nein
Ich sehe keine andere Möglichkeit Geld zu verdienen	47	53
Im Ausland würde ich mehr verdienen	64	36
Ich könnte eine Fremdsprache beherrschen	72	28
Meine Familie geht mit	63	37
Ich hätte alle Rechte, genauso wie die Bürger im Zielland	61	39
Ich hätte bessere Berufsentwicklungschancen und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten als im Heimatland	62	38

Quelle: eigene Bearbeitung aufgrund Umfrage (Rzeszów 2010).

Diagramm 3. Umstände, die zur Entscheidung für eine arbeitsbedingte Auswanderung ins Ausland sprechen (%)

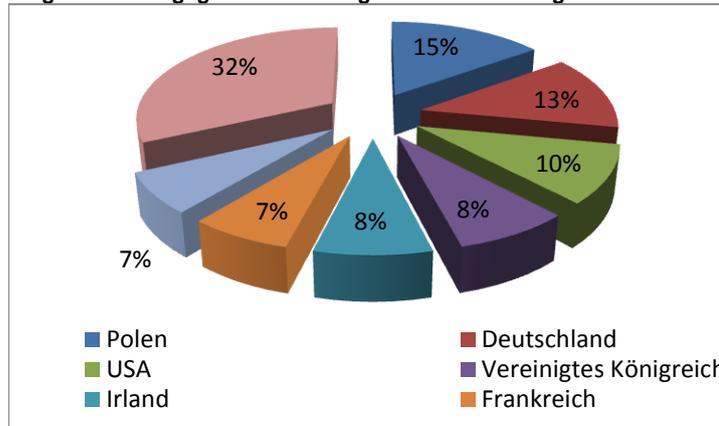


A	Ich sehe keine andere Möglichkeit Geld zu verdienen
B	Im Ausland würde ich mehr verdienen
C	Ich könnte eine Fremdsprache beherrschen
D	Meine Familie geht mit
E	Ich hätte alle Rechte, genauso wie Bürger im Zielland
F	Ich hätte bessere Berufsentwicklungschancen und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten als im Heimatland

Quelle: eigene Bearbeitung aufgrund Umfrage (Rzeszów 2010).

¹⁴ K. Iglicka, *Wizy do USA. Mity, fakty, rekomendacje. Monitoring polskiej polityki zagranicznej*, Centrum Stosunków Międzynarodowych, Warszawa 2008, S. 6. In die USA wandern vorwiegend die Einwohner von drei Woiwodschaften aus: Kleinpolen, Karpatenvorland und Podlachien.

Diagramm 4. Angegebene Richtungen der Arbeitsemigration



Quelle: eigene Bearbeitung anhand Umfrage (Rzeszów 2010).

Tabelle 8. Bereitschaft zur arbeitsbedingten Auswanderung als einzige Chance, eine Beschäftigung zu finden

Was glauben Sie: ist die Arbeit im Ausland für Sie die einzige Chance, ihren Lebensunterhalt zu verdienen?	Anzahl	Prozent
Nein	126	28,7
Ja	34	7,7
Schwer zu sagen	266	60,6
Keine Antwort auf die Frage	13	3

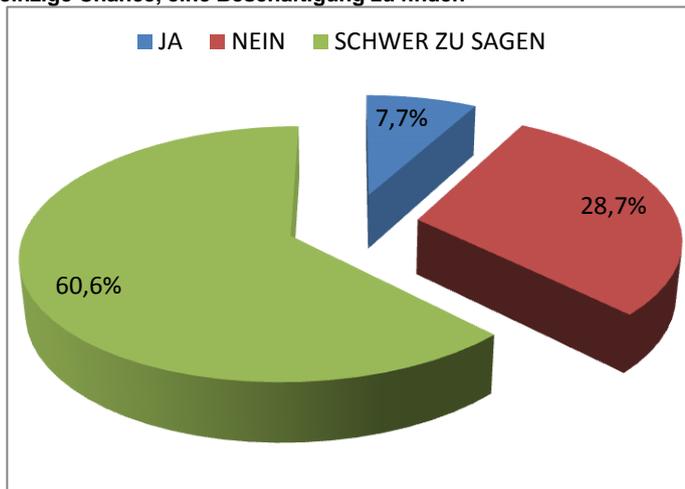
Quelle: eigene Bearbeitung anhand Umfrage (Bielefeld 2010).

Die Verteilung der Antworten der Befragten aus Bielefeld bezüglich der Haltungen gegenüber der Notwendigkeit einer Arbeitsmigration sah ähnlich aus wie die Antworten derjenigen Personen, die in Rzeszów befragt wurden. Die meisten Personen konnten ihre Haltung bezüglich der arbeitsbedingten Auswanderung ins Ausland als der einzigen Chance auf Beschäftigung nicht bestätigen (60,6%). Etwas mehr als 28% der Befragten erklären, dass die Arbeit im Ausland für sie nicht die einzige Chance darstelle, um für den eigenen Unterhalt zu sorgen und nur 7,7% der Befragten bejahen diese Frage (Tabelle 8, Diagramm 5).

Aus der Verteilung der Antworten auf die Frage nach den eventuellen Umständen, die junge Menschen aus Bielefeld zur Arbeitsmigration bewegen könnten¹⁵, ergibt sich, dass unter den zur Auswahl stehenden Antwortmöglichkeiten eine höhere Vergütung außerhalb Deutschlands einer der weniger wichtigen Gründe für die Arbeitsmigration darstellt. Von den Umständen, die für eine arbeitsbedingte Auswanderung ins Ausland

entscheidend sind, wurden am häufigsten die folgenden Antworten ausgewählt: die Perspektive für eine bessere Beherrschung der Sprache des Emigrationslands (74%), die Möglichkeit einer besseren beruflichen Entwicklung im Ausland (73%), die Möglichkeit, gemeinsam mit der Familie auszuwandern (72%) sowie mangelnde Alternativen, um Einkommensquellen zu erschließen (71%) (Tabelle 9, Diagramm 6).

Diagramm 5. Bereitschaft zur arbeitsbedingten Auswanderung als einzige Chance, eine Beschäftigung zu finden



Quelle: eigene Bearbeitung mittels Umfrage (Bielefeld 2010).

¹⁵ Jede Antwortvariante wurde in den Kategorien: „ja“ oder „nein“ ausgewertet.

Die Analyse der Verteilung der Antworten auf die Frage nach den eventuellen Zielländern der Emigration von jungen Menschen ergab, dass der größte Teil der Befragten – ähnlich wie bei Forschungen in Rzeszów – im Heimatland nach Beschäftigung suchen will (16 %). Gefolgt von: Großbritannien (14%) USA (13 %), die Niederlande (5 %) sowie Frankreich, Schweiz und Australien (jeweils 4 %). Charakteristisch für diese Gruppe der Befragten waren auch Antworten ohne Angabe der konkreten Emigrationsziele, z.B.: „Amerika“ (5 %), „Europa“ (6 %), „überall“ (3 %) (Tabelle 10).

5. Vergleich der Ergebnisse der Forschungen in den Partnerstädten

Die Verteilung der Antworten der Befragten aus Rzeszów und Bielefeld bezüglich der Einstellungen gegenüber der Migration sieht ähnlich aus. Die meisten Befragten in beiden Städten konnten ihre Einstellung gegenüber der arbeitsbedingten Auswanderung ins Ausland als einziger Chance auf Beschäftigung nicht bestätigen (mehr als 60 %). Weniger als ein Drittel der Befragten erklärten, dass für sie die Auswanderung ins Ausland nicht die einzige Chance wäre, für den eigenen Unterhalt zu sorgen und nur ca. 8 % der Befragten bejahten diese Frage.

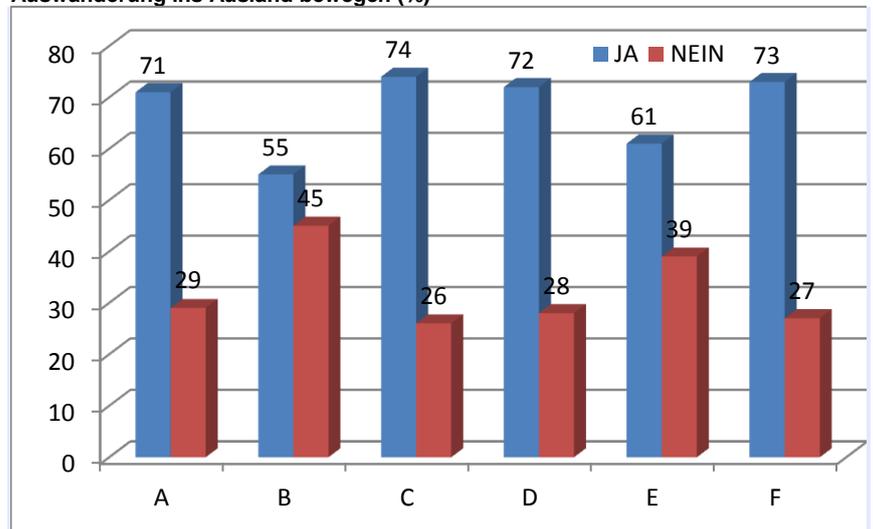
Was die Umstände der Entscheidung über die arbeitsbedingte Ausreise ins Ausland angeht, nannten die meisten Befragten in beiden Städten solche Umstände, die es ihnen gleichzeitig ermöglichen würden, die Sprache des Ziellandes zu erlernen. Für beide Gruppen der Befragten waren auch folgende Faktoren von Bedeutung: die Möglichkeit einer besseren beruflichen Entwicklung im Ausland sowie die gemeinsame Auswanderung mit der Familie. Die gewonnenen Ergebnisse bestätigen die charakteristischen Merkmale der „Generation Y“, das heißt das Interesse an der persönlichen Entwicklung, an der ständigen Erhöhung der eigenen Qualifikationen

Tabelle 9. Umstände, die zur Entscheidung für eine arbeitsbedingte Auswanderung ins Ausland sprechen (%)

Umstände	Ja	Nein
Ich sehe keine andere Möglichkeit Geld zu verdienen	71	29
Im Ausland würde ich mehr verdienen	55	45
Ich könnte eine Fremdsprache beherrschen	74	26
Meine Familie geht mit	72	28
Ich hätte alle Rechte, genauso wie die Bürger im Zielland	61	39
Ich hätte bessere Berufsentwicklungschancen und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten als im Heimatland	73	27

Quelle: eigene Bearbeitung mittels Umfrage (Bielefeld 2010).

Diagramm 6. Umstände, die zur Entscheidung über die arbeitsbedingte Auswanderung ins Ausland bewegen (%)



- A - Ich sehe keine andere Möglichkeit Geld zu verdienen
- B - Im Ausland würde ich mehr verdienen
- C - Ich könnte eine Fremdsprache beherrschen
- D - Meine Familie geht mit
- E - Ich hätte alle Rechte, genauso wie Bürger im Zielland
- F - Ich hätte bessere Berufsentwicklungschancen und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten als im Heimatland

Quelle: eigene Bearbeitung mittels Umfrage (Bielefeld 2010).

sowie an der Möglichkeit, die berufliche Karriere und das persönlichen Leben in Einklang zu bringen (wichtiger als die berufliche Karriere scheint für sie das persönliche

Tabelle 10. Angegebene Richtungen der Arbeitsemigration (%)

Land	D	UK	USA	NL	F	CH	AUS	Am	E	überall	andere Länder
Prozent	16	14	13	5	4	4	4	5	6	3	26

Die in der Tabelle eingesetzten Symbole: D – Deutschland, UK – Großbritannien, NL – die Niederlanden, F – Frankreich, CH – die Schweiz, AUS – Australien, Am – Amerika, E – Europa

Quelle: eigene Bearbeitung anhand Umfrage (Bielefeld 2010).

Tabelle 11. Zusammenstellung der Ergebnisse der ausgewählten Antworten von Studenten und Absolventen von Hochschulen in Rzeszów und Bielefeld

Fragen	Verteilung der Antworten											
	RZESZÓW						BIELEFELD					
1. Was glauben Sie: ist die Arbeit im Ausland für Sie die einzige Chance, ihren Lebensunterhalt zu verdienen?	JA		NEIN		SCHWER ZU SAGEN		JA		NEIN		SCHWER ZU SAGEN	
	8%		30,6%		61%		7,7%		28,7%		60,6%	
2. Unter welchen Umständen wären Sie bereit, im Ausland zu arbeiten? (die Verteilung der Antworten in %) (in der Zusammenstellung wurden nur bejahende Antworten berücksichtigt; die Erläuterung der Buchstabenabkürzungen befindet sich im früheren Teil der Bearbeitung)	A	B	C	D	E	F	A	B	C	D	E	F
	47	64	72	63	61	62	71	55	74	72	61	73
3. Angegebene Richtungen der Arbeitsemigration	überwiegende Antworten						überwiegende Antworten					
	PL, D, USA, UK, IRL, F, N						D,UK,USA,NL,F,CH,AUS					

Quelle: eigene Bearbeitung anhand Umfrage (Rzeszów – Bielefeld 2010).

Leben zu sein; die Arbeit als Mittel zur Gründung einer glücklichen Familie). Einige Unterschiede in der Verteilung der Antworten, die durch die Befragten in Rzeszów und Bielefeld gegeben wurden, ließen sich in Bezug auf ihre Erwartungen bezüglich der Differenzierung der Einkommenshöhe im In- und Ausland notieren. Für mehr als 60 % der Befragten in Rzeszów ist nämlich von Bedeutung, eine höhere Vergütung im Ausland als im Inland zu erzielen, was für die

Befragten in Bielefeld der am wenigsten wichtige Faktor von den in den Antwortmöglichkeiten angegebenen Gründen der Entscheidung über die Arbeitsemigration darstellt. Obwohl dies immerhin für mehr als die Hälfte der Befragten von Bedeutung ist. Eine ähnliche Einstellung haben die Befragten in beiden untersuchten Städten gegenüber dem Land, in dem sie Arbeit finden möchten. Die meisten Befragten würden es nämlich bevorzugen, in ihrer Heimat beschäftigt zu sein. Anders sind dagegen die Präferenzen bezüglich der eventuellen Emigrationsrichtungen (Tabelle 11).

7. Zusammenfassung

Polen ist ein traditionelles Auswanderungsland und wird meistens als ein durch den Abfluss von hochqualifizierten Menschen gefährdetes Land betrachtet. Solch eine Situation war in den 1980er Jahren gegeben, als man feststellte, dass die Anzahl der emigrierenden Facharbeiter in diesem Zeitraum so groß war, dass „die Anzahl der jedes Jahr abfließenden Personen, die dieser Kategorie angehörten, ungefähr so viel betrug wie ein Viertel des Jahrgangs der Absolventen sämtlicher Hochschulen“¹⁶. Die aktuellen

¹⁶ <http://www.bankier.pl/wiadomosc/Migracje-osob-z-wysokimi-kwalifikacjami-1596370.html>

Daten ergeben, dass eine positive Selektion von aus Polen auswandernden Personen stattfindet. Auch im Falle von Deutschland haben wir es mit selektiver Migration zu tun. Trotz der Schwierigkeiten bei der eindeutigen Festlegung des dauerhaften oder vorübergehenden Charakters der gegenwärtigen Auswanderungen kann man anhand der durchgeführten Forschungen feststellen, dass der größte Teil der gegenwärtigen Migrationen vorübergehenden Charakter hat. Der Begriff *Brain Drain* impliziert aber das Vorhandensein eines unumkehrbaren Verlustes. Daher wird immer öfter der Begriff *Brain Circulation* anstatt *Brain Drain* benutzt. Viele Ergebnisse zeigen zudem, dass der Umfang des *Brain Drains* erheblich überschätzt wird, was hauptsächlich aus der Nichtberücksichtigung der Gesamtzahl der Rückwanderungen resultiert. Die Arbeit im Ausland kann sogar als potenzieller Nutzen betrachtet werden, insbesondere, wenn sie mit der Gelegenheit verbunden ist, die eigenen Qualifikationen zu erhöhen.

Die Analyse der ausgewählten Forschungsergebnisse im Bereich der Einstellungen gegenüber der Migration von Studenten und Absolventen von Hochschulen in Rzeszów und Bielefeld ergibt, dass die meisten Untersuchten in beiden Städten ihre Haltung bezüglich der arbeitsbedingten Auswanderung ins Ausland als der einzigen Chance für die Beschäftigung nicht bestätigen können und nur ca. 8% der Befragten der Meinung sind, dass die arbeitsbedingte Auswanderung ins Ausland für sie die einzige Chance darstellt, sich den eigenen Unterhalt zu sichern. In beiden untersuchten Städten nehmen die Befragten auch eine ähnliche Haltung gegenüber dem Land ein, in dem sie Arbeit finden möchten. Das heißt, dass die meisten Befragten am liebsten in ihrer Heimat beschäftigt sein würden. Unterschiedlich fallen die Präferenzen bezüglich der eventuellen Emigrationsrichtungen aus. Aber im Zeitalter der Globalisierung ist die Mobilität von hochqualifizierten Arbeitskräften eine unvermeidliche Erscheinung. Hoch entwickelte Länder sind überlegen, wenn es um die Möglichkeit der Nutzung von Humankapital geht. Der Prozess der Globalisierung ist mit der intensiven Entwicklung neuer Technologien, des Dienstleistungssektors sowie mit besseren Möglichkeiten im Bereich der Kommunikation verbunden, was wiederum bewirkt, dass die Mobilität von hochqualifizierten Personen für hohe Effektivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sorgt. Sie wird zu einem unentbehrlichen Bestandteil der beruflichen Karriere. Dies bestätigen die Ergebnisse der Forschungen¹⁷ im Hinblick auf die Haltungen von Studierenden und Absolventen hinsichtlich der Determinanten, die sich auf die Entscheidung über die Arbeitsemigration auswirken. Ein Großteil der Antworten betrifft die Möglichkeit der Verbesserung der Sprachkenntnisse im Zielland als des wichtigsten Faktors, der über die Entscheidung zur Auswanderung entscheidet. Für die Befragten in beiden Städten ist auch die Perspektive besserer Chancen für die berufliche Entwicklung im Ausland als im Heimatland von enormer Bedeutung.

¹⁷ Die Forschungen wurden von der Autorin in Rzeszów und Bielefeld im Jahre 2010 durchgeführt.

Monika Fröhlich¹

Politik, Demokratie, Partizipation im Verständnis deutscher und polnischer Jugend

„Nur durch die Jugend wird die Gesellschaft ihre eigene Gegenwart überleben können. Sie stellt die Zukunft dar, eine so nahe Zukunft, dass die ältere Generation, um in Sicherheit und Würde wirklich alt werden zu können, auf diese Jugend bauen muss.“²

Deutschland und Polen sind beide, obgleich mit jeweiligen historisch-politischen Besonderheiten, in den Prozess der Europäisierung eingebunden. Die Menschen beiderseits von Oder und Neiße müssen erst lernen, was es bedeutet, ein Staatsbürger, ein Bürger des eigenen Landes und ein Bürger Europas zu sein. Dies wird mit der Feststellung begründet, dass die Demokratie sowohl den Polen als auch den Deutschen nicht in die Wiege gelegt worden sei. Beide Gesellschaften haben sowohl bessere, als auch schlechtere Zeiten der staatsbürgerlichen Praxis erlebt, die unter anderem zur Zerstörung der Demokratie und der staatsbürgerlichen Einstellungen geführt haben. In Polen sowie in Ostdeutschland kam es zu einer „neuen Öffnung“ der Demokratie, was auf eine sehr ähnliche Art und Weise geschah. In Polen fanden im Jahre 1989 die ersten, zum Teil freien Parlamentswahlen statt. In Deutschland führte 1990 der Fall der Berliner Mauer zur deutschen Wiedervereinigung. Beide Länder verfolgen, unter verhältnismäßig beständigen Rahmenbedingungen, die Verwirklichung eines gemeinschaftlichen Konzepts der Europäischen Union.³

Nicht nur das Erbe der jüngeren Geschichte ist für den gemeinsamen sozialen und politischen Entwicklungspfad Deutschlands und Polens leitend, sondern auch die heute anstehenden Aufgaben, die aus der gemeinsamen Zugehörigkeit zur EU resultieren. Die Europäische Union verfolgt das Ziel einer auf Wissen gestützten Gesellschaft und Wirtschaft.⁴ Dementsprechend basiert die Kooperation der EU- Mitgliedstaaten im Bereich des Bildungswesens und der Weiterbildungssysteme auf der Verfolgung und der Verbesserung dieser Ziele.⁵

Das Verständnis und das daraus resultierende Verhältnis der Bürger und Bürgerinnen zu Politik, Demokratie und Partizipation erscheinen als eine der einflussreichsten Determinanten für die Funktionsfähigkeit, Legitimität und Stabilität einer Demokratie. In diesem Zusammenhang erschließt sich der Prozess der politischen Sozialisation für Kinder und Jugendliche als ein unabdingbarer und zentraler Punkt für ein demokratisches Land. Die gesellschaftliche Verinnerlichung wichtiger Inhalte der politischen Kultur, Ordnung, der Rechte und Pflichten ist nicht ausschließlich mit einer positiven Resonanz seitens der jungen Menschen versehen. Die politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen äußern sich in einer

¹ Monika Fröhlich studiert Soziologie in Bielefeld und arbeitet momentan an ihrem Master-Abschluss.

² Neidhardt 1967, S. 7

³ Vgl.: Siellawa-Kolbowska 2008, S. 1

⁴ Vgl.: Presidency conclusion, Lisabon paragraph 2

⁵ Vgl.: Siellawa-Kolbowska 2008: S. 2

zunehmenden politischen Distanz, die sogar in Politikverdrossenheit übergeht. Derartige Entwicklungen können auf Dauer die demokratische Funktionalität und Stabilität eines Landes in Frage stellen.⁶

Die heutige deutsche wie auch polnische Jugend ist eine Generation junger Menschen, die schon seit längerer Zeit weder mit den Erlebnissen der Wiedervereinigung noch mit den Erlebnissen des real existierenden Sozialismus unmittelbar etwas zu tun hat bzw. niemals etwas zu tun hatte.

Seit der institutionellen Vereinigung beider deutscher Staaten im Oktober 1990 wird der kulturellen Integration beider Teile *Deutschlands* eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Als Voraussetzung für den Abschluss dieses Prozesses wird die Entwicklung einer subjektiven politischen Orientierung bei den Bürgern und Bürgerinnen der neuen Bundesländer angenommen. Ferner wird den nachfolgenden jungen Generationen eine besondere Bedeutung zugeschrieben, die Bedeutung eines erhofften Austausches zwischen der demokratiekritischen Generation der erwachsenen Bürger, die unter den Bedingungen einer liberalen Demokratie gelebt haben, und der Generation von jungen Menschen, die die Demokratie befürworten.⁷

In *Polen* bestand in der Zeit des real existierenden Sozialismus keine Chance für den Aufbau eines bürgerlichen Lebens; die staatlichen Institutionen waren frei von jeglicher politischer Legitimation. Damals waren es die jungen Menschen, die für Veränderungen in der Zeit des Kommunismus kämpften. Aufgrund der im Jahre 1989 geführten Gesprächen am Runden Tisch zwischen der kommunistischen Regierung, der Untergrundorganisation *Solidarność* und der Kirche wurde in Polen die Übergangsphase vom sozialistischen Staat zur demokratischen Republik initiiert. Gegenwärtig, unter einer demokratischen Regierung, müssen Polens junge Menschen, um politisch aktiv zu werden, keine Proteste bzw. Aufstände organisieren. Statt für die Demokratie kämpfen zu müssen, oder im Hinblick auf die Demokratie Stellung zu beziehen, bekommen Polens neue Generationen die Rolle der Demokratiefürworter zugeschrieben oder sie werden mit der Erwartung konfrontiert, die demokratische Ordnung vollkommen zu unterstützen.

Entspricht die Erwartung, junge Menschen in Polen und Deutschland seien uneingeschränkte Befürworter einer demokratischen Staatsordnung, der Realität? Dies wurde im Rahmen meiner Bachelorarbeit hinterfragt und anhand einer qualitativen empirischen Studie ermittelt. Im Rahmen dieses Forschungsprojekts wurden insgesamt dreiundvierzig deutsche und polnische Jugendliche der gymnasialen Oberstufe mittels eines offenen Fragebogens befragt. Den sechzehn- bis achtzehnjährigen Heranwachsenden wurden Fragen zur Politik, Demokratie, Partizipation, zu Formen der politischen Mitbestimmung, der Relevanz der politischen Beteiligung und der Art und Weise der Teilhabe am politischen Leben des eigenen Landes gestellt. Bevor jedoch die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt werden, sollten die relevanten Studien auf

⁶ Vgl.: Roller/ Bretschneider/ Jan W. van Deth 2006, S. 7

⁷ Vgl.: Ebd., S. 8

diesem Gebiet erläutert werden, um den derzeitigen wissenschaftlichen Forschungsstand zu spiegeln.

Das Verhältnis der Jugend zur Politik, Demokratie und Partizipation ist ein sehr aktuelles Forschungsthema, sowohl für deutsche als auch für polnische Forscher/innen. Diese Thematik stößt zugleich auf breites öffentliches Interesse und steht im Fokus politikwissenschaftlicher Forschung.

Seit den 1990er Jahren wird in Deutschland verstärkt am Thema „Jugend und Politik“ gearbeitet. In den Vordergrund der Betrachtung rücken zwei Studien. Die Shell-Jugendstudie und das Jugendsurvey „Jugend und Politik“ des Deutschen Jugendinstituts.⁸ Beide Studien sind repräsentative Umfragen unter Jugendlichen zwischen dem 12. und 25. Lebensjahr.

„Alles in allem stellt Politik für die Mehrheit der Jugendlichen heute keinen eindeutigen Bezugspunkt mehr dar, an dem man sich orientiert, persönliche Identität gewinnt oder sich auch selber darstellen kann. ‚Politisch sein‘ ist heute nicht mehr „in“⁹ Diese Zusammenfassung der Ergebnisse der Shell Jugendstudie 2002 stellt

eine Abnahme sowohl des Interesses der Jugendlichen an Politik als auch an postmaterialistischen Werten fest. Konventionelle und unkonventionelle Partizipation bewegen sich auf einem niedrigen Niveau. Obwohl die Jugendlichen eine große Akzeptanz gegenüber der Demokratie offenbaren, zeigen sie eine erhebliche Parteiverdrossenheit.¹⁰ Im Jahre 2010 wurde die 16. Shell-Jugendstudie veröffentlicht, in der das Thema „Jugend und Politik“ ebenso eine große Rolle spielte. Die 16. Shell-Jugendstudie konstatiert eine leichte Steigerung des politischen Interesses bei den Jugendlichen. Das Niveau bleibt jedoch unter dem Ergebnis der 1970er und 1980er Jahre. Die politische Selbsteinschätzung der Jugendlichen bleibt konstant; sie sind überwiegend ein wenig links von der Mitte einzuordnen. Das Vertrauen der Jugendlichen gegenüber gesellschaftlichen Institutionen unterliegt einem geringen Wandel. Institutionen wie z.B. die Polizei, die Bundeswehr, Gerichte sowie Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen werden von den Jugendlichen sehr hoch eingeschätzt. Im Gegensatz dazu erhalten die Bundesregierung, große Parteien, Unternehmen und die Kirche eine sehr geringe Befürwortung. Politische Aktivitäten, die insbesondere das Interesse der Jugendlichen vertreten, sind sehr wichtig. 77 Prozent der Jugendlichen schließen die Beteiligung an einer Unterschriftenaktion nicht aus, die Teilnahme an einer Demonstration befürworten hingegen nur 44 Prozent der Heranwachsenden.¹¹

An die erste Stelle der von den Jugendlichen genannten Partizipationsformen rückt die Beteiligung an Wahlen. Offensichtlich wird das Wählen als die wichtigste und realste

⁸ DJI, München, umfasst inzwischen drei Wellen- 1992 (Hoffmann-Lange 1995), 1997 (Gille/Krüger 2000) und 2003 (Gaiser) u.a. 2006

⁹ Albert/Hurrelmann/TNS Infratest Sozialforschung 2002: S. 24

¹⁰ Vgl.: Ebd.: S. 18-27

¹¹ Vgl.: Albert/Hurrelmann/Quenzel/TNS Infratest Sozialforschung 2010, S. 130-146

Form der demokratischen Teilhabe und politischen Einflussnahme angesehen. Das „absichtliche Nichtwählen“ und die Wahl einer extremen Partei spielen, im Gegensatz zur „regulären“ Wahlbeteiligung, nur eine geringe Rolle. Zudem können sich viele Jugendliche eine Mitarbeit in einer Bürgerinitiative vorstellen. Ebenfalls erweist sich die politische Einflussnahme, durch direkt an die Politiker gerichtete Briefe und Emails als eine mögliche Form der Partizipation bei deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Weniger Beachtung schenken die jungen Menschen institutionalisierten Partizipationsformen wie z.B. dem Engagement in einer Partei oder in einer politischen Gruppierung. Die Teilnahme an politischen Aktionen an der Grenze zur Legalität spielt eine geringere Rolle.¹²

Polens Forscher/innen lassen der *Jugend-Forschung* ebenfalls ein erhebliches Interesse zukommen. Eine beachtenswerte Studie zum Thema „Jugend“ wird regelmäßig vom „Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ (CBOS) veröffentlicht.¹³ Die Studie „Jugend“ wird in einem Fünfjahrestakt herausgegeben. Das Interesse der Forscher/innen deckt verschiedene Lebensbereiche der Jugendlichen ab. Zu diesen zählen u.a. „Jugend über Politik und Demokratie“, „Jugend über die Integration der Europäischen Union“ und „Interesse der Jugend an Politik und die Äußerung politischer Ansichten“. Außer CBOS forscht der „Ausschuss der wissenschaftlichen Forschung Polens“ zum Thema „Jugend und Politik“. Das Verhältnis der polnischen Jugend zur Politik und die Bereitschaft zur Partizipation sind zentrale Fragen dieser Forschung.

Etwa die Hälfte der befragten polnischen Jugendlichen interessiert sich für Politik. Es haben nur 31 Prozent der jungen Menschen angegeben, Anhänger einer politischen Partei zu sein.¹⁴ Grundsätzlich ist anzunehmen, dass der größere Teil der Jugendlichen für das politische Leben und die individuelle politische Beteiligung wenig Interesse zeigt. Die Politik wird nicht als Sphäre der Selbstverwirklichung oder als Chance für einen beruflichen Werdegang angesehen.¹⁵

Die polnische Jugend begreift die Politik als etwas „Schmutziges“, und die Politiker selbst werden verspottet, indem gesagt wird, dass alle Politiker gleich seien. Die Jugendlichen vertreten die Meinung, dass die Politiker – statt im Interesse des Volkes zu handeln – eine Politik zu Gunsten der politischen Partei betreiben, in der sie tätig sind. Die politische Szene wird als intransparent und unverständlich bewertet. Politik wird als ein Spiel ohne handfeste und klare Regeln wahrgenommen. Grundsätzlich herrscht kein politisches Desinteresse unter den Jugendlichen, sondern eine Missbilligung der politischen Szene.¹⁶

Das Verhältnis der jungen Menschen gegenüber der Demokratie in Polen ist relativ stabil. Ein wenig mehr als ein Drittel der Befragten repräsentiert eine prodemokratische

¹² Vgl.: Gille/ Sardei-Biermann/Gaiser/de Rijke 2006, S. 233-243

¹³ CBOS- Centrum Badań Opinii Społecznej.

Vgl.: Młodzi w życiu politycznym: konradfischer.blox.pl/.../Mlodzi_w_zyciu_politycznym.doc (abgerufen am 7. 12. 2010)

¹⁵ Vgl.: Ebd.

¹⁶ Vgl.: Ebd.

Haltung: man ist der Meinung, dass die Demokratie allen anderen Formen der Herrschaft überlegen ist. Gegenwärtig manifestieren 20 Prozent der befragten Jugendlichen eine Anfälligkeit für den Autoritarismus, indem sie meinen, dass die nichtdemokratische Form der Herrschaft „hin und wieder“ mehr Beachtung findet als die demokratische. Positiv ist, dass gegenwärtig nur 14 Prozent der Befragten eine Haltung einnehmen, die man als politische Entfremdung bezeichnen könnte. Diese Haltung kommt durch die Bestätigung folgender Aussage zum Ausdruck: „Für Menschen wie mich hat es im Grunde genommen keine Bedeutung, ob die Regierung demokratisch oder nicht demokratisch ist.“ Die Unterschiede des Verhältnisses zur Demokratie unter den Jugendlichen begründet man unter anderem mit Hilfe der Schulform. Prodemokratisch erweisen sich überwiegend Lernende des Lyzeums (43 Prozent), obwohl auch diese Gruppe der Jugendlichen die Tendenz zur Unterstützung einer autoritären Regierung offenbart (25 Prozent). Gleichzeitig ist die Gleichgültigkeit gegenüber der Form der Regierung am geringsten entwickelt (10 Prozent). Im Gegensatz zu den Schüler/innen des Lyzeums verfügen die Schüler der Berufsschule überwiegend über keine klar definierten Ansichten zum Thema (50 Prozent) oder sie lassen sich als politisch entfremdet charakterisieren (23 Prozent).¹⁷

Als ein weiterer Indikator für das Für und Wider der Jugendlichen gegenüber der Demokratie werden die materiellen Lebensbedingungen in den Familien der Jugendlichen genannt. Die Jugendlichen, die ihre materielle Situation als sehr gut definieren, befürworten diese Regierungsform und sehen sie als überlegen gegenüber anderen Regierungsformen an. Mit der Abnahme des Wohlstands der Familien der jungen Menschen nimmt diese Neigung allerdings ab. Bei den Jugendlichen, die die materielle Situation ihrer Familien als sehr schlecht definieren, verzeichnet man politische Entfremdung am häufigsten. Von den vielen Themen, die in polnischen Familien diskutiert werden, ist das Thema Politik nicht das häufigste, das Eltern mit ihren Kindern besprechen. Dies heißt jedoch nicht, dass das Thema Politik innerhalb der häuslichen Diskussionen gar nicht zur Debatte steht. Aus den Forschungsergebnissen folgt, dass 44 Prozent der Eltern regelmäßig die aktuellen politischen Ereignisse kommentieren, während 48 Prozent dies nur sporadisch tun. Die Eltern, die zu Hause gar nicht über Politik sprechen, machen eine Minderheit von 8 Prozent aus. Daraus resultierend sind Schüler/innen, deren Eltern sich häufig mit politischen Themen auseinandersetzen, mehr an der Thematik interessiert und auch stärker in sie involviert als Schüler/innen aus Elternhäusern, in denen politische Themen nur selten oder gar nicht angesprochen werden.¹⁸

Am 1. Mai 2004 trat Polen der Europäischen Union bei. Diese politische sowie kulturelle Richtungsentscheidung¹⁹ der Bürger/innen legitimierte eindrucksvoll die Integrationsbemühungen ihrer Regierung.²⁰ Die Integration Polens in die Europäische

¹⁷ Vgl.: Badora/Lutostanski/Kalka/Kolbowska/Wenzel/ Wciorka/Feliksiak/Roguska/Pankowski/Gwiazda 2009: S. 49-50

¹⁸ Vgl.: Badora/Lutostanski/Kalka/Kolbowska/Wenzel/ Wciorka/Feliksiak/Roguska/Pankowski/Gwiazda 2009: S. 111-114

¹⁹ Diese erfolgte in einem Referendum

²⁰ Vgl.: Pilarek/Klaeren 2011: S. 59

Union wird nicht nur im politischen Leben thematisiert, auch Polens junge Menschen fühlen sich zu dieser Thematik hingezogen. Die eindeutige Mehrheit der Heranwachsenden erblickt in der EU-Integration Polens mehr Vor- als Nachteile. Ein deutlich kleinerer Kreis von Jugendlichen verhält sich gegenüber dem Beitritt skeptisch. Die Euroenthusiasten setzen sich zum größten Teil aus Schüler/innen des Lyzeums zusammen, demgegenüber sind die Euroskeptiker überwiegend bei den Berufsschulen vertreten.²¹ Die Schulform und das Bildungsniveau spielen eine entscheidende Rolle.

Die Kirche spielt im politischen Leben Polens ebenfalls eine bedeutende Rolle. Dennoch vertreten die jungen Menschen die Auffassung, dass der Staat und die Kirche voneinander getrennt sein sollten. Nur eine Minderheit der Jugendlichen ist der Ansicht, dass Kirche und Staat zusammen gehören. Diese Jugendlichen bezeichnen sich als Gläubige und nehmen regelmäßig an religiösen Praktiken teil.²²

Mit meiner Untersuchung möchte ich darstellen, was die deutschen und polnischen Jugendlichen unter Politik, Demokratie und Partizipation verstehen. Die Erarbeitung der Identifikationen, Orientierungen, Einstellungen und Interaktionen der Jugendlichen erfolgt mit Hilfe der Methode der Grounded Theory. Ein besonderes Augenmerk wird auf folgende Fragen gerichtet: „*Politik heißt für mich...*“; „*Wie wichtig ist für Dich Partizipation?*“; „*Hast Du Dich schon in irgendeiner Art und Weise politisch beteiligt? Wenn ja, wie?*“.

Die Politik ist im Verständnis sowohl deutscher als auch polnischer Jugendlicher durch die beiden Phänomene der Fremdbestimmung²³ und der Mitbestimmung gekennzeichnet.²⁴ Den Begriff der Fremdbestimmung beschreiben die Jugendlichen, indem sie die Politik als den Bereich bezeichnen, der durch politische Vertreter bestimmt wird. Die Politiker treffen für die Bürger/innen relevante Entscheidungen, die erhebliche Auswirkungen auf das Leben des Volkes haben; die Einflussnahme der Normalbürger auf die Entscheidungen wird dagegen als sehr gering wahrgenommen. Allerdings wird die Politik für das Funktionieren eines Landes als absolut notwendig angesehen. Die Politiker eines Staates haben die Verantwortung zu tragen und für das Wohlergehen der Gesellschaft zu sorgen. Die Schüler/innen assoziieren mit Politik auch den Begriff der Mitbestimmung. Jeder Bürger hat das Recht zur Mitwirkung und Mitentscheidung im Staat. Die Teilhabe der Bürger/innen an politischen Wahlen ist eine der vielen Möglichkeiten der politischen Partizipation.

Die deutsche Jugend verknüpft die Politik mit dem Phänomen der *Zuverlässigkeit*. Die jungen Menschen assoziieren mit der Politik eine große Verpflichtung der Politiker gegenüber den Bürger/innen. Die deutschen Jugendlichen sehen die Politik als ein

²¹ Vgl.: Badora/Lutostanski/Kalka/Kolbowska/Wenzel/ Wciorka/Feliksiak/Roguska/Pankowski/Gwiazda 2009: S. 61-114

²² Vgl.: Ebd.: S. 59-60

²³ Fremdbestimmung ist „...ein soziales Verhältnis von Über- und Unterordnung, das häufig mit Machtgefälle und Abhängigkeit verbunden ist...“. (In Lexikon sociologicus: <http://www.socioweb.org/lexikon/index.html>, abgerufen am: 12. 03. 2012

²⁴ Der Begriff der Mitbestimmung wird mit dem Begriff der Mitwirkungsrechte gleichgesetzt, mit deren Hilfe Einfluss auf die Politik ausgeübt werden kann.

zuverlässiges Organ an, das verlässliche Entscheidungen trifft, die durch das Engagement der Politiker zu Stande kommen. Politik kommt durch den Pluralismus der Parteien, die in einem Land agieren, zum Ausdruck. Somit nehmen die Jugendlichen eine beobachtende Haltung gegenüber der Politik ein. Die unterschiedlichen Meinungen der Bürger/innen werden von diversen Parteien vertreten. Einige Jugendliche weisen gegenüber der Politik Distanz und Skepsis auf, weil sie ihre eigenen Ansichten in der Politik nicht vertreten sehen. Als Gründe für das Desinteresse an der Politik nennen die deutschen Schüler/innen die Inkompetenz und Unzuverlässigkeit der Politiker/innen.

Die polnischen Jugendlichen betrachten die Politik als entscheidenden Bereich, der für die Einflussnahme und Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens ihres Landes verantwortlich ist. Obwohl die Jugendlichen ein Grundverständnis von Politik aufweisen, distanzieren sie sich von ihr. Überwiegend wird die Politik von den polnischen Lernenden als „etwas sehr weit entferntes“ bezeichnet. Die politische Fremdbestimmung wird von den Schüler/innen auch als eine Art Machtlosigkeit charakterisiert. Politik wird als unverständlich wahrgenommen und kommt sehr selten in den Diskussionen der Jugendlichen vor. Im Gegensatz zu den deutschen Jugendlichen traut die polnische Jugend der Politik ihres Landes nicht. Die Politiker werden als unzuverlässig, bestechlich, lügnerisch, inkompetent und unprofessionell wahrgenommen. Die andauernden politischen Skandale, Streitigkeiten und gegenseitigen Vorwürfe der Politiker lösen bei den Schüler/innen ein Gefühl des Misstrauens aus und werden auf der internationalen Arena als Blamage für das gesamte Land angesehen. Statt sich um die wichtigen Angelegenheiten des Landes und der polnischen Gesellschaft zu kümmern, beschäftigen sich die polnischen Politiker /innen in den Augen ihrer Jugend mit nur wenig wichtigen Dingen. Die Politik wird sogar als eine Gefährdung für die zwischenmenschlichen Beziehungen angesehen. Diese Gefahr ergibt sich aus dem Umstand, dass politische Themen auf der Tagesordnung stehen, die für die Bürger/innen ausnahmslos eine Provokation darstellen. Die polnischen Jugendlichen, die ich im Rahmen meiner Untersuchung befragt habe, schämen sich für die Repräsentanten ihres Staates und empfinden die polnische Politik als Blamage und Bloßstellung.

„Partizipation bezeichnet die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Willensbildungsprozessen, insbesondere an Wahlen und Referenden.“²⁵

Die aktive Beteiligung der Bürger/innen an der gemeinsamen Gestaltung der politischen Angelegenheiten sehen sowohl die deutschen als auch die polnischen Jugendlichen als außerordentlich wichtig an. Die politische Mitbestimmung der Angehörigen eines Staates wird als ein fester und unentbehrlicher Bestandteil des politischen Lebens eines Staates wahrgenommen. Die politische Mitwirkung der Bürger/innen bildet in den Augen der Jugend die Grundlage für die Herrschaftsform der Demokratie. Sie wird als Chance für Veränderungen wahrgenommen.

²⁵ Schubert/Klein 2006: S. 226

Die politische Partizipation der deutschen Jugendlichen erfolgt überwiegend auf kommunaler Ebene. Die aktive Teilnahme an Bildungsstreiks und Bürgerinitiativen sind die meist genannten Formen der politischen Teilhabe der Lernenden. Darüber hinaus partizipieren die Jugendlichen, indem sie an Gemeinderatssitzungen und Unterschriftensammlungen teilnehmen. Einige der befragten Jugendlichen haben sich bis jetzt überhaupt noch nicht politisch beteiligt. Die fehlende politische Mitwirkung wird mit dem fehlenden erforderlichen Wissen, das zu einer sinnvollen Partizipation berechtigen würde, begründet.

Die polnischen Jugendlichen sehen die politische Mitbestimmung der Bürger/innen ebenfalls als einen festen Bestandteil des politischen Lebens eines Landes an. Die Jugendlichen sehen in der Teilhabe am politischen Leben ihres Landes eine Chance, etwas verändern zu können. Die Partizipation wird mit dem Recht auf eigene Meinungsäußerung verbunden, auch eine Einzelmeinung hat faktischen Einfluss auf die Politik. Dies zeigt, dass man zumindest bei dieser Gruppe von Jugendlichen von keiner Politikverdrossenheit sprechen kann.

Einige der befragten Jugendlichen positionieren sich mit Skepsis gegenüber der Partizipation als einer Chance, etwas verändern zu können. Der/die einzelne Bürger/in kann nicht viel bewirken, seine/ihre Rolle im Staat wird als zu unbedeutend eingeschätzt. Einige der Befragten halten die politische Teilhabe sogar für unbedeutend, hauptsächlich wegen der fehlenden Volljährigkeit, die eine Voraussetzung für das Wahlrecht ist. Das derzeitige Desinteresse an der Partizipation bedeutet jedoch nicht, dass man sie vollständig ablehnt. Die Mehrheit der Jugendlichen will mit Vollendung des 18. Lebensjahres und mit der damit verbundenen Berechtigung zur politischen Mitbestimmung am politischen Leben ihres Landes aktiv mitwirken.

Die bisherige politische Partizipation der polnischen Jugendlichen erfolgt ebenfalls auf kommunaler Ebene. Die politische Mitbestimmung findet zum größten Teil im schulischen Umfeld statt, durch die Mitgliedschaft in der Schülermitverwaltung oder als Klassensprecher/in. Zusätzlich beteiligen sich die Jugendlichen am Leben ihrer Stadt, indem sie an Versammlungen von Vereinen teilnehmen. Die tägliche Rezeption regionaler und überregionaler Nachrichten wird von den polnischen Jugendlichen als eine Art politischer Partizipation verstanden, die von ihnen praktiziert wird.

Die deutschen und polnischen Jugendlichen weisen insgesamt ein hohes Interesse an der Politik ihres Landes auf. Jede/r Jugendliche ist im Stande, sich gegenüber der Politik entsprechend zu positionieren oder ein Urteil zu bilden. Sei es eine positive oder negative Meinung, die sich aus den gegebenen politischen Umständen des jeweiligen Landes ergibt. Dies zeigt, dass die Politik für die Jugendlichen kein neutrales Thema ist und dass es keine Anzeichen von Politikverdrossenheit gibt. Die Schüler/innen beider Länder verbinden mit der Politik eine große Verpflichtung der Politiker gegenüber den Bürger/innen. Als Bürger/innen sehen sie sich selbst dazu verpflichtet, politisch zu agieren, sei es durch die Teilnahme an einer Bürgerinitiative oder einer Unterschriftensammlung. Zwar messen die Jugendlichen ihrer einzelnen Stimme in der

sie umgebenden Gesellschaft nur geringe Bedeutung bei, doch wird jede Einzelmeinung als faktischer Einfluss auf die Politik wahrgenommen.

Das überwiegende Misstrauen der polnischen Jugendlichen gegenüber der Politik ist nicht als Desinteresse oder Politikverdrossenheit zu werten. Im Gegenteil, die polnischen Jugendlichen informieren sich regelmäßig über die politischen Geschehnisse in ihrem Land. Sie reflektieren die politischen Umstände und bilden sich ihren politischen Standpunkt.

Diese einerseits politisch interessierte und andererseits sich gegenüber ihr kritisch positionierende Jugend stellt unsere Zukunft dar. Daher ist es wichtig, dieser Jugend zuzuhören, denn nur durch die Jugend wird unsere Gesellschaft ihre eigene Gegenwart überleben können.

Literatur

- Albert, Mathias; Hurrelmann, Klaus; Quenzel, Gudrun & TNS Infratest Sozialforschung (Hg.) (2010): JUGEND 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main.
- Albert, Mathias; Hurrelmann, Klaus & TNS Infratest Sozialforschung (Hg.) 2002: JUGEND 2002 zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt am Main.
- Badora, B.; Lutostanski, M.; Kalka, J.; Kolbowska, A.; Wenzel, M.; Wciorka, B.; Feliksiak, M.; Roguska, B.; Pankowski, K.; Gwiazda, M (Hrsg.) (2009): Opinie i Diagnozy NR 13, Młodzież 2008. CBOS Warszawa.
- Gille, Martina, Sardei-Biermann, Sabine; Gaiser, Wolfgang; der Rijke, Johann (Hg.) 2006: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Młodzi w życiu politycznym: konradfischer.blox.pl/.../Mlodzi_w_zyciu_politycznym.doc (abgerufen am 7. 12. 2010).
- Neidhardt, F. (Hg.) 1967: Die junge Generation. Opladen.
- Pilarek, Patrick; Klaeren, Jutta: Polen. In: Informationen zur politischen Bildung 2011, Nr. 311, S. 59.
- Roller, E.; Brettschneider, F.; Jan W. van Deth (Hg.) 2006: Jugend und Politik: „Voll normal!“ VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schubert/Klein (Hg.) 2006: Das Politiklexikon. Verlag J.H.W. Dietz Nachf.GmbH.
- Siellawa-Kolbowska, Krystyna Ewa (Hg.) 2008: Politische Bildung in Deutschland und Polen. Instytut Spraw Publicznych/The Institute of Public Affairs. Warschau.

Theo Mechtenberg

Polen und Russen – Beginn einer Versöhnung

Am 17. August 2012 kam es im Warschauer Königsschloss zu einem denkwürdigen Akt. Im Namen ihrer Kirchen unterzeichnete der Moskauer Patriarch Kyrill I: und Erzbischof Józef Michalik als Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz die „Gemeinsame Botschaft an die Völker Polens und Russlands“.¹ Das Dokument ist das erste seiner Art in der an Belastungen reichen polnisch-russischen Geschichte. Es handelt sich um einen relativ kurzen Text von kaum mehr als vier Seiten. Man merkt dem flüssig und leicht lesbar geschriebenen Text die Mühe nicht an, die er der paritätisch besetzten Arbeitsgruppe offenbar bereitet hat, um sich in gut zweijähriger Arbeit auf beiderseits akzeptable Formulierungen zu verständigen. Die „Botschaft soll“ – wie es einleitend heißt – als „ein Wort der Versöhnung an die Gläubigen unserer Kirchen, an unsere Nationen und an alle Menschen guten Willens“ verstanden werden.

Der erste mit „Dialog und Versöhnung“ überschriebene Abschnitt dieses dreiteiligen Textes erinnert an das gemeinsame christliche Erbe. Auf seiner Grundlage erhofft man sich einen Dialog, der dazu beiträgt, „die Wunden der Vergangenheit zu heilen, gegenseitige Vorurteile und Missverständnisse zu überwinden sowie das Verlangen nach Versöhnung zu stärken.“ Der intendierte Dialog soll weiter dazu dienen, „gegenseitiges Vertrauen aufzubauen“, um „auf diese Weise zur Versöhnung zu führen.“ Diese selbst setze als ersten Schritt „Vergebung des erlittenen Unrechts“ voraus, bedeute aber keineswegs ein Vergessen, denn den Opfern der Untaten schulde man ihr Gedenken, und das Gedächtnis an sie sei „ein wesentlicher Teil unserer Identität.“ Gefordert aber wird eine Absage an „Rache und Hass“ sowie der „Aufbau einer Bruderschaft zwischen den Menschen, zwischen unseren Völkern und Ländern als Grundlage einer friedlichen Zukunft.“

Der Blick auf die Zukunft bildet das Scharnier zum zweiten Teil „Vergangenheit aus der Perspektive der Zukunft“. Erinnert wird an die „tragischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts“, die beide Völker und Kirchen während des Zweiten Weltkriegs sowie unter dem „Totalitarismus“ und der „Ideologie des Atheismus“ gemacht haben. Dass diese geschichtliche Phase insbesondere für Polen eine Zeit sowjetischer Unterdrückung war, kommt nicht eigens zur Sprache. Katyń bleibt unerwähnt. An diesem Punkt gingen die Meinungen weit auseinander, wie Erzbischof Henryk Muszyński, der Ko-Vorsitzende der gemeinsamen Arbeitsgruppe, wissen lässt: „Im historischen Teil standen wir vor dem unüberbrückbaren Hindernis, die gegenseitig erfahrenen Untaten beim Namen zu nennen.“² Daher begnügte man sich mit allgemeinen Aussagen und verwies das Problem der Ermittlung der historischen Wahrheit an die Experten. Immerhin aber heißt es im Text, „dass eine dauerhafte Versöhnung als Fundament einer

¹ <http://www.episkopat.pl/?a=dokumentyKEP&doc=2012817-O>

² <http://wpolitice.pl/wydarzenia/34801-abp-muszynski-o-historii-powstania-i-znaczeniu>

friedlichen Zukunft nur auf der Basis vollständiger Wahrheit über unsere gemeinsame Vergangenheit möglich ist.“

Der dritte, umfangreichste Teil ist den „neuen Herausforderungen“ gewidmet, denen beide Kirchen sich heute gegenüber sehen und denen sie sich gemeinsam stellen möchten. Grundsätzlich geht es um die Möglichkeit zur Gestaltung der jeweiligen Gesellschaften „auf der Basis traditioneller christlicher Werte“. Der Text ist von einer deutlich negativen Weltsicht bestimmt. Er betont die Gefahren eines „religiösen Indifferentismus“ und einer „fortschreitenden Säkularisierung“. Zwar wird die Autonomie von Staat und Kirche betont und der Wunsch nach Zusammenarbeit in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zum Ausdruck gebracht, doch im Vordergrund stehen die Negativphänomene eines „Laizismus“ sowie eines „Fortschrittsverständnisses, das moralische Grundprinzipien des Dekalogs in Frage stellt.“ Genannt werden im Einzelnen: Abtreibung, Euthanasie, gleichgeschlechtliche Ehen, ein materialistischer Lebensstil, die Verwerfung traditioneller Werte und die Verbannung religiöser Symbole aus dem öffentlichen Raum. Diese Sicht der Dinge ist zumindest einseitig. Sie lässt die positiven Aspekte einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung außer Acht und widerspricht damit dem im Zweiten Vatikanischen Konzil entwickelten dialogisch-diakonischen Weltverhältnis der Kirche.

Der Bezug zum Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe von 1965

Die Hauptintention der „Botschaft“ ist der Wunsch nach Versöhnung. Insofern steht sie in einem Zusammenhang mit der Versöhnungsinitiative polnischer und deutscher Bischöfe am Ende des Zweiten Vatikanums. Diese besitzt nicht nur für das deutsch-polnische Verhältnis ihre Bedeutung, sondern sie gilt seitdem als ein nachahmenswertes Vorbild wo immer die Beziehungen zwischen Völkern unter der drückenden Last der Vergangenheit leiden. Dass der Briefwechsel auch bei den Beratungen der gemeinsamen Arbeitsgruppe eine Rolle gespielt hat, geht aus einer Äußerung von Erzbischof Muszyński hervor. Nach ihm bildete das Bemühen um eine Versöhnungsformel ein „lebhaft diskutiertes Problem“, wobei man von Anfang an auf die bekannte Formel 'wir vergeben und bitten um Vergebung' aus dem Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe verzichtet“ habe. Und dies aus der Einsicht, „dass man nicht vergeben kann, ohne beim Namen zu nennen, was wir vergeben [...]“. So blieb es im Text bei einem „Appell“ an die Gläubigen, „um Vergebung für die Untaten und alles Böse zu bitten“, und dies im Sinne einer „ersten Bedingung der Versöhnung“, zu der die Vaterunserbitte „vergib und unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“ verpflichtete.

Die angestrebte Versöhnung ist der einzige, wenngleich wesentliche Bezug zum Briefwechsel der Bischöfe. Ein Vergleich beider Initiativen bringt eher die Unterschiede zum Vorschein: statt eines Briefwechsels ein gemeinsam verfasstes Dokument, das die „heißen Eisen“ ausklammert. Auch der geschichtliche Kontext ist ein völlig anderer: Im Jahr 1965 gehörten beide Kirchen unterschiedlichen, ja gegensätzliche Systemen an, wodurch der im Briefwechsel angestrebte zwischenkirchliche Dialog bis Anfang der 1970er Jahre seitens der kommunistischen Regierung Polens praktisch unmöglich

gemacht wurde. Zwar ist Putins Russland alles andere als eine „lupenreine Demokratie“, aber von einer politischen Behinderung des mit der „Botschaft“ eingeleiteten Versöhnungsprozesses kann keine Rede sein, geschweige denn von einem Kirchenkampf, wie ihn Polens Kirche damals wegen ihres Versöhnungsbriefes zu bestehen hatte. Vielmehr dürfte die „Gemeinsame Botschaft“ im Interesse beider Regierungen liegen.

Die Frage nach der Umsetzung der „Botschaft“

Die Unterzeichnung des polnisch-russischen Dokuments ist noch kein Akt der Versöhnung, sondern die Aufforderung, den Weg zur Versöhnung zu beschreiten. Damit ergibt sich die Frage der Umsetzung dieser „Botschaft“. Welche Wirkungen können von ihr ausgehen? Wie wird sie von der kirchlichen Basis beider Völker aufgenommen? Welche Unterschiede in der Rezeption sind in Polen und Russland zu erwarten? Gibt es parallele säkulare Initiativen einer polnisch-russischen Verständigung, welche die Chancen eines Versöhnungsprozesses erhöhen?

Beginnen wir mit der Antwort auf die letzte Frage. Eine solche Initiative gibt es in der Tat seit vier Jahren. In aller Stille arbeitet eine polnisch-russische Gruppe von Historikern an der Aufarbeitung der die Beziehung beider Völker belastenden „schwierigen Probleme“. Sie erfüllt damit ein Desiderat der „Botschaft“, die ja die „heißen Eisen“ der Vergangenheit nicht selbst aufgreift, sondern den Historikern und Experten zuweist. Inzwischen liegt von dieser Arbeitsgruppe bereits eine breite Dokumentation „Weiße Flecken – schwarze Flecken“ vor. Auch geht auf ihre Initiative die Gründung eines „Polnisch-Russischen Zentrums für Dialog und Verständigung“ zurück, das im Übrigen als Gastgeber für die Unterzeichnung des Dokuments im Warschauer Königsschloss³ fungierte.

Dass es Polens Kirche mit der Umsetzung der „Botschaft“ ernst ist, zeigt der Beschluss, das Dokument am Sonntag, dem 9. September, in allen Kirchen zu verlesen. Angesichts der in Polen immer noch vollen Kirchen und zahlreichen Sonntagsgottesdienste erreicht damit der „Appell“ zur Versöhnung die Massen der Gläubigen und dürfte, so ist zu hoffen, angesichts eines unter ihnen verbreiteten antirussischen Ressentiments einen Einstellungswandel bewirken. Dass ein solcher Gesinnungswandel nötig ist, hat bereits die Ankündigung des Dokuments gezeigt. Sogleich meldeten sich national-katholische Publizisten und Politiker zu Wort, die trotz der abgeschlossenen Untersuchungsergebnisse immer noch einer abstrusen Verschwörungstheorie anhängen und die Meinung vertreten, beim Absturz der Präsidentenmaschine am 10. April 2010 bei Smolensk habe es sich nicht um einen Unfall, sondern um ein russisches Attentat gehandelt. Das Dokument diene daher nur dem Kreml und verrate polnische Interessen. Wie ernst die Kirche diese Ablehnung der „Botschaft“ aus den eigenen Reihen nimmt, zeigt die Tatsache, dass sich Erzbischof Michalik genötigt sah, in einem Interview mit

³ Das Warschauer Königsschloss ist selbst ein Ort belasteter Geschichte. Nach dem gescheiterten Novemberaufstand von 1831 wurde es von zaristischen Truppen geplündert und seiner Kunstschatze beraubt.

der kirchlichen Nachrichtenagentur gegen diese abwegige Interpretation der tragischen Katastrophe Stellung zu beziehen. Dass diese Stellungnahme nicht unbedingt auf fruchtbaren Boden fiel, erwies sich am Tage der Unterzeichnung der „Botschaft“, als eine Gruppe von Katholiken des äußersten rechten Lagers vor dem Warschauer Königsschloss gegen die „falsche Versöhnung“ demonstrierten und die „orthodoxen Schismatiker“ mit Spruchbändern dazu aufriefen, „in den Schoß der römisch-katholischen Kirche zurück zu kehren.“

Derlei Proteste sind in Russland kaum zu erwarten. Dafür dürfte aber auch die Resonanz auf die „Botschaft“ um vieles geringer ausfallen. Trotz einer gewissen Renaissance der orthodoxen Kirche nach dem Ende des Sowjetregimes ist die Gesellschaft weiterhin stark atheistisch geprägt, und die Zahl praktizierender Gläubiger liegt schätzungsweise maximal bei 7%. Im Übrigen mangelt es in Russland immer noch an einer Aufarbeitung der durch die Nähe hoher Kirchenvertreter zum KGB belasteten kirchlichen Vergangenheit und damit auch an einer inneren Versöhnung. Wie dringlich diese ist, hat das harte Urteil gegen die drei Frauen der Gruppe „Pussy Riot“ gezeigt, die vor der Ikonostase der Moskauer Christus-Erlöser-Kathedrale wegen ihres provozierenden Songs „Muttergottes, vertreibe Putin“ zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt wurden. Das Urteil erging ausgerechnet am 17. August, also an dem Tag, an dem in Warschau der Moskauer Patriarch unter das polnisch-russische Versöhnungsdokument seine Unterschrift setzte. Dieses zeitliche Zusammentreffen beider Ereignisse wirft einen dunklen Schatten auf die innere Versöhnungsbereitschaft des Moskauer Patriarchats, das mit seiner Forderung nach Bestrafung der drei Frauen für das unverhältnismäßig hohe Strafmaß mit verantwortlich ist. Nun bleibt abzuwarten, ob das Patriarchat seinen Einfluss nachträglich geltend macht, um eine Begnadigung der verurteilten Frauen oder doch eine Minderung des Strafmaßes zu erreichen. Das wäre jedenfalls ein Zeichen für eine innerrussische Versöhnung.

Ein Signal für die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Vatikan

Die „Botschaft“ beschränkt sich zwar ganz auf die polnisch-russischen Beziehungen, doch kann sie als ein Signal für eine ökumenische Verbesserung auch des Verhältnisses zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Vatikan gewertet werden. Dieses ist nicht zuletzt durch die Errichtung von katholischen Bistümern auf dem Gebiet der kirchlichen Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats unter dem Pontifikat von Johannes Paul II. stark belastet. Möglicherweise zeichnet sich nun das Ende einer Jahrzehnte währenden zwischenkirchlichen Eiszeit ab, um das sich Benedikt XVI. seit seinem Amtsantritt bemüht und der denn auch die Unterzeichnung der polnisch-russischen Versöhnungsbotschaft ausdrücklich begrüßt hat. Hinzu kommt, dass man Patriarch Kyrill I. eine positive Einstellung zum Katholizismus nachsagt. So äußerte er sich unlängst in einem Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti wie folgt: „In den Beziehungen der Orthodoxie zum Katholizismus beobachten wir einen großen Fortschritt. In vielen, insbesondere pastoralen Fragen sind wir einer Meinung. Die alten historischen Probleme bleiben, aber wir blicken vor allem auf die aktuellen

Probleme, die für die heutigen Christen die wichtigsten sind – für die Katholiken ebenso wie für die Orthodoxie.“⁴ Möglich, dass es in nicht allzu ferner Zukunft zu einem Russlandbesuch von Benedikt XVII. kommt, den sich Johannes Paul II. so sehnhlich gewünscht hatte und der ihm doch versagt geblieben ist.

⁴ ITAR-TASS. Hier zitiert nach A. Brzezicki, *Votum separatum*, Tygodnik Powszechny v. 26. August 2012, S.5

Berichte

Jaqueline Patzer

Schulen auf Partnersuche: GESW führt »Singles« auf einer Kontaktbörse zusammen



25 Lehrer nehmen an der Kontaktbörse teil, um eine Schulpartnerschaft aufzubauen. Malte Koppe (hinten, 3. von rechts) und Zbigniew Wilkiewicz (hinten, 1. von rechts) helfen ihnen dabei. Foto: Patzer

Blinddates, Internetforen, Kontaktanzeigen: Einen Partner mit gleichen Interessen und Absichten zu finden, ist schon als Mensch nicht ganz leicht. Wie schwer ist es dann für Schulen, einen passenden Partner ausfindig zu machen? Für deutsche und polnische Schulen findet an diesem Wochenende deshalb eine Schulpartnerschaftsbörse im Gesamteuropäischen Studienwerk statt.

Doch wie auch beim Menschen sind Eigeninitiative und Motivation gefragt. Diese Anforderungen erfüllen die 25 Vertreter der insgesamt 20 Single-Schulen. Die deutschen Lehrer stammen hauptsächlich aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Ein Teilnehmer reiste sogar aus Heilbronn an.

Die polnischen Vertreter sind in Schlesien und an der Ostsee beheimatet. »Ein Lehrer kommt von einem Gebiet nahe der ukrainischen Grenze. Daran lässt sich erkennen, dass die Schulen wirklich sehr interessiert sind, eine Schulpartnerschaft auszubauen«, sagt Malte Koppe vom Deutsch-polnischen Jugendwerk (DPJW), das diese Kontaktbörse in Kooperation mit dem Gesamteuropäischen Studienwerk Vlotho (GESW) anbietet.

Bei der Börse wird nicht nur der Kontakt zu potentiellen Partner hergestellt, sondern auch die Chance gegeben, sich über die Finanzierung, Antragstellung von Fördermitteln, Erfahrungen und Probleme auszutauschen. Auch Möglichkeiten, einen Austausch interessanter für die Schüler zu gestalten, werden erarbeitet. Dabei ist viel Eigeninitiative gefragt.

»Wir geben den Rahmen und das Forum«, sagt Dr. Zbigniew Wilkiewicz vom GESW. Es sei wichtig, die Lehrer, die einen Austausch mit Polen oder Deutschland planen, zu stärken. Denn häufig treten einige Probleme bei der Umsetzung auf. »Oft sind die Lehrer Einzelkämpfer, hinzu kommt, dass für Schüler und Eltern der Austausch nach Frankreich und England aufgrund der Spracherfahrung attraktiver erscheint. Auch die Finanzierung und die unterschiedlichen Motivationen der Lehrer bereiten Probleme«, berichtet Wilkiewicz.

Koppe und Wilkiewicz führen bei der Kontaktbörse nicht strikt durch ein Programm. »Es ist ein Workshop. Alle sind aufgefordert, aktiv dazu beizutragen. Die Lehrer sollen sich als Schüler sehen und verstehen, wie sie einen Austausch erleben«, sagt Koppe, der die Börse von Warschau aus mitorganisiert hat.

»Es ist ein offener Prozess. Der Erfolg hängt von den Teilnehmern ab«, fügt Wilkiewicz hinzu. Im vergangenen Jahr seien sechs neue Schulpartnerschaften entstanden. Auch in diesem Jahr hat sich bereits ein Paar gefunden: Dominika Pfeif aus Kollberg und Udo Schlüter aus Brake. Beide lehren an einer weiterführenden Schule. »Mein Vater wohnt in Deutschland.

Unsere Region lebt vom Tourismus, 80 Prozent unserer Gäste sind Deutsche. Unsere Schule hat noch keine Partnerschaft und ich möchte den Schülern das Land zeigen, mit dem ich so viel verbinde«, begründet Dominika Pfeif ihre Teilnahme. Das Berufskolleg, an dem Udo Schlüter arbeitet, hat bereits zwei Partnerschulen. »Uns ist es wichtig, den

Vlothoer Zeitung 130 Jahre Vlothoer Zeitung Nr. 1 in Vlotho

Samstag 6. Oktober 2011 10. Jahrgang 85 Tage, 16, 47 bis 10 Uhr Gedruckt in Vlotho

Guten Morgen Fettnäpfchen Du siehst aber schön aus, besonders Wogert seine Linsen, als sie vom Frühstück wieder nach Hause kommt. »Hast ich Dir etwa vorher nicht gefahren?«, gibt sie angewidert zurück. »Ja, doch, wieder falsch, mummel Wogert vor sich hin. Beim letzten Mal hatte er freudig bemerkt: »Du bist genauso hübsch wie vorher.« Da hatte sie gemeint: »Ne, da hätte ich mir die 60 Euro doch glatt sparen können.«

BIRKENVILLA Wohnungsgemeinschaft für Demenzerkrankte - Verhinderungspflege - Senkelhecherstr. 5 32802 Vlotho 05733-95160 www.humanitas-wohnungsgemeinschaften.de

Salon für eine tolle Party EIN KOPF FÜR JEDEN ANLASS

Einer geht durch die Stadt und beobachtet an der Brudenstraße eine junge Frau, die stolz ihren neuen Führerschein präsentiert und dabei von ihrem Fahrlernen fotografiert wird. Hierzulande Glückwunsch und stilles gute Fahrt, wünscht ERNBR

So erreichen Sie Ihre Zeitung Leserservice Lange Straße 121, 32802 Vlotho Telefon 057 33 / 91 22 11 Fax 057 33 / 91 22 19

Lokalredaktion Vlotho Lange Straße 121, 32802 Vlotho Jürgen Gebhardt 057 33 / 91 22 13 Joachim Bunk 057 33 / 91 22 20

Lokalsport Vlotho Klosterstraße 24, 32546 Bad Oeynhausen Alexander Göttemm 057 31 / 25 15 22 Hans Bockel 057 31 / 25 15 20 Florian Weyand 057 31 / 25 15 21 Fax 057 31 / 25 15 21 sport@vlothoer-zeitung.de

TUI-Reisecenter Telefon 057 33 / 96 18 80 www.vlothoer-zeitung.de

Baum stürzt vom Hang

Autos werden beschädigt Vlotho (Geh). Zu einem mehrstufigen Feuerwehreininsatz führte Freitagmorgens ein ungewöhnlicher Baum an der Burgstraße. Starke Böen und Wind hatten am Samstag die Wurzeln eines stark mit Efeu bewachsenen Stammes gelockt. Er stürzte über die Fahrbahn auf den Grundstück Nummer 4. Glücklicherweise ist niemand verletzt worden. Der Carport des Hauses wurde durch die Aste ebenso in Mitleidenschaft gezogen wie parkende Fahrzeuge. Ein roter Opel wurde beschädigt und bei einem Mercedes-Kombi unter anderem die Heckleuchte zerstört. Der Schaden belief sich auf einen fünfstelligen Betrag. Gegen 15.30 Uhr war die Wache alarmiert worden, die mit zwei Kränen der Löschgruppe Vlotho unter Leitung von Dirk Betsmaer ansetzte. Die Wunde des Hochstammes half bei der Bergung des Baumes. Er ist an Ort und Stelle durch die Wehrmannen zerlegt worden. Ein weiterer trockener Stamm aus Stallung wurde vorerstig gekappt und mit einem Kran zum Einsatz kam. Die Burgstraße wurde während der Arbeiten gesperrt.



Von einer Seilwinde ist der Baum aus der Gefahrenstelle gezogen worden. Der dicht von Efeu umschlungene Stamm war vom Steilhang gestürzt und hatte unter anderem zwei Autos und einen Carport beschädigt. Foto: Reinhard Kehlener

Schulen auf Partnersuche

Gesamteuropäischen Studienwerk führt »Singles« auf einer Kontaktbörse zusammen Koppe und Wilkiewicz führen bei der Kontaktbörse nicht strikt durch ein Programm. »Es ist ein Workshop. Alle sind aufgefordert, aktiv dazu beizutragen.« Es ist ein Workshop. Alle Teilnehmer sind aufgefordert, aktiv dazu beizutragen. »Es ist ein Workshop. Alle Teilnehmer sind aufgefordert, aktiv dazu beizutragen.«



25 Lehrer nehmen an der Kontaktbörse teil, um eine Schulpartnerschaft aufzubauen. Malte Koppe (links), 1. von rechts) helfen ihnen dabei. Foto: Paten

Besserer Schutz vor Hochwasser

Vlotho und Kalletal arbeiten an Risiko-Vorsorge mit - interessierte Bürger eingeladen 10 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses in Vlotho. Eine vorläufige Bewertung der Risiken findet sich in dem 2006 herausgegebenen Hochwasser-Aktionsplan für das Hochwasserrisiko im Kalletal. Der Kreis Minden-Lübbecke sowie die Stadt Vlotho und die Gemeinde Kalletal sind als Wasser-Anwahrer in einer so genannten Management-Runde 1 zusammengefasst worden. Neben dem Kreis sind auch interessierte Bürger zu einer Sitzung am Mittwoch, 24. Oktober, um

Ferienangebote in der Kulturfabrik

Vlotho (VZ). Ein Theaterworkshop findet vom 8. bis 19. Oktober jeweils von 10 bis 16.15 Uhr in der Jugendkulturfabrik statt. Wer Bühnenluft schnuppern möchte, kann sich bei Projektleiter Fabian Lind beteiligen. Es wird ein Stück erarbeitet und anschließend vor Publikum aufgeführt. An Kosten entstehen 20 Euro einschließlich Verpflegung. Ein Kontaktformular für Kinder ab sechs Jahren startet am 8. und 9. Oktober jeweils 15 bis 17 Uhr. Es sollen Wollkicker mit einfachen Techniken und natürlichen Materialien angefertigt werden. Die Kursgebühr beträgt zehn Euro. Anmeldung 05 73 31 22 09.

Musik zur Marktzeit

Vlotho (VZ). In der St.-Stephans-Kirche ist am Sonntag um 10 Uhr ein Konzert der Barockmusik zur Marktzeit zu hören. Auf dem Programm stehen Orgelwerke der Komponisten drei Toccata von Nikolaus Bach, Choralbearbeitung von Johannes Brahms und die zweite Sonate von Felix Mendelssohn-Bartholdy. An der Steinmanngasse spielt Andreas Oelert. Der Eintritt zum Konzert ist frei.

Bacchus

Wien - Bier - Restaurant Oktoberfest 2012 12.13. Oktober 18.30h Paulner Wiesn-Bier Musik (DJ) und Tanz Bayerische Köstlichkeiten Tischbedienungen anbieten

Schausonntag

jeder ersten Sonntag im Monat von 15.00 bis 17.00 Uhr FIMA

gesamteuropäischen Gedanken voranzutreiben und mehr Kontakt zu unseren Nachbarländern zu haben«, berichtet der Ethiklehrer. Für die Lehrer ist es zudem interessant, das Bildungssystem des Partnerlandes kennenzulernen. Bei der Börse arbeiten die beiden Lehrer nun an einem Konzept für ihren Austausch.

Nachdruck aus: Vlothoer Zeitung, 6. Oktober 2012

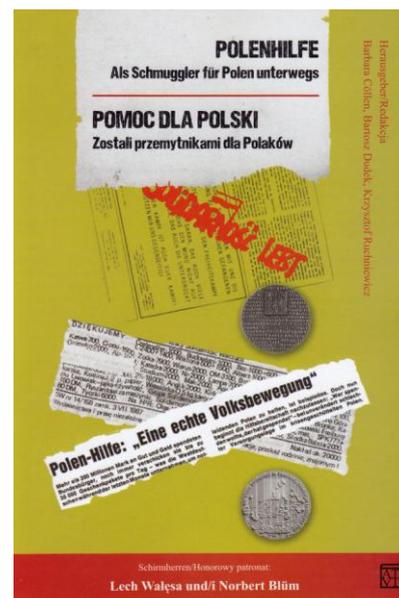
Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

**Barbara Cöllen, Bartosz Dudek, Krzysztof Ruchniewicz
(Hg.): Polenhilfe. Als Schmuggler für Polen unterwegs.**

Neisse Verlag. Dresden-Wrocław 2011, 250 S.

Diese unter dem Patronat von *Lech Walesa* und *Norbert Blüm* herausgegebene zweisprachige Dokumentation stellt ein wichtiges Zeugnis dar. Dies ist nicht nur der Tatsache geschuldet, dass eine vergleichbare Veröffentlichung bisher nicht vorlag, sondern ergibt sich auch aus der klugen, anwendungsfreundlichen Konzeption des Buches. Es besteht neben den drei Vorworten der Herausgeber und einem umfangreichen Dokumentenanhang aus drei Kapiteln, die durchweg in einer zweiseitigen, deutsch-polnischen Synopse gehalten und mit durchweg aussagekräftigem Bild- und Fotomaterial sowie zeitgenössischen Schlagzeilen und Artikeln aus deutschen und polnischen Zeitungen und Zeitschriften gespickt sind. Die kurzen, aber prägnanten Artikel, ergänzt um das anschauliche Bildmaterial, laden interessierte polnische und deutsche Leser/innen zu einer gewinnbringenden Lektüre ein. Die unterschiedlichen Textsorten und subjektiven Perspektiven der Autor/innen und Interviewten lassen den Eindruck von Authentizität entstehen und sorgen für Abwechslung.



Immerhin handelt es sich bei diesem Thema um einen positiv besetzten deutsch-polnischen Erinnerungsort, denn die materielle und moralische deutsche Polenhilfe sorgte vor über dreißig Jahren für eine nachhaltige Veränderung des Deutschenbildes in der polnischen Gesellschaft, ist aber bisher – weder in Deutschland noch in Polen – entsprechend gewürdigt worden. Diese Lücke wird durch dieses Buch in Ansätzen geschlossen. Überdies wird die ideologisch-moralische Komponente eines West-Ost-Schmuggels mit ins Spiel gebracht, der die polnische demokratische Opposition enorm stärkte und bis heute – zumindest in der Deutschland – kaum bekannt ist.

Im ersten Kapitel werden Hilfsmaßnahmen vorgestellt, die von deutschen Institutionen und Organisationen geleistet wurden. Aus einem von *Barbara Cöllen* durchgeführten Interview mit dem einstigen bundesdeutschen Minister für Post und Meldewesen *Christian Schwarz-Schilling* lässt sich schließen, dass die Gebührenbefreiung für Postpakete nach Polen in der Tat einen wichtigen (west)deutschen Beitrag zur Befreiung Osteuropas darstellte. Immerhin handelte es sich insgesamt um 8,6 Mio. Pakete und um eine Gesamtsumme von 175 Mio. DM, für die der deutsche Steuerzahler aufkam. Interessant sind in diesem Text auch jene Passagen, in denen *Schwarz-Schilling* über seine polnisch-jüdischen Wurzeln und die damit verbundene Familientragödie berichtet.

Der Hilfe durch die deutsche Caritas ist ein weiterer Aufsatz gewidmet, wobei das Essener Bistum im Zentrum steht, das in Zusammenarbeit mit dem „Hilfskomitee des

Primas für Gefangene und ihre Familien“ Sachspenden im Wert von 27 Mio. DM aufbrachte. Auf Geheiß des Ordinarius von Essen, *Franz Kardinal Hengsbach*, war in den frühen 1980er Jahren der Leiter der Auslandshilfe der Caritas, *Rudi Löffelsend*, maßgeblicher Organisator dieser Hilfstransporte nach Polen. Der unermüdete Helfer räumt dreißig Jahre nach dem ersten Transport ein, dass außer der Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten auch polygraphische Materialien nach Polen geschmuggelt worden seien. (S.58)

Barbara Cöllen hebt im sich anschließenden Beitrag hervor, dass die deutschen Gewerkschaften eine ausgesprochen diskrete Solidarität mit der „Solidarność an den Tag legten. Dies war der gesamtpolitischen Lage und der Rücksichtnahme auf die Teilung Deutschlands und den Entspannungsprozess geschuldet; ferner wurde das Entstehen der „Solidarność“ von so manchem deutschen Politiker und Gewerkschafter als Bedrohung für den status quo in Europa betrachtet. Allerdings war die stille materielle und humane Hilfe des DGB beträchtlich. Der DGB versuchte so unauffällig wie möglich zu helfen, um die schwierigen deutsch-polnischen Beziehungen nicht zusätzlich zu belasten. Nach der Verhängung des Kriegsrechts reagierte man allerdings schon am 14. 1. 1981 mit scharfem Protest und Hilfsaktionen („Solidarität mit Polen“). Gleichzeitig trat die SPD-Führung mit der Bitte an den DGB-Vorstand heran, nichts zu tun, was die offiziellen Beziehungen zur Volksrepublik Polen stören könnte. (S.66) So hatte der DGB das Problem, Gutes zu tun, ohne laut darüber sprechen zu dürfen. Diese nicht eindeutige Haltung sorgte für Misstrauen und zum Teil gravierende Missverständnisse unter Deutschen und Polen, aber auch zwischen deutschen Unterstützern der polnischen Opposition und polnischen Aktivisten.

Dem nordrheinwestfälischen Landtagsabgeordneten *Josef Neumann*, der als junges Gewerkschaftsmitglied des DGB nach der Ausrufung des Kriegsrechts Kontakt mit der Untergrundbewegung „Solidarność“ unterhielt, ist der nächste Beitrag gewidmet. *Neumann* brachte für seine geheime Mission in Polen die besten Voraussetzungen mit, denn er wurde 1960 in Sary Targ (bei Marienburg) geboren und stammt aus einer gemischten, polnisch-deutschen Familie, die 1971 in die Bundesrepublik aussiedelte. Als fließend Polnisch sprechender Gewerkschafter reiste er oft in seine (alte) polnische Heimat und war von der „Solidarność-Bewegung fasziniert. Da er mit deutschem Pass nach Polen einreisen durfte, war er bis in die Wendezeit als Kurier aktiv und leistete ideelle, organisatorische und materielle Hilfe. Besonders aktiv waren auf deutscher Seite die lokalen Abteilungen der Gewerkschaften, während die DGB-Leitung – so *Neumann* – damals nicht erkannte, dass eine bestimmte Epoche zu Ende ging. Zwanzig Jahre nach der Wende und dem Niedergang des real existierenden Sozialismus gibt der Sozialdemokrat jedoch zu bedenken, dass es in Polen noch immer nicht gelungen sei, einen echten Sozialstaat zu schaffen. Insofern wünscht er sich eine zweite „Solidarność-Revolution“. (S. 88) Hier trifft *Neumann* sicherlich den Nerv einer ganzen Reihe ehemaliger, enttäuschter Solidarność-Aktivisten, die nicht nur für die Unabhängigkeit ihres Landes, sondern ebenfalls für die Verbesserung der sozialen Situation breiter Bevölkerungsschichten in Polen gestritten hatten.

Es schließt sich ein Interview an, das *Rozalia Romaniec* mit *Lech Wałęsa* geführt hat, und das den bezeichnenden Titel „Die Deutschen waren dafür und sogar dagegen“ trägt. *Wałęsa* bringt darin zum Ausdruck, dass dadurch, dass ein Teil der Deutschen die „Solidarność“ unterstützte, während sich der andere aus Furcht vor den Sowjets zurückhielt, für die polnische Opposition eine günstige Situation entstanden sei. Denn eine zu offene Unterstützung der polnischen Opposition durch die Deutschen hätte die Sowjets provoziert und den schlussendlichen Sieg der „Solidarność“ beeinträchtigen können. Den Triumph der oppositionellen polnischen Demokraten, die – so *Wałęsa* – seinerzeit geradezu naiv und amateurhaft agierten, hätte man bei nüchterner Analyse der Kräfteverhältnisse niemals prognostizieren können. So habe den Polen paradoxerweise ihr Glaube an ein Wunder geholfen. Diese im Nachhinein pauschal vorgenommene, verkürzte Bewertung der deutschen und polnischen Positionen verfügt zwar über einen gewissen Charme, erscheint aber etwas übertrieben, denn es war sicherlich nicht alleine der Wunderglaube der Polen, der ihnen schließlich zu ihrer Unabhängigkeit verhalf, sondern vor allem die sich seit Mitte der 1980er Jahre massiv verändernden Machtverhältnisse im ehemaligen Ostblock, die durch den realen Machtverfall der Sowjetunion und die vergeblichen Rettungsversuche Gorbatschows beschleunigt wurden. (S.96)

Dariusz Wojtaszyn wirft in seinem Beitrag alsdann die Frage auf, ob die offizielle Hilfe der DDR für Polen aus propagandistischen oder altruistischen Gründen erfolgte. Nachdem sich die DDR-Führung nach dem Entstehen der „Solidarność“ bekanntlich sehr entschieden für die Bekämpfung des „polnischen Bazillus“ ausgesprochen hatte, erfüllte die Einführung des Kriegsrechts durch General *Jaruzelski* ganz offensichtlich ihre politischen Wünsche: Polen wurde wieder zum „Brudervolk“. Deshalb verkündete die Regierung der DDR kurz vor Ausrufung des Kriegsrechts die Kampagne „Hilfe für die VRP“ und „Hilfe für die Kinder Volkspolens“. Alleine in den Schulen der DDR wurden bis zum 22. 12. 1981 2,5 Mio. Weihnachtspakete vorbereitet, die man in Zügen und LKW nach Polen brachte. Obwohl die Polenhilfe für die DDR-Führung vor allem propagandistischen Wert hatte, sollte – so *Wojtaszyn* – auch berücksichtigt werden, dass sie in der Bevölkerung der DDR auf großen Zuspruch stieß. (S. 108)

Nach diesem kurzen Einschub über die fast vergessene oder im Westen gerne verdrängte Polenhilfe der DDR werden im dritten Kapitel des Buches einzelne Institutionen, Gruppen und Personen vorgestellt, die in Deutschland aktiv waren. Eine besondere Bedeutung kam dabei der Arbeitsgemeinschaft Eschweiler-Aachen zu, die sich maßgeblich für die Vernetzung der im Westen mit der „Solidarność“ kooperierenden Initiativen einsetzte. Ihr Gründer war *Aleksander Zajac*, der in der BRD vom Kriegsrecht überrascht worden war und zusammen mit anderen engagierten Exilpolen eine selbstständige Arbeitsgemeinschaft gründete, die konspirativ nach Polen hineinwirkte. Anfang der 1980er Jahre entstanden in der BRD und Berlin darüber hinaus eine ganze Reihe von Komitees, zum Beispiel in Köln, Mainz und München, aber auch in Nürnberg und Hannover. Sie informierten über die aktuelle Situation in Polen, schmuggelten Papier, Druckmaschinen, Radiosender und von der Zensur verbotene Bücher in ihre

Heimat, unterstützten verfolgte Gewerkschafter und ihre Familien und organisierten Demonstrationen und Protestmärsche gegen das Jaruzelski-Regime.

In Berlin war dies die Pro-Solidarność-Bewegung, an deren Spitze der seit 1973 in Berlin lebende und im April 2011 verstorbene *Edward Klimczak* stand. Nach dem Entstehen der „Solidarność“ informierte *Klimczak* – unter anderem an der Freien Universität, wo er als Dozent tätig war – in zahlreichen Veranstaltungen über die Lage in Polen, stieß aber bei einem Teil der deutschen Studenten, die die Losung „Lieber rot als tot“ vertraten, auf Ablehnung. Da der DGB ebenfalls ausgesprochen reserviert blieb, akquirierte der rührige *Klimczak* Hilfsmittel beim amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL-CIO. Die kommunistische Propaganda wandelte das Kürzel CIO immer wieder in CIA ab, um *Klimczak* als gewöhnlichen Agenten der CIA zu desavouieren. Nach Aufhebung des Kriegsrechts nutzte auch diese Berliner Initiative mehrere konspirative Kanäle und Kuriere, um verbotene Literatur sowie Sender und Abhörgeräte nach Polen zu schmuggeln. Wie man heute den Stasi-Archiven entnehmen kann, wurde *Klimczak* nicht nur vom polnischen Sicherheitsdienst, sondern auch von der Stasi überwacht.

Wolfgang Stock, heute Journalist, Medienberater und Hochschullehrer, erinnert sich gerne an die Zeit zurück, als er mit einer Gruppe deutscher Kommilitonen damit begann, den Familien der nach der Ausrufung des Kriegsrechts inhaftierten Oppositionellen Hilfe zu leisten. Spenden akquirierte man u.a. bei Rotary- und Lions Clubs, finanziell und ideell wurden die studentischen Hilfsgütertransporte von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) unterstützt. Ein großes Kompliment macht *Stock* in diesem Zusammenhang seinem umsichtigen Helfer, dem Exilpolen *Pawel Janczewski*, ohne dessen Klugheit und Mut so manche kritische Situation in Polen wohl nicht gemeistert worden wäre. Neben Hilfsgütern wurden auch von der Zensur verbotene Literatur und Druckmaschinen nach Polen geschmuggelt. *Stock* betont heute, dass er sehr froh sei, dass man durch die damalige Polenhilfe nicht nur die Polen unterstützen, sondern auch den Deutschen helfen konnte, indem man damit auch zur späteren Wiedervereinigung Deutschlands beitrug. (S. 148)

Als aufschlussreiches Dokument der Konspiration erweist sich auch der Beitrag über die Frankfurter Gruppe um die aus Polen stammende Ärztin *Krystyna Graef*, die für ihre Aktion „Kinderhilfe für Polen“ in den 1980er Jahren Spenden in Millionenhöhe sammelte. (S. 151) Begleitet wurden die Hilfstransporte von dem Rundfunkjournalisten *Florian Schwinn*, der seine Sendungen aus Polen auf den unterschiedlichsten Wegen aus dem Land schmuggelte. Zudem belieferte die Frankfurter Gruppe das in Breslau sendende Untergrundradio „Radio Solidarność“ mit Empfängerbauteilen, die in eigens präparierten Verstecken in den mit Hilfsgütern beladenen LKW geschmuggelt wurden. Dabei bewiesen die Akteure ein hohes Geschick und überlisteten die Zöllner immer wieder. *Krystyna Graef* zog wegen der Leibesvisitationen, denen sie regelmäßig unterzogen wurde, eigens erotische Unterwäsche von *Beate Uhse* an, um die Kontrolleure von dem frisierten LKW abzulenken. Offenbar mit großem Erfolg, denn die illegalen Kleinsender von „Radio Solidarność“ wurden weder von den Grenzbeamten noch von

den polnischen Sicherheitskräften jemals aufgespürt. Der in Breslau wirkende Koordinator der „Solidarność Walcząca“, *Michał Gabryel*, stellt nach dreißig Jahren überdies fest, dass der polnische Untergrund dank der aus Deutschland geschmuggelten Technik besser ausgerüstet war als der polnische Sicherheitsdienst. (S. 162)

Einen ganz besonderen Beitrag zur Versöhnung mit Polen leistete der ehemalige Kriminalkommissar *Walter Matt*, der über vierzig Transporte aus Marburg nach Polen organisierte und nach der Wende zum Ehrenbürger von Lodz ernannt wurde. *Matt* erblickte darin einen Akt der Wiedergutmachung für die Verbrechen, die die deutschen Besatzer während des Zweiten Weltkriegs in Polen verübt hatten. Die Helfer lieferten nach Ausrufung des Kriegsrechts Nahrungsmittel, Gegenstände des täglichen Gebrauchs, Kleidung und Medikamente nach Polen, schließlich auch Telefonapparate. Allerdings betätigte sich *Matt* auch als Schmuggler von Funkgerätschaften für „Radio Solidarność“ in Breslau. *Walter Matt* und seine Frau *Monika* zahlten für ihr unermüdliches Engagement einen hohen Preis. Freiwillig verzichteten sie auf unzählige freie Wochenenden, Urlaubstage und ein beschauliches Familienleben. Sie haben es aber ganz offensichtlich nicht bereut. (S. 176)

Agnieszka Rycińska erinnert sich in ihrem sehr persönlichen Beitrag daran, wie sie als Kind von der Ausrufung des Kriegsrechts und von der Strenge des Jahrhundertwinters 1981 in ihrer Meinungs- und Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurde. Einen Lichtblick und Hoffnungsschimmer stellte hingegen ein in der Schule empfangenes Hilfspaket dar, in dem sich wunderschöne, duftende Ballerinas befanden, auf deren Innenseite der handschriftliche Namenszug *Heidi Klum* zu lesen war. Einerseits also die wohltuende, nach persönlicher Freiheit duftende Hilfe herzenguter, mitfühlender Menschen aus dem Westen, andererseits der angstbesetzte raue Alltag im Kriegsrecht, mit unerträglicher Propaganda, brutaler Unterdrückung, Verhaftungen bis hin zu brutalen Morden. Die vornehmen, aber bald zu kleinen und ihre Füße einzwängenden Ballerinas trägt die Heldin noch zwei Jahre, bis sie auseinanderfallen. Sie ist Jahre später, als sie erfährt, wer *Heidi Klum* ist, tief beeindruckt und erzählt noch heute ihren beiden Töchtern von ihrer vermeintlichen, so prominenten Schuhspenderin. Auch gibt sie ihrer Überzeugung Ausdruck, dass ein Schuh gut riechen muss, denn nur in einem solchen Schuh könne man – hoffentlich schmerzfrei – an den Ort seiner Wünsche gelangen. (S. 181)

Im Anschluss an diesen aus der Perspektive einer dankbaren Spendenempfängerin geschriebenen Text kommt der deutsche Schirmherr des Bandes, der einstige Bundesarbeitsminister *Norbert Blüm*, in einem mit *Barbara Cöllen* durchgeführten Interview zu Wort. Der deutsche Christdemokrat und Gewerkschafter betont seinen großen Respekt vor der Leistung der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“, ohne die es weder die Überwindung der Teilung Europas noch die deutsche Vereinigung gegeben hätte. Gleichzeitig kritisiert er, dass sich die damalige, von der SPD geführte Bundesregierung zu wenig für die demokratische Opposition in Polen eingesetzt habe. Die in Deutschland häufig unverstanden gebliebene und missdeutete Religiosität der polnischen Gewerkschafter und die exponierte (politische) Rolle der katholischen Kirche

erklärt der Polenkenner aus den besonderen historischen Erfahrungen der polnischen Gesellschaft. Auch *Norbert Blüm* betätigte sich als Schmuggler eines Busses und verbotenen Schrifttums nach Polen und nutzte seine exponierte politische Position, um die unterdrückten polnischen Oppositionellen öffentlichkeitswirksam zu unterstützen. Ein längerer Abschnitt ist seinem legendären polnischen Amtskollegen und Freund *Jacek Kuroń* gewidmet, mit dem *Blüm* nicht nur deutsch-polnische Abkommen zu Renten- und Sozialversicherungen abschloss, sondern auch Suppen kochte. In ihnen – so *Blüm* – seien stets Großmut, Solidarität und Freundschaft mit gekocht worden. (S. 193)

Schließlich der letzte Artikel, der von dem bekannten britisch-polnischen Fotografen *Chris Niedenthal* stammt. In ihm schildert der Autor, wie er am 15. Dezember 1981 auf dem Warschauer Bahnhof einen ihm unbekanntem deutschen Studenten bat, einen wertvollen Film an sich zu nehmen, um ihn der Newsweek in Bonn zu überbringen. Der Film enthielt die brisante, nach Veröffentlichung berühmt gewordene Fotografie „Apocalypse Now“, die *Niedenthal* von einem zugigen Treppenhaus gegenüber dem Kino „Moskwa“ aufgenommen hatte. Da die Kommunikation im ganzen Land unterbrochen und sämtliche Flüge gecancelt worden waren, bediente sich *Niedenthal* eines nur halb eingeweihten, zufälligen Kuriers. Dieser riskante Akt, der für den Studenten gravierende Folgen hätte haben können, endete mit einem Happy End, denn der Fremde erwies sich als zuverlässig, und *Niedenthals* brandaktuelle Fotos konnten zeitnah in Newsweek veröffentlicht werden. Nach dreißig Jahren fragt sich der dankbare Fotograf deshalb noch immer, wer dieser Student wohl gewesen sein mag. Er würde ihm gerne begegnen, um ihm persönlich zu danken.

Mit dieser spannend erzählten, ungewöhnlichen Geschichte über einen zufälligen und anonym gebliebenen Schmuggler, der sich um die Pressefreiheit verdient gemacht hat, schließt diese lesenswerte, einwandfrei redigierte Dokumentation, der man vor allem an polnischen und deutschen Schulen eine möglichst große Verbreitung wünschen darf. Unabhängig davon handelt es sich hierbei um eine Pflichtlektüre für all diejenigen, die sich für Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen interessieren.

Gerhard Schüsselbauer

Romane von Vladimir Zarev und Ivana Bordožić

Vladimir Zarev, *Familienbrand*, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2009, 783 S.

„Die Weltschevs versammelten sich immer seitlich des Altars, unter dem Bogen der Apsis. Sie wirkten zusammengehörig wie eine Skulpturengruppe. Ganz vorn stand die alte Petruniza und flüsterte etwas vor sich hin. Hinter ihr ... vermischten sich die aufgestaute Aggressivität Jordans, das nachdenkliche Profil Ilijas, das ironische Lächeln Christos und die engelhafte Schönheit Pantos.“

Vladimir Zarev, *Feuerköpfe*, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2011, 701 S.

„Darum werden Sie die Macht in jeder, egal welcher, Gesellschaft oder Gesellschaftsform antreffen, in jedem wie auch immer gearteten Wissen, in jeder Wahrheit, in jeder Religion, Sie ist der unsichtbare Äther, in den alle Dinge mitsamt ihrer Bedeutung getaucht sind ... Die Harmonie ist Macht und das Chaos ist Macht, und jede Macht ist zugleich Unterwerfung unter Macht ... darum hungert die menschliche Seele so sehr nach diesem unlösbaren Widerspruch: zu herrschen und sich zugleich zu unterwerfen.“

Vladimir Zarev, *Seelenasche*, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2012, 767 S.

„Noch eine Stunde, und die Schweigeminute würde zu Ende sein, und all diese flackernden Wachslichter würden sich in die umliegenden Straßen verlaufen wie nach der Ostermesse, so als wäre die Demokratie der Erlöser, und als wäre Auferstehung, Zeit, das heilige Licht der Rettung in jedes Haus zu tragen.“



Bereits mit seinem Roman *Verfall* erregte Vladimir Zarev vor wenigen Jahren größeres Aufsehen, denn lange hatte man auf den großen postsozialistischen Nachwenderoman gewartet. Zarev konnte die Erwartungen erfüllen. Er ist kein Neuling in Bulgarien, veröffentlichte bislang mehr als zehn Romane und landete allerdings erst mit *Verfall* den großen Coup, zumal er damit zum literarischen Star in Bulgarien avancierte. Nun konnte Zarev seine monumentale Trilogie über die Familiendynastie der Weltschev nach über dreißig Jahren abschließen. Genial übersetzt wurde das Werk von Thomas Frahm. In seinem gesamten Werk geht es Zarev keineswegs um eine nostalgische Verklärung der sozialistischen Vor oder Nachwendezeit, sondern um ein differenziertes und stilsicher gezeichnetes Bild äußerst unterschiedlicher menschlicher Schicksale. Moral, Macht, Menschen – Geld, Gesetze, Gier – Leidenschaft, Lügen, Leere – Sehnsucht, Sex, Seele – Verlassenheit, Verlorensein, Verfall. Diese Facetten ergeben einen Mix des Wertenedergangs, der sich in seiner Roman-Trilogie widerspiegelt. Wurden in *Familienbrand* die Weltschevs zum Paradigma der untergehenden bulgarischen Familiendynastien und damit der bürgerlichen Kultur in Bulgarien, so durchlebt die zweite Generation der Weltschevs in *Feuerköpfe* die kommunistische Diktatur und die



sozialistische Macht- und Mangelwirtschaft. Vor allem die Genealogie der Macht und die Herrschaft über die Menschen beherrschen den zweiten Romanteil *Feuerköpfe*. Die Menschenwürde fällt allseits dem (Selbst-)Verrat zum Opfer und die Quintessenz des Lebens in Unterdrückung ist die vollkommene Entpersönlichung des Individuums in einer Gesellschaft der „Speichellecker“. Gesetzestreue und Moral schließen sich einander kategorisch aus. Der dritte Roman *Seelenasche*, der das Leben der dritten Generation aufgreift, ist durchsetzt von einer „gewaltigen, im Zwielficht ausgesprochenen Lüge, [der] Lüge ihres nicht stattfindenden Lebens“. Der sklerotische Sozialismus in seiner Endphase und die turbulente, steinige Zeit des gesellschaftlichen Übergangs, der hektischen und brutalen Phase der Transformation weisen den Weg in eine „groteske Zukunft“.

Der Kreis von Aufstieg und Niedergang einer Familiendynastie und die Entwertung des Menschen schließt sich. „Masse und Macht“ (Elias Canetti) und „Der Mythos des Sisyphos“ (Albert Camus) dienen als philosophischer Hintergrund.

Zarev greift im ersten Teil *Familienbrand* die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg auf und entwirft anhand der Familienchronik der Weltschevs, aus Widin stammend, ein Panoptikum des Aufstiegs und des Niedergangs sowie der Sklerose, die das gesamte 20. Jahrhundert durchziehen wird. *Familienbrand* wurde bereits vor über 30 Jahren veröffentlicht, interessanterweise etwa zur selben Zeit, als die großen Romane Gabriel García Márquez' *Hundert Jahre Einsamkeit* und *Der Herbst des Patriarchen* Furore zu machen begannen. Der vitale und überbordende Sprachstil erinnert in dieser Hinsicht an den magischen Realismus Marquez'. Zarev legt drei großartige europäische Gesellschaftsromane vor, denen es nicht an bildhaften Anspielungen und wortgewaltigen Metaphern mangelt, und reiht sich in die großen europäischen Schriftsteller. Aus keinem postsozialistischen Land, auch nicht aus der ehemaligen DDR, wurde uns ein derart gewaltiges Epos geliefert. Lediglich Mircea Cărtăreus Romanzyklus *Orbitor* leitet, wenn auch stilistisch auf einer ganz anderen Ebene, ähnlich Niveauvolles.

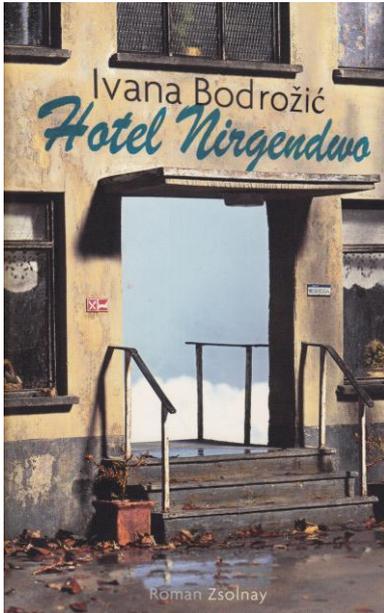
In *Familienbrand* lebt die Witwe Petruniza Weltshev mit ihren vier Söhnen und der Tochter Jonka im wenig aufregenden Donaustädtchen Widin im Nordwesten Bulgariens. „Schattenhafte Gestalten“ leben in „neobarocken Häusern“, „zerbröselt“ zeigt sich in Widin „der Herbsthimmel von den Dächern“, ein Ort am großen Fluss, „träge, mit der Farbe unraffinierten Öls, unberührbar in seiner Ewigkeit, seltsam verlassen auf einmal, seltsam tot und entfremdet.“ Auch die Donau ist eine Protagonistin in Zarevs Familienepos. Es wechseln sich die Kriege ab, auf den Balkankrieg folgt der Erste, dann der Zweite Weltkrieg und dann der Krieg der kommunistischen Ideologie gegen den Freiheitswillen des Menschen. Es ist eine „aus den Fugen geratene und korrupte Epoche“. Nur die einzige Tochter Jonka hat „das Auge einer geborenen Seherin“ und erhascht „den Sinn des Bevorstehenden und seine Schicksalhaftigkeit“. Der stets zornige Jordan will zeit seines Lebens eine Kirche bauen, doch es wird eine Raststätte für Gestrandete und Gefallene. Der Sozialist Christo entwickelt sich zum Gegenteil seines Bruders Ilija, der als Fabrikant seine Arbeiter gnadenlos ausbeutet. Sein Sohn sieht sich als „reicher Erbe zweier nationaler Katastrophen und einer Porzellanfabrik, letzter Mohikaner des

nationalen Überlebensinstinktes einer sterbenden Nation.“ Schließlich ist da noch Petrunizas Sohn Panto, der als Bankier die Gunst der Stunde nutzt und eine steile Karriere macht. Nach dem Untergang des bürgerlich-feudalen Zeitalters und den verheerenden Kriegen liegt es nun an Jonkas Sohn Assen, mit der „hungrigen Wachheit der Sinne“ versehen, das klassenlose, das „neue“ Leben zu predigen. Doch Jonka wusste schon lange vorher, dass es nur ein ungeteiltes Leben geben kann, „jede Veränderung nur Teil der in es eingewebten Trauer“ ist, „dass nichts bleibt“, dass es niemals eine Rückkehr, eine Wiederkehr des Verlorenen gibt. „Der Kommunismus ist so wahr, dass er schon langweilig ist. Er rechnet nicht mit der Vielfalt, *dem Streben nach Vielfalt* in der Natur und den Spiegelungsversuchen des menschlichen Bewusstseins. Er ist die Diktatur des Lichts über die Zwischentöne.“ So musste der absolute Wahrheitsanspruch der kommunistischen Ideologie und der sozialistischen Bevormundung zwangsläufig in die Lüge münden.

Familienbrand entwirft ein düsteres Bild der Angepasstheit und der Rohheit des Menschen in der sozialistischen Diktatur. Entweder werden Mitglieder der Weltschev-Dynastie zu gnadenlosen Unterdrückern oder Verlierern, die ihren letzten Rest ihrer Menschenwürde auf dem Altar einer sich nie verwirklichenden Hoffnung opfern. „Der Mensch sucht seine Stütze immer in der Zukunft, und vielleicht zeigt das seinen ganzen Glanz und sein ganzes Elend.“ Die monolithische und tyrannische Macht überrollt die „natürliche Moral“. Der Mensch (Assen Weltschev) „hatte sich von jenen Erkenntnissen befreit, die er während seiner ganzen bewussten Existenz angehäuft hatte.“

Für nostalgische Verklärungen weder der feudalen Bourgeoisie noch der kommunistischen Pseudo-Einklassengesellschaft ist bei Zarev auch im dritten Teil *Seelenasche* kein Platz. Selbst die neu gewonnene Demokratie und Marktwirtschaft bringen in Bulgarien vor allem den ungezügelden Egoismus, die Macht des Stärkeren und einen ungebremsten kapitalistischen Darwinismus hervor. Mit Demokratie im Sinne einer freiheitlichen Herrschaft des Volkes oder Marktwirtschaft im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft und Chancengleichheit für alle hat das herzlich wenig zu tun. Für Ideale ist allenfalls im Geist Platz, nicht jedoch im realen Leben. Hier zählen nur die Dinge, die man anfassen kann, „denn sie machen sogar glücklich“. Menschen, die „regelrecht totgeprügelt worden waren durch die ständige Gehirnwäsche der sozialistischen Erziehung, für die die menschliche Seele nichts als ein Wurmfortsatz des dialektischen Materialismus war, lechzen nun geradezu nach den Halbwahrheiten der Transformation und Schein-Demokratie. Fast scheint es, als wäre „unsere Angst vor der Freiheit der wahrste und lebendigste Teil unserer Angst vor dem Tod!“

Am Ende der Romantrilogie bleibt nach langer Reise durch Raum und Zeit die Erkenntnis: „Die düstere Grabstätte [der Weltschevs] hatte alle Veränderungen der Zeit überstanden, alles Vergessen, den sauren Regen und den ätzenden Atheismus ... eine Epoche fortwährender Umbrüche und Veränderungen, Leiden und Enttäuschungen, konterkariert von aufkeimenden Hoffnungen, übertriebenem Glauben und bohrenden Zweifeln ... Bulgarien war bis zur Unkenntlichkeit verändert.“ Es gibt kein großartigeres



Erlebnis, Bulgarien im 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts kennenzulernen, als Zarevs zeitlose und herausragende Romantrilogie!

Ivana Bordožić, Hotel Nirgendwo, Paul Zsolnay Verlag Wien 2012, 221 S.

„Selbst wir Mädchen rächten uns an den Serben und Kommunisten und schrieben alles Mögliche ins Gästebuch des Museums ... Mein Eintrag lautete: Genosse Tito, ich danke Dir für das wunderschöne kleine Zimmerchen, das Du Mama, mir und meinem Bruder geschenkt hast. Mögest Du dafür in der Hölle schmoren!“

Es gibt wohl keinen kroatischen Roman der letzten zwanzig Jahre, der sich nicht mit dem alles überragenden Thema der kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren auseinandersetzt. Genauso greift Ivana Bordožić in ihrem Erstlingswerk *Hotel Nirgendwo* die Realitäten der Gräueltaten, Vertreibungen, Furcht und Gewalttaten auf. Geboren 1982 bedient sich Ivana Bordožić dabei des Kunstmittels, ihre Stimme einem neunjährigen Mädchen zu leihen, das eine eigentümliche Sicht auf die unseligen Entwicklungen entwirft. Es wird in ein Sommerlager an die kroatische Küste verschickt, von der es keine Wiederkehr in die bombardierte Heimatstadt Vukovar gibt. Vukovar und Ossijek stehen in Kroatien als Synonyme für die Schrecken des Krieges im zerfallenden Jugoslawien. Indem Bordožić als (autobiographische) Protagonistin in die Welt eines Kindes eintaucht, muss sie nicht den Fehler begehen, allzu moralisierend die Geschehnisse zu schildern. Es entsteht vielmehr ein Bericht der Selbstbehauptung in einer Welt der Lügen und Gewalttaten. Erinnerungen gleichen „Gedankensplittern“, „unschuldig betende Kinder“ versuchen, die Wirklichkeit zu (be-)greifen. Stets begibt sich das kleine Mädchen auf die Suche nach dem verschwundenen, verschollenen Vater. Nie erlischt die Hoffnung, dass es einmal die „zwei Zaubersätze“ vernehmen würde, die sie im stillen immerzu wiederholt: „Der erste Satz lautet: *Papa ist am Leben*. Der zweite: *Wir haben eine Wohnung bekommen*.“

So schwankt der Protagonistin zwischen den typischen Erfahrungen eines frühpubertären Kindes – Freunde, Disko und der erste Vollrausch, sowie der immerwährenden Enge eines winzigen Zimmers, das sie mit ihrer Mutter sowie ihrem Bruder teilt, der nie müde wird, verzweifelte Briefe an den Präsidenten zu schreiben. Heimgesucht wird sie von einem nie enden wollenden „Gedankenstrom“, der die Unfassbarkeit des Grauens für sie fassbar machen soll: „Sie schlagen, sie hacken Finger ab, sie schießen, sie stechen zu, uns geht es gut, wir sind in Zagreb, wir sind weit weg. Sie schneiden ihnen die Kehlen durch. Handarbeit. Fertig.“ Es gehört eine Menge Trauerarbeit dazu, das Erlebte zu verarbeiten, und doch kommen die Gedanken als Nachtmahr immer wieder. Trotz der Leichtigkeit der Sprache Ivana Bordožićs und der feinen menschlichen Züge überwiegt ein Tenor der

Trauer und der Ausweglosigkeit, ohne allerdings ins Sentimentale abzurutschen. Ivana Bordožić hat mit *Hotel Nirgendwo* ein beeindruckendes Romandebüt hingelegt.

Dokumentation

Jerzy Baczyński, Joanna Paradowska

Wie nach der Europameisterschaft weiter leben?

Interview mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk

Das Interview wurde von *Jerzy Baczyński* (JB) und *Joanna Paradowska* (JP) durchgeführt und in der „Polityka“ (4.-10.7.2012, S. 12-16) veröffentlicht. Wir drucken es in deutscher Übersetzung und in gekürzter Form mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „Polityka“ ab.

JBJP: Wie, Herr Ministerpräsident, soll man weiter leben, wenn das große Ereignis zu Ende ist und wir wieder mit all dem, was zuvor war, allein zurückbleiben? Wie kann man das Trauma nach Calgary, das Syndrom von Lillehammer überwinden?

DT: Jedes Fest bringt nach seinem Abschluss einen Moment der Nostalgie. Heute, wo die Emotionen abebben, habe ich ein Gefühl wie nach dem Streik vom August 1980. Natürlich geht es dabei nicht um den Rang des Ereignisses, denn das lässt sich nicht vergleichen, sondern um die Stimmung, darum, dass wir etwas Besonderes, außergewöhnliche Wochen erlebt haben. Wir sahen überall lächelnde Menschen mit weiß-roten Fähnchen, die von niemandem angewiesen worden waren, sie zu schwenken. Niemand schwenkte sein Fähnchen gegen jemanden anderen, auch nicht während des so dramatischen Spiels gegen Russland. In den letzten Jahren hatten wir nur wenige Ereignisse, bei denen die Menschen so heiter und gemeinsam so begeistert und fröhlich waren, denn nur selten waren in der Geschichte Polens Formen kollektiver Erregung nicht mit Tragödien oder einem Konflikt verbunden. Aber genauso wie Tragödien Traumata hinterlassen, so hinterlassen auch positive Ereignisse eine dauerhaftere Spur. Ich meine deshalb, dass die EURO 2012 noch nicht zu Ende ist und auch noch in vielen Jahren nicht beendet sein wird, denn eine schöne Erinnerung, der begründete Glaube an die eigene Kraft, die Aufnahme direkter zwischenmenschlicher Beziehungen, nicht über Facebook, sondern auf der Straße, im Pub, im Stadion, in der Zuschauerzone, zu Hause, all diese Phänomene sind wichtig und bereichern unsere kollektive Identität. Vielleicht ist eine so erlebte Gemeinschaft – als weiche Infrastruktur – wichtiger als schöne Stadien oder Flughäfen.

Ich freue mich besonders, dass die Europameisterschaft (EM) unter Beweis gestellt hat, dass hunderttausende Polen in der Lage sind, enthusiastisch anzufeuern, dass ein Stadion nicht die Domäne sog. „Fans“ sein muss, die meinen, dass das Anfeuern darin besteht, zu pöbeln und jemanden zusammenzuschlagen. Das war eine positive Überraschung, sogar für so erfahrene Fußballfunktionäre wie Platini. Er wie auch andere wiederholten immer wieder, dass sie so etwas noch nicht erlebt hätten, so als könnten sie nicht glauben, dass das so aussehen kann. Im Stadion waren 80 Prozent der Zuschauer Polen, man hätte meinen können lauter „Ultras“, jeder mit einem Schal in der Hand und

fanatisch anfeuernd, und als sie in einem Chor aus mehreren tausend Stimmen „Polen – die Weiß-Roten“ anstimmten, war es mit dem Mythos vorbei, dass nur der „Fan“ eines Clubs in der Lage sei, eine Mannschaft entsprechend anzufeuern. Das ist eine wichtige Erfahrung.

JBJP: Wir reflektieren Gefühle, aber es ist wohl an der Zeit, unsere organisatorischen Fähigkeiten etwas strenger zu beurteilen. Wir haben zwar Komplimente gehört, aber was halten wir selbst von der Qualität unserer Vorbereitungen?

DT: Ich bin keineswegs überrascht, dass die EM in organisatorischer Hinsicht fast zu 100 Prozent gelungen ist, denn mehr oder weniger vor einem Jahr wussten wir bereits, dass das, was am wichtigsten ist, mit Sicherheit gelingen wird. Auch wenn Schwierigkeiten auftraten und die Atmosphäre nervös wurde, arbeiteten die Teams, die die EM vorbereiteten, sehr professionell. Bereits vor Jahren war der Ablaufplan, nach Tagen, sogar nach Stunden differenziert, aufgestellt worden. Das eigene Monitoring sowie das der UEFA waren recht streng, und deshalb durfte es keinen Fauxpas geben. Ungefähr vor einem halben Jahr wussten wir, dass wir die Ukraine überholt hatten. Von der Ukraine wussten wir allerdings auch, dass sie es pünktlich schaffen würde. Die Durchführung einer EM ist ein außergewöhnlicher Härtetest für diejenigen, die für die Sicherheit zuständig sind. Und hier blieben uns unvorhergesehene Ereignisse wie Naturkatastrophen oder Überschwemmungen erspart. Aber das Leben spart nicht mit all den anderen Bedrohungen, die sich aus dem Charakter eines solchen Ereignisses ergeben können: Konflikte zwischen den Fans, die Ankündigung politischer Demonstrationen oder einer eventuellen terroristischen Bedrohung. Tausende Menschen – von den Ehrenamtlichen bis hin zum ABW (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – Agentur für Innere Sicherheit, entspricht dem deutschen Staatsschutz, zw) – waren zum ersten Mal bei so einem Ereignis aktiv und haben ihre Aufgabe m.E. sehr gut gelöst. Die Tatsache, dass in den Zuschauerzonen fast 3,5 Mio. Menschen ihren Spaß hatten, ohne dass es zu einem ernsthaften Zwischenfall kam, ist ohne Beispiel, denn die Zuschauerzone bedeutet Fußball, Alkohol, Fans verschiedener Nationalitäten, also eine explosive Mischung. Dies stellt den Polen ein sehr gutes Zeugnis aus, sowohl den gewöhnlichen Menschen als Gastgebern als auch den ausgezeichneten Vorbereitungen und präventiven Maßnahmen seitens der Sicherheitsdienste. Was die infrastrukturellen Vorhaben angeht, die direkt oder indirekt mit der EM verbunden sind, so handelt es sich um eine Summe von fast 100 Mrd. Złoty. Wir schätzen, dass alle indirekten Investitionen zu 70 Prozent realisiert wurden.

JBJP: Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von hervorragender Prävention, aber hätte man das, was vor dem Spiel gegen Russland geschah, nicht verhindern können?

DT: Es ist gelungen, den zweiten Akt, der als mögliche Rache seitens der russischen Fans angekündigt wurde, zu verhindern. Vor dem zweiten Spiel der Russen haben wir Entscheidungen getroffen, die Fantasie und Mut erforderten und die alle gängigen Standards übertrafen. Es tut mir leid, aber mehr darf ich dazu nicht sagen. Hingegen hat

die Polizei vor dem Spiel Polen gegen Russland m.E. adäquate Schritte unternommen, die der Skala der Ereignisse entsprachen, unabhängig davon, wie unangenehm die Bilder waren, die wir sehen mussten. Ich zweifle nicht daran, dass wir, wenn irgendein Fan oder Dummkopf jemanden geschlagen hat, in der Lage sind, ihn zu fassen. Wir können aber nicht jeden dieser Vorfälle verhindern. Ungeachtet dessen ist es für uns beschämend, dass russische Fans geschlagen wurden. Gleichwohl sollte aber betont werden, dass die Zahl von Vorkommnissen wie Schlägereien, Einsätze von Polizei und Notarztwagen sowie Krankenhausunterbringungen im Vergleich mit anderen, ähnlichen Fußballturnieren in Europa und weltweit die niedrigste von allen gewesen ist. Am Tag des Spiels Polen gegen Russland hätte die Polizei radikalere Mittel anwenden können, aber es ging auch darum, dramatische Vorkommnisse mit Massenbeteiligung auf jeden Fall zu verhindern. Und das ist gelungen.

JBJP: Haben diese Vorfälle die Rezeption der EM im Ausland sehr belastet?

DT: Ich habe hunderte Gespräche mit Polizisten, Funktionären, Journalisten und gewöhnlichen Fans geführt, aber außer den Russen hat dem niemand größere Aufmerksamkeit gewidmet.

JBJP: Und worauf richtete sich die Aufmerksamkeit des Präsidenten Putin in dem Gespräch mit Ihnen?

DT: Angesichts des Temperaments dieses Politikers war dies ein fast herzliches Gespräch. Es hatte einen sehr offenen, nicht offiziellen Charakter und beinhaltete den Hinweis, dass man die russischen Fans nicht würde zurückhalten können, wenn diese vorhätten, sich zu revanchieren. Im Übrigen waren die mit dem Spiel verbundenen Vorkommnisse lediglich ein Teil unseres Gesprächs, denn wir berührten darin auch andere Fragen, die seit vielen Jahren zur festen Agenda unserer Kontakte gehören. Entgegen einigen Spekulationen handelte es sich um ein offenes, durchaus kein unangenehmes Gespräch. Glücklicherweise erwies sich – trotz der Befürchtungen, die auch von Präsident Putin vorgebracht wurden, dass es in Warschau zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen könnte –, dass Polen sehr gut vorbereitet war, auch was die Sicherheit anging.

JBJP: Einerseits sind wir als Volk sehr stolz, dass die EM stattgefunden hat und gelungen ist, was auch Sie zum Ausdruck bringen, andererseits haben wir Komplexe, reagieren auf die Bewertungen des Auslands empfindlich und betrachten uns gerne mit den Augen der anderen. Hat die EM unser Fremdbild im Wesentlichen bestätigt?

DT: In den letzten zwei bis drei Jahren war die Meinung zum Thema Polen im Ausland deutlich besser als in unserem eigenen Land. Ich habe den Eindruck, dass diese positive Einschätzung jetzt auch allmählich zu uns Polen vordringt. Wir erhalten tausende wohlwollender Publikationen und hunderttausende individueller Zeugnisse, Beweise der Anerkennung hinsichtlich unseres Leistungsvermögens, der Begeisterung für Polen und

der Rührung aufgrund unserer Herzlichkeit. Charakteristisch war auch, dass die Iren und die Deutschen mit der gleichen Herzlichkeit begrüßt wurden, was noch vor nicht allzu langer Zeit kaum vorstellbar gewesen wäre. (...)

JBJP: Während des Halbfinals in Warschau wurde in Brüssel ein anderes Spiel ausgetragen: das europäische Gipfeltreffen. War die Atmosphäre der deutsch-italienischen Konfrontation auch dort spürbar? Haben Sie das Match mitverfolgen können?

DT: Es ist kein Geheimnis, dass das Match zeitweise auf großes Interesse stieß. Diejenigen, die am frühesten die Möglichkeit hatten, es auf dem I-Pad zu verfolgen, und eine der ersten war die Bundeskanzlerin Merkel, versuchten nicht einmal zu verhehlen, dass sie ab und zu auf das schielen, was sich in Warschau tut.

JBJP: Was für ein Spiel wurde denn in Brüssel gespielt? Alle gegen Deutschland?

DT: Die Symbolik der EM war in der Tat einzigartig. Die Deutschen träumten davon, im Halbfinale auf Spanien zu treffen, stießen aber auf Italien und mussten sich davor mit den Griechen messen! Mit den Griechen wurden sie fertig, aber mit den Italienern nicht mehr. Was nun die Beratungen betrifft, so wussten alle, dass es darum geht, nach welchen Prinzipien europäisches – und in erster Linie deutsches – Geld im Rahmen der Hilfsmaßnahmen an die Banken und Regierungen der bedrohten Staaten transferiert werden sollte. Es wundert mich nicht, dass die Deutschen wenig Enthusiasmus zeigen. Sie wissen aber auch, dass dies der einzige Weg ist, um die Eurozone zu retten. Aber auch alle anderen sind gewillt, die Eurozone zu retten, obwohl inzwischen auch vertrauliche Pläne im Falle des worst case entstanden sind. Die Mehrheit der Länder versteht das deutsche Dilemma. Wir reden ja nicht über 100 Millionen Euro, sondern über hunderte Milliarden. Ich hatte aber durchaus nicht den Eindruck, dass der Brüsseler Gipfel ein Spiel Deutschland gegen Südeuropa, das von allen anderen unterstützt wurde, gewesen ist. Die Beschlüsse dieses Gipfels spiegeln beide Standpunkte wider. Es wird mehr Solidarität geben, die aber auch von mehr Verantwortung begleitet werden soll. Und dieses ausgeglichene Ergebnis halten wir für befriedigend. Deutschland stellt für unseren Export den größten Markt dar, und eine Situation, in der sich seine Wirtschaft in ernsthaften Schwierigkeiten befände, würde für uns eine große Bedrohung bedeuten. Es wurde ebenfalls deutlich, dass der mit dem Wahlkampf des Präsidenten Hollande verbundene Gedanke – also Wachstum um jeden Preis – ins Bewusstsein aller übrigen vordringt, was ich für gut halte. Dadurch ist der deutsche Standpunkt – Disziplin und Sparsamkeit – ausbalanciert worden. Heute erinnert mich die europäische Politik an die polnische Position: verantwortungsbewusst sparen, also so, dass man das Wachstum nicht abwürgt. Und das ist möglich.

JBJP: Ist dieser Gesinnungswechsel für die uns betreffenden europäischen Haushaltsverhandlungen günstig?

DT: Auf jeden Fall. Es genügt, sich die Briten, Schweden, Holländer, Dänen und Finnen anzuhören, also all jene, die am lautesten über die Notwendigkeit eines sparsamen europäischen Haushalts gesprochen haben. Niemand stellt die polnische, nachdrücklich wiederholte These in Frage, dass die Kohäsionspolitik das beste Instrument darstelle, um Wirtschaftswachstum zu erzielen. Dies ist eine verbindliche Doktrin. Am Freitag erlebten wir eine aufschlussreiche Pointe, das endgültige Einverständnis, auch das von Premierminister Cameron, eine eindeutige Formulierung festzulegen, dass gerade in Krisenzeiten die Kohäsion *das* Instrument für Wachstum und Beschäftigung sei. Damit wurde erfolgreich gezeigt, dass das, was in unserem Interesse ist, auch im Interesse der gesamten Union liegt.

JBJP: Die Verhandlungsmethode der EU ruft aber immer wieder Verwunderung hervor. Warum müssen diese Gipfel bis zum frühen Morgen dauern? Warum werden die zuvor erarbeiteten Konzepte geradezu zermahlen, bis sie schließlich kaum noch zu erkennen sind? Aktuell haben wir auch das Problem, sagen zu können, was konkret aus der Banken- und Fiskalunion wird.

DT: Darin besteht die Methode der Gemeinschaft. Wenn es so weit kommt, dass wichtige Schlüsselfragen in zwei Stunden entschieden werden, dann bedeutet dies, dass sie schon zuvor in Berlin oder Paris entschieden wurden – und nicht in Übereinstimmung mit allen Partnern. Entweder bauen wir sehr mühsam die europäische Gemeinschaft auf, wobei wir die schwächsten Partner respektieren – auch wenn dies zuweilen die Beobachter, manchmal sogar auch die Beteiligten irritiert – oder wir akzeptieren das Diktat der Stärksten. Nicht selten treffen wir kostspielige Entscheidungen, allerdings bauen wir auch Schritt für Schritt die Gemeinschaft aus.

JBJP: Eine europäische Föderation?

DT: Die Bezeichnung „Föderation“ verwendet auf den Gipfeltreffen niemand, obschon sich alle bewusst sind, dass der status quo nicht mehr zu halten ist: Entweder schreitet die Integration voran, was eine stärkere politische sowie Banken- und Finanzunion bedeutet, oder Europa weicht zurück. Wir werden es also entweder mit einem stärker geeinten oder einem stärker desintegrierten Europa zu tun haben.

JBJP: Welchem Modell stehen wir näher?

DT: Ich meine, dass der letzte Gipfel einen Durchbruch gebracht hat. Wir haben effektive Entscheidungen getroffen, die besonders für Italien und Spanien wichtig sind. Die Reaktionen der Märkte waren eindeutig positiv. Im Falle Spaniens geht der Mitteltransfer direkt an die Banken, da damit die Gesamtverschuldung des Landes nicht erhöht wird. Eine solche Entscheidung wurde zum ersten Mal getroffen. Bedingung ist, dass bis zum Jahresende eine europäische Bankenaufsicht geschaffen wird, was den wichtigsten Schritt in Richtung Bankenunion darstellt. Das heißt, dass alle in der Eurozone damit einverstanden sind, faktisch mit dem Prozess der Vergemeinschaftung

zu beginnen. Für uns ist wichtig, dass über die Form der Bankenunion mittels der Gemeinschaftsmethode und nach dem Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird. Wir werden also an der Gestaltung der Bankenunion teilnehmen, obwohl wir nicht in der Eurozone sind. Sicher, je mehr Integration, desto weniger Souveränität der einzelnen Staaten. Für uns ist wichtig, dass sich das Programm der Integration symmetrisch vollzieht; das heißt mehr Europa und nicht mehr Dominanz eines Staates über die anderen. Ein stärker integriertes Europa kann nicht stärker deutsch oder stärker französisch sein, aber damit dies geschieht, muss man auf die Mechanismen der Gemeinschaft achten. Es ist höchste Zeit, dass bei uns, im Parlament und außerhalb, eine ernsthafte Diskussion darüber beginnt, ob Polen einer der Motoren der Integration sein will, wofür ich mich ausspreche, oder ob es abseits bleibt und sich damit für eine Desintegration Europas ausspricht.

JBJP: Sollten wir uns also weiterhin mit dem Beitritt zur Eurozone beschäftigen?

DT: Das ist keine Frage, die sich die Regierung heute stellen muss. Die echte Herausforderung besteht darin, was die Polen darüber denken. Hier benötigen wir eine Akzeptanz auf Verfassungsebene. In dieser Sache kann eine Entscheidung erst dann fallen, wenn die Eurozone, die heute absolut unattraktiv ist, mit ihren Problemen fertig wird. Denn sie ist weiterhin mit einem Fragezeichen versehen.

JBJP: Sie hätten gerne eine Debatte über die Zukunft Europas, und hier in Polen beginnt demnächst die Aufrechnung der EM 2012, wobei man sie als Reinfeld darstellen wird. Tatsache ist dabei auch, dass die EM ein Ziel war, dem die Regierung ihre Aktivitäten untergeordnet hat, dass wir die Zeit in eine Periode vor und nach der EM aufgeteilt haben. Womit wird diese Lücke gefüllt?

DT: Es kommt darauf an, wonach man fragt. Nach dem für mich legitimen emotionalen Bedürfnissen von Kommentatoren und Politikern oder danach, worin das Ziel für die Menschen besteht. Nichts spricht uns von der Verpflichtung frei, die 30 Prozent noch nicht realisierter Investitionen in einem vergleichbaren Tempo – wie bislang – zu verausgaben. Einer unserer Publizisten hat kürzlich geschrieben, dass wir Minimalisten sind, denn unser Ziel sei ein „passables Polen“. Wenn das „Passable“, also ein bestimmter Grad an Zivilisation, der über Jahrzehnte, vielleicht über Jahrhunderte nicht erreicht werden konnte, zu einem erreichbaren Ziel wird, und man es als „minimalistisch“ bezeichnet, dann heißt das für mich, dass Polen zu einem europäischen Land wird und dass es im Bereich der harten Infrastruktur zu einem großen Fortschritt gekommen ist. (...)

JBJP: Nach der Festtagspause, die durch die EM hervorgerufen wurde, kehrt die Politik in ihrer alten, sogar in schlechterer Form zurück. Es würde sich wohl lohnen, wenn man einen Teil dieser guten Stimmung und Energie erhalten könnte. Hört man Ihnen, Herr Ministerpräsident, allerdings zu, so bekommt man den Eindruck, dass uns nur ein kleines Spiel in der eigenen Spielfeldhälfte erwartet.

DT: Denken Sie bitte daran, welche katastrophale Stimmung wir bis vor nicht allzu langer Zeit hatten. Die Festtagsstimmung haben die Polen durch ihre eindeutige Haltung und Freude erzwungen. Ein Fest kann gesellschaftliche Stimmungen und Haltungen beeinflussen, aber es kann die gesellschaftliche Realität nicht vollständig verändern, zum Beispiel die politischen Gräben eibebnen. Dank der EM haben wir heute aber ein größeres Selbstbewusstsein, und es ist wichtig, dies zu erhalten. Man darf nicht der Täuschung erliegen, dass wir nun in einer anderen Welt leben. Eine verantwortliche Politik besteht darin, die öffentlichen Angelegenheiten jederzeit weiter zu führen, auch dann, wenn ein Fest sein Ende gefunden hat. Jetzt geht es uns besonders um den Fortschritt im Bereich der „weichen Infrastruktur“, um das, was jede einzelne Familie betrifft und was über ihren Lebensstandard entscheidet. (...)

Rezensionen

Dani Rodrik: Das Globalisierungsparadox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft – München 2011.

C.H. Beck Verlag, 416 S

Dani Rodrik ist Professor für Internationale Politische Ökonomie an der renommierten Harvard University in Boston und ein beachteter Globalisierungskritiker unter den Ökonomen. Wobei er die Globalisierung nicht prinzipiell ablehnt, sondern deren Auswüchse. Anfang 1997 erschien sein Buch „*Has Globalization Gone Too Far?*“ (auf Deutsch erschienen 2000 als „*Grenzen der Globalisierung*“). Es konzentrierte sich auf die Probleme, die der internationale Warenhandel auf den Arbeitsmärkten der Welt und auf sozialpolitischem Terrain hervorruft, die Krise, die sich damals auf den Finanzmärkten zusammenbraute, fand jedoch keinerlei Erwähnung. Beeinflusst von der US-amerikanischen Subprime-Krise von 2008 nimmt Rodrik in dem nun vorliegenden Werk die Gefahren der Globalisierung der Finanzmärkte in den Blick. Dabei vertritt er die Auffassung, dass die bislang vorherrschende neoliberale Globalisierungslehre die jüngsten Krisen mitverursacht hat und fordert ein neues Szenario ein, das die nächste Etappe der Globalisierung verlässlich gestalten kann. Dabei folgt seine Argumentation zwei Grundgedanken:

„Wer mehr und bessere Märkte will, muss mehr (und bessere) staatliche Kontrolle herbeiführen.“ (S.19)

„Es gibt nicht nur eine Spielart des Kapitalismus. Wirtschaftlicher Wohlstand und Stabilität lassen sich durch vielfältige Kombinationen und institutioneller Arrangements von Arbeitsmarkt, Finanzwesen, Unternehmenskultur, Sozialpolitik und anderen Faktoren herbeiführen (...).“ (S.20)

„*Das Globalisierungsparadox*“ ist ein ökonomisches Sachbuch, das sich jedoch vor allem an die interessierte Öffentlichkeit richtet. Den Lesern soll die Widersprüchlichkeit aufgezeigt werden, dass vor allem westliche Demokratien die Globalisierung vorantreiben, obwohl ihre Folgen immer weniger mit dem Verständnis von demokratischer Wahlfreiheit und nationaler Selbstbestimmung vereinbar sind. Rodrik versucht seine Leser davon zu überzeugen, dass ein Wiedererstarken nationaler Demokratien die Weltwirtschaft auf ein sicheres Fundament stellen würde. Er leistet mit seinen kritischen Ausführungen einen wichtigen Beitrag zur politisch-ökonomischen Meinungsbildung. „*Das Globalisierungsparadox*“ ist zugleich eine scharfe Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten der Globalisierungsbefürworter und eine Abrechnung mit der Schule der neoliberalen Ökonomen. Volkswirtschaftliche

DANI RODRIK

DAS GLOBALISIERUNGS PARADOX

Die Demokratie und die
Zukunft der Weltwirtschaft



C.H. BECK

Grundkenntnisse sind für das Verständnis des Buches von Vorteil, aber keine Voraussetzung, da Fachtermini anschaulich und auch anhand von Beispielen erklärt werden.

Das Buch verbindet historische Rückblicke mit harten ökonomischen Fakten. Es gliedert sich in drei große Themenbereiche: 1. Wirtschaftshistorischer Blick auf die Globalisierung und ihre ökonomischen Modelle (17. Jhd. bis heute), 2. Länderbeispiele, Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie 3. Ein neues Szenario für eine offene Weltwirtschaft.

Der erste Teil des Buches ist eine Zeitreise durch die Wirtschaftsgeschichte. Dabei hegt der Autor große Sympathien für das System von Bretton Woods und den gemäßigten Multilateralismus der GATT-Runden. Die Jahrzehnte nach Bretton Woods waren gekennzeichnet durch beispielloses Wachstum des Welthandelsvolumens und der gesamten Wirtschaft in den armen wie in den reichen Ländern. Das GATT war verträglich mit nationalen Eigeninteressen und gab der inländischen Wirtschaftspolitik Vorrang. Die ideologische Trendwende, die um das Jahr 1980 stattfand, ordnete das binnenwirtschaftliche Geschehen sowohl den Erfordernissen des internationalen Handels als auch des Finanzwesens unter. Vorreiter und Befürworter der neuen Philosophie waren die politischen Verantwortlichen in den USA und Großbritannien. Die Globalisierung – so Rodrik – wurde zum Selbstzweck und häufig zum Ersatz für Entwicklungspolitik.

Im zweiten Teil stehen Beispiele wirtschaftlicher Entwicklung und Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern im Mittelpunkt. Rodrik zeigt Beispiele für eine erfolgreiche Industrialisierung und Modernisierung u.a. in den Ländern Japan, Südkorea, Taiwan, China, Mauritius und Südafrika. Sie wählten unterschiedliche Mittel und Wege, um ein bestimmtes Wachstumshemmnis zu beseitigen. Dabei war ihnen gemein, dass sie sich für mehr staatliche Kontrolle entschieden, z.B. Zölle, Sonderwirtschaftszonen, Subventionen, steuerliche Anreize u.v.m. In der Entwicklungspolitik fordert Rodrik Freiräume für unorthodoxe Lösungen statt ein liberales Checklisten-Prinzip. Die Liberalisierung des Außenhandels und des internationalen Kapitalverkehrs sei genauso wenig für alle die beste Lösung wie die undifferenzierte Übernahme von Institutionen.

Bevor der Autor im dritten Teil seine Reformvorschläge für die Zukunft der Weltwirtschaft entwirft, setzt er sich mit den Spannungen und Zielkonflikten zwischen Demokratie, nationaler Selbstbestimmung und Hyperglobalisierung auseinander. Alle drei Errungenschaften seien nicht miteinander vereinbar. Er fordert, Demokratie und nationale Selbstbestimmung sollten uns wichtiger sein als eine Hyperglobalisierung. Sein Szenario „Kapitalismus 3.0“ ist eine reformierte Form des Kompromisses von Bretton Woods und basiert auf sieben Grundsätzen (S.305-318):

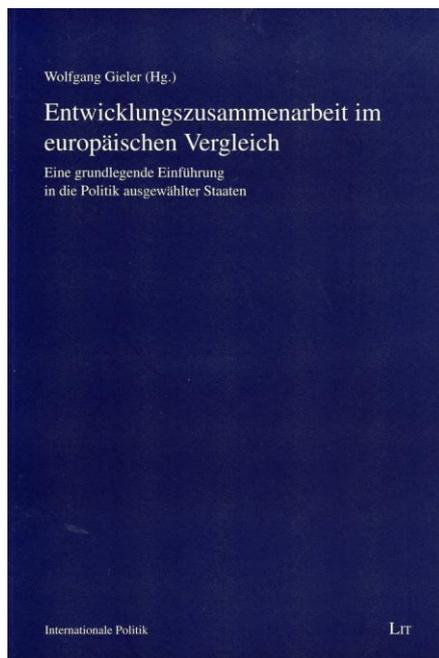
1. Märkte müssen fest in politische Ordnungssysteme eingebettet sein.

2. Demokratische Regierungen und politische Überzeugungsgemeinschaften organisieren sich nach wie vor auf Nationalstaatsebene.
3. Es gibt nicht den „einen Weg“ zum Wohlstand.
4. Länder haben das Recht, ihre eigenen sozialen Strukturen, Vereinbarungen, Regelwerke und Institutionen zu verteidigen.
5. Länder haben nicht das Recht, anderen ihre Institutionen aufzuzwingen.
6. Sinn und Zweck internationaler Wirtschaftsabkommen muss es sein, Verkehrsregeln für die Schnittstellen zwischen nationalen Institutionen festzulegen.
7. Nicht-demokratische Länder können nicht auf dieselben Rechte und Privilegien innerhalb der internationalen Wirtschaftsordnung pochen wie Demokratien.

Ob seine Grundsätze gegenüber autoritär regierten Ländern, wie z.B. China, durchzusetzen sind, bleibt anzuzweifeln. Rodrik greift zwar diese Kritik auf, aber bleibt in seinen konkreten Lösungsansätzen vage. Seine Handlungsvorschläge gegenüber China muten in Teilen illusorisch an. Beispielsweise wenn er rät, nicht-demokratischen Ländern Opt-Outs aus internationalen Abkommen unter der Voraussetzung zu gewähren, dass sie ihre Motive offen darlegen.

Rodriks Argumentation ist stringent aufgebaut. Auch wenn nicht jeder Rodriks Thesen folgen wird, regt doch das vorliegende Buch die Debatte über die Vor- und Nachteile der Globalisierung weiter an. Wenn sie in der breiten Öffentlichkeit und nicht allein in wirtschaftswissenschaftlichen Fachkreisen geführt wird, hat Rodrik einen Beitrag dazu geleistet.

Navina Engelage



Wolfgang Gieler (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit im europäischen Vergleich. Eine grundlegende Einführung in die Politik ausgewählter Staaten
Lit. Verlag. Berlin 2012, 276 S.

Das Buch liefert eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ausgewählter europäischer Staaten und schließt damit eine spürbare Lücke, da die Entwicklungspolitiken europäischer Staaten sowie ihrer Nichtregierungsorganisationen nicht miteinander verknüpft sind und gegenseitige Information und Kooperationen eher die Ausnahme darstellen.

Die einzelnen Länderbeiträge folgen einem vorgegebenen identischen Themenkatalog: Historischer Abriss, gesetzliche Grundlagen, Institutionalisierung, Umfang der öffentlichen Leistungen sowie Bewertung und Ausblick. Auf diese Weise – so der Herausgeber – sei Kompatibilität gewährt und könne man Rückschlüsse auf die Gestaltung der jeweiligen Entwicklungspolitiken ziehen. Bei den Autoren/innen handelt es sich um durchgängig jüngere Experten/innen der Universitäten Jena, Münster und Siegen.

In seiner Einführung setzt sich *Gieler* in einem historischen Abriss vornehmlich mit den Begrifflichkeiten „Europa“ und „Entwicklungsländer“ auseinander. Er kommt zum Ergebnis, dass die europäische Identität gegenwärtig an einen Populismus geknüpft werde, der auf den Doktrinen „Bürgerlichkeit“ und „weiße Hautfarbe“ fuße, in Opposition zur islamischen und sog. „Dritten Welt“. Da Europa innerlich in Nationalstaaten gespalten sei, bestehe ganz offensichtlich das Bedürfnis, es äußerlich mit der Konstruktion eines Feindbildes zu vereinen. Zwar sei in der Forschung die evolutionistische Vorgehensweise durch eine funktionalistische ersetzt worden, aber weiterhin würden bedauerlicherweise sehr häufig Begriffe wie „primitive Gesellschaft“ und „unterentwickelte Länder“ verwendet. Während diese Begriffe für außereuropäische Völker unter anderem Angst, Demut und Unterlegenheitsgefühle implizieren, evozieren sie bei Europäern nicht selten falschen Stolz, Hochmut und Besserwisserei.

An diese Einführung schließen sich die alphabetisch geordneten Einträge zu einzelnen europäischen Ländern an. Behandelt werden in unterschiedlich langen Texten folgende Staaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, die Schweiz, Slowenien und Spanien.

Hier ist sicher nicht der Ort, um auf all diese recht ausführlichen und differenzierten Beiträge detailliert einzugehen, allgemein kann allerdings festgestellt werden, dass jedes der besprochenen Länder seinem jeweiligen durch Geschichte, Sicherheitsvorstellungen, politische Traditionen und Wirtschaftsinteressen geprägten Pfad folgt – und man sich

mit direkten Vergleichen folglich schwer tut. Grundsätzlich kann aber zwischen denjenigen Ländern unterscheiden werden, die Kolonialstaaten waren, und jenen, die nicht auf eine koloniale Tradition zurückblicken. Zu letzteren gehören in der vorliegenden Untersuchung Finnland, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, die Schweiz, und Slowenien. Polen und Slowenien sind zudem Staaten, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs der sozialistischen Staatenwelt angehörten und die nach der Wende des Jahres 1989 ganz andere politische und wirtschaftliche Ausgangsbedingungen hatten als zum Beispiel die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten Schweden und Norwegen.

Die hier vorgestellten einstigen – größeren und kleineren – Kolonialmächte Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Portugal und Spanien unterhalten auch nach der Dekolonialisierung besondere Beziehungen zu ihren einstigen außereuropäischen Kolonialgebieten. Hier gibt es eine lange existierende Tradition der Kooperation und wirtschaftliche Verflechtungen, die in besonderem Maße die neokoloniale Klientelpolitik und die Eigeninteressen der einstigen Kolonialmächte (z. B. die privilegierte Beziehungen zu Frankreich oder die „Commonwealth-zentrierte“ Entwicklungspolitik Großbritanniens) bedienen. Diese Entwicklung wird durch die Aktivitäten international aktiver NGO und die Europäisierung der EZ kontrastiert, was dazu beitragen kann, dass nationale Profitinteressen der Geberländer und Empfängereliten zugunsten von Programmen, die in den betroffenen Ländern der Armutsbekämpfung und dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Ansätze dienen, zurückgedrängt werden.

Aktuell lässt sich überdies feststellen, dass auch jene Staaten, die wie die skandinavischen, Belgien, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande bisher großzügige Hilfen zur Armutsbekämpfung und Wirtschaftshilfe gewährten, ihre Entwicklungspolitik stärker auf Selbsthilfefähigkeit konzentrieren. Budgets werden gekürzt und die Zahl der unterstützten Länder reduziert, der private Sektor noch stärker in die EZ eingebunden.

Angesichts der anhaltenden europäischen Wirtschaftskrise sind Staaten wie Portugal und Spanien in eine Situation geraten, in der sie selbst auf die massive Unterstützung der EU angewiesen sind. Mit drastischen Sparzwängen konfrontiert, dürften sie kaum noch über Spielräume verfügen, um ihre EZ aufzustocken oder effizienter zu gestalten. Ferner muss konstatiert werden, dass nicht wenige der hier präsentierten Staaten, ihr – den Empfehlungen der OECD folgendes –Versprechen, 0,7 Prozent ihres BNE für öffentliche EZ aufzuwenden, nicht erfüllen können. Sicherlich sind damit auch die Ziele des Millennium Development Goal-Prozesses an der einen oder anderen Stelle deutlich gefährdet.

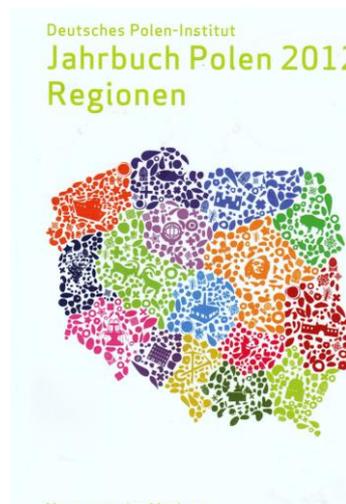
Aufgrund der enormen Unterschiede im Hinblick auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Größe und Bevölkerungszahl sowie die differenzierten entwicklungspolitischen Ziele der hier vorgestellten europäischen Staaten verzichtet der

Herausgeber auf eine vergleichende abschließende Wertung, was aus Sicht des Rezensenten plausibel erscheint.

Insgesamt stellt dieser gut redigierte und mit zahlreichen Fachbibliographien versehene Band ein klar strukturiertes, übersichtliches Nachschlagewerk dar, das nicht nur erste Einblicke erlaubt, sondern es auch möglich macht, Einzelthemen adäquat zu vertiefen.

zw

Deutsches Polen-Institut. Jahrbuch Polen 2012 Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2012, 185 S.



In einem ersten Aufsatz berichtet *Józef Krzyk* über die Erfolge der territorialen Selbstverwaltung in Polen, die in erheblichem Maße zum Ausbau der Infrastruktur des Landes beigetragen und das subsidiäre Denken und Handelnd der Akteure gestärkt hat. Dies ist allerdings der Tatsache geschuldet, dass die Zentralverwaltung in Warschau recht häufig nicht in der Lage ist, ihren Pflichtaufgaben nachzukommen. In diesem Kontext kann sicherlich konstatiert werden, dass die EU-Transfers vor und nach dem EU-Beitritt Polens im Mai 2004 die Möglichkeiten der territorialen Selbstverwaltung in hohem Maße begünstigt haben. *Janusz Majcherek* beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Wählergeografie im heutigen Polen. Typisch sei weiterhin das gravierende Stadt-Land-Gefälle, das sich auch mit der West-Ost-Teilung des Landes in ein Polen A (Mehrheit linksliberaler Stimmen) und ein Polen B (Mehrheit nationalkonservativer Stimmen) decke. Großstädte bilden deshalb auch in rechtskonservativen Regionen linksliberale Enklaven. Allerdings gewinne die Bürgerplattform (PO) auch auf dem Lande an Wählerzuspruch, während der Anteil der nationalkonservativen PiS-Wähler/innen auch hier sinke. Interessanterweise wird das Wählerverhalten allerdings noch immer durch die politischen Haltungen und Einstellungen entlang der einstigen Grenzen der polnischen Teilungsgebiete geprägt.

Der Frage, ob die polnische Regional- und Metropolenpolitik eher die Kohärenz oder die Konkurrenz fördere, geht *Iwona Sagon* nach. Noch immer sei die Teilung in ein westliches, prosperierendes Polen A und ein östliches, weniger entwickeltes Polen B, deren Grenze entlang der Weichsel verlaufe, für die regionale Entwicklung des Landes bestimmend. Dies sei ein Erbe der zwischen 1772 und 1918 existenten Teilungen Polens mit den unterschiedlichen Niveaus in den Bereichen Urbanisierung, Verkehrswege, landwirtschaftliche Strukturen sowie Konzentration von Produktions- und Dienstleistungszentren. Entsprechend der im Juli 2010 von der Regierung verabschiedeten Nationalen Strategie zur Regionalentwicklung 2010 bis 2020 soll das darin enthaltene Polarisations-Diffusions-Modell zunächst die Unterschiede zwischen den Regionen verstärken, bevor die Wachstumsimpulse dann über die Zentren hinüber wirken können. Wichtigste Entwicklungszentren bleiben jedoch die Metropolen, während die Regionen hier kaum mithalten können. *Jacek Schmidt* liefert einen profunden historischen Abriss über die West- und Nordgebiete Polens und berücksichtigt dabei in erster Linie die gewaltigen Bevölkerungstransfers nach dem 2. Weltkrieg mit den hieraus resultierenden, sehr weitreichenden Folgen. Er kommt für die Gegenwart zum Ergebnis, dass nach der Systemwende der Jahre 1989/1990 und der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD von polnischer Seite eine Konzeption der Multikulturalität der West- und Nordgebiete propagiert werde, ohne dass dabei – wie in der Ära der VR Polen – die kulturbildende Rolle der deutschen Seite herabgewürdigt werde.

Mit dem „Marsch der schlesischen Autonomisten“ beschäftigt sich der Aufsatz von *Krzysztof Karwat*. Der Autor kommentiert zunächst das gute Abschneiden der

„Bewegung Autonomes Schlesien“ (Ruch Autonomia Śląska, RŚA) bei den Kommunalwahlen des Jahres 2010, als man mit 120.000 Stimmen ein beachtliches Ergebnis von 8,5 Prozent erzielte. Analysiert werden ferner die politischen Auseinandersetzungen über die Deutungen des Autonomiebegriffs, die Umstände des Koalitionsbündnisses zwischen PO und RŚA im schlesischen Regionalparlament sowie die sich belebende Kontroverse um den Autonomiestatus Schlesiens. Ebenso wird die Debatte über die Existenz oder Nicht-Existenz einer „schlesischen Nation“ rekonstruiert.

Das „Pilgerwesen im heutigen Großpolen“ steht im Fokus des Beitrags von *Katarzyna Marciniak*, die mit Hilfe wissenschaftlicher Untersuchungsergebnisse aufzeigt, wie stark das aktuelle Pilgern seinen ursprünglichen Charakter verändert hat. Dies ist unter anderem auf den Einfluss des sehr wirkungsmächtigen Akquisiteurs *Johannes Paul II* zurückzuführen. Aufschlussreich ist aber auch die Tatsache, dass der Anteil der Frauen beim Pilgern unverhältnismäßig viel höher ausfällt als der der Männer sowie der Umstand, dass der Anteil der Landbevölkerung in den letzten Jahren stetig abgenommen hat, während der Anteil städtischer Pilgernder stetig zunimmt. Dies – so die Autorin – sei aber nicht auf ein sich verringerndes Interesse der Dorfbewohner am Spirituellen zurückzuführen, sondern ein Ergebnis der systematisch fortschreitenden Verarmung der polnischen Landbevölkerung.

In einem weiteren Text berichtet *Piotr Marecki* am Beispiel der Zeitschrift „Krasnogruda“ und des Kulturzentrums „Pogranicze“ über die Tradition des polnischen Grenzlandes. Einer ganz ähnlichen Thematik ist der Beitrag von *Hans-Christian Trepte* gewidmet, in der sich der Autor mit einigen sehr bekannten Autoren und Werken des polnischen Grenzlandes (kresy) beschäftigt. Neben den Klassikern *Czesław Miłosz* und *Józef Wittlin*, sind dies auch Vertreter der jüngeren Generation wie *Anna Bolecka*, *Stefan Chwin* oder *Andrzej Stasiuk*. *Robert Trawa*, Begründer der Kulturgemeinschaft „Borussia“, schildert alsdann im Gespräch mit *Peter Oliver Loew* die Genese der polnischen Regionalbewegung nach dem Zusammenbruch der VR Polen. Oberschlesien mit seiner Multikulturalität und die Frage nach der eigenen (einsamen) Identität spielen nota bene nicht nur in diesem Interview, sondern auch in dem sich anschließenden autobiographisch unterfütterten Essay von *Szczepan Twardoch* eine zentrale Rolle.

Es schließen sich ein interessantes „Provinzporträt“ mit konzisen Texten von *Katarzyna Dędek* und beeindruckenden Schwarz-Weiß-Fotos von *Jacenty Dędek* sowie weitere Essays von *Edyta Gietka*, *Kazimierz Kutz*, *Daniel Odija*, *Michał Olszewski*, *Mariusz Sieniewicz* sowie Gedichte von *Kazimierz Brakoniecki* an.

Wie immer liefert das Jahrbuch Polen 2012 eine Menge neuer Informationen und zahlreiche lesenswerte Essays zu einer Thematik, die nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa kontrovers diskutiert wird.

zw

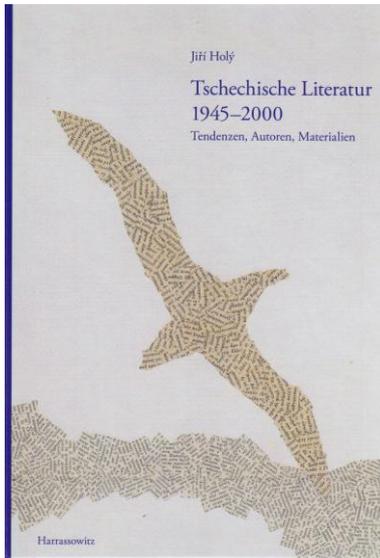
Masha Gessen: Der Mann ohne Gesicht. Wladimir Putin. Eine Enthüllung
Piper. München 2012, 363 S.

Die 1967 in der Sowjetunion geborene *Masha Gessen* war 1981 in die USA gegangen und als Auslandskorrespondentin nach Russland zurückgekehrt. Zuletzt arbeitete sie als Chefredakteurin der Reisezeitschrift „Um die Welt“ (*Wokrug Sweta*). Im August weigerte sie sich, einen Mitarbeiter zur jüngsten spektakulären Putin-Show (Flug im Hängegleiter, quasi als Muttertier die westsibirischen Nonnenkraniche zu ihren Winterquartieren führend) zu entsenden und wurde prompt entlassen. Sie beschreibt in ihrer Enthüllung und das ist hier wörtlich zu nehmen, *Wladimir Putin* als einen Mann der Häutungen, bei dem irgendwann der kalte Alleinherrscher, der neue Diktator und absolute Herrscher des heutigen Russland zum Vorschein kommen wird. Auch wenn ein mit russischem Geld gut bezahlter Ex-Kanzler sich nicht zu schade war, seinen Freund *Putin* als „lupenreinen Demokraten“ zu kennzeichnen, wurde doch gerade in den vergangenen Monaten noch einmal sehr deutlich, dass der Mann im Kreml alles andere als das ist. Aber er ist immer wieder unterschätzt worden, das hat *Masha Gessen* von ehemaligen Weggefährten, politischen Gegnern und kritischen Beobachtern erfahren und kann das sehr anschaulich beschreiben.

„Putin, der anscheinend weder eine Persönlichkeit noch persönliche Interessen besaß“ war den einen lenk- und formbar erschienen, andere hatten ihn für mutig und diszipliniert, aber nicht heimtückisch und gierig gehalten, als er die Nachfolge von *Boris Jelzin* antrat. *Masha Gessen* zeigt auf, wie sehr sich seine Förderer, Lenker und Steigbügelhalter geirrt haben. Auf 363 Seiten zeichnet die Autorin nicht allein ein Bild des starken Mannes in Russland, sie erklärt anhand der Geschichte, des gesellschaftlichen Wandels und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht nur im Blick auf die letzten Jahrzehnte wie es so kommen konnte, dass dieses Land sich so schwer tut tatsächlich demokratische Strukturen aufzubauen und zu erhalten.

Dass der gelernte KGB-Mann *Wladimir Putin* mit Sicherheit der letzte ist, der sich als aktiver Demokrat für sein Volk einsetzen wird, erkennt der Leser schnell und mit Bedauern oder Erschrecken. Dass aber am Rad der Macht mit solcher Kraft gedreht wird, wie es *Masha Gessen* beschreibt und man es anhand der aktuellen Tagespolitik in Russland sehen kann, kann wirklich Angst machen. Der Autorin gelingt es sehr plausibel zu erklären wie es dazu kommen konnte, nicht aber zwangsläufig hätte kommen müssen. Denn in Russland gab es eine kurze Periode, in der auch Journalisten nicht nur Marionetten waren. Für die Autorin hat sich Russland längst zurückverwandelt in die Sowjetunion. Sie heißt nur noch nicht wieder so. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Bodo Kohlmeyer



Jiří Holý: Tschechische Literatur 1945-2000. Tendenzen, Autoren, Materialien. Ein Handbuch. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2011, 237 S.

Dieses von *Gertraude Zand* herausgegebene und gemeinsam mit *Hanna Vintr* ins Deutsche übersetzte Handbuch der tschechischen Literatur von 1945-2000, das aus der Feder von *Jiří Holý* stammt, wendet sich in erster Linie an Studierende und Lehrende der Bohemistik und Slawistik, ist vom Autor aber in einer so verständlichen und leserfreundlichen Sprache verfasst worden, dass auch Literaturliebhaber und interessierte Laien auf ihre Kosten kommen.

Die Herausgeberin hebt im Vorwort zurecht hervor, dass *Holý* in seinem Werk einerseits die analytischen und literaturgeschichtliche Tradition des tschechischen Strukturalismus (*J. Mukařovský, F. Vodička*), andererseits aber auch die hermeneutische Strömung der tschechischen Literaturwissenschaft mit der Einbeziehung der individuellen Persönlichkeit des Autors (*F. X. Šalda*) berücksichtigt habe. Dies gilt besonders für das 1. Kapitel „Tendenzen“, in denen die (kultur)politischen Rahmenbedingungen – samt ihrer dramatischen Wendungen und Wechsel – für die Produktion und Rezeption tschechischer Literatur beleuchtet werden. Die Darstellung reicht von einer Charakteristik der Nachkriegsjahre, über die Periode des Stalinismus (1948-1956), die Jahre des Tauwetters (1956-1963), die sog. Goldene Periode (1963-1969) sowie die Jahre der Normalisierung (1969-1989) bis in die Zeit der politischen Wende (1989-2000), in der sich mit dem Systemwechsel auch der totale Funktionswechsel der Literatur einstellte. Besonders lesenswert scheinen mir für die Epoche von 1948-1956 die Abschnitte über die Exilliteratur und die Literatur im Untergrund zu sein, da sich deren Autoren erfolgreich darum bemühten, eine Kulturtradition weiter zu pflegen, die durch den Stalinismus und die Postulate des sozialistischen Realismus abrupt unterbrochen worden war. (S.30)

Die Zeit des Tauwetters (1956-1963) wurde in der Tschechoslowakei durch die vehemente Kritik der beiden Schriftsteller *František Hrubín* und *Jaroslav Seifert* eingeleitet, die unter anderem forderten, dass die Literatur wieder zum „Gewissen der Nation“ werden sollte. Jetzt wurden die Kontakte zum westlichen Ausland erneuert und die Werke solcher Autoren wie *Heinrich Böll, Alberto Moravia* oder *Ernest Hemingway* konnten in der Tschechoslowakei erscheinen. Lyrik, Drama und Prosa befreiten sich vom Diktat des sozialistischen Realismus.

Einen weiteren wichtigen Schritt stellte die Liberalisierung in den „Goldenen Sechziger Jahren“ dar. Der tschechoslowakische Film blühte auf und anspruchsvolle Literaturzeitschriften wie „*Literární noviny*“ (Literaturzeitung) und „*Divadlo*“ (Theater) erfreuten sich großer Beliebtheit. Eine wichtige Rolle spielte auch die Übersetzung westlicher Literatur (*Jerome David Salinger, Jack Kerouac, Hermann Broch, Albert Camus, Jorge Luis Borges, Gabriel Garcia Márquez*) sowie die Tatsache, dass die

Werke *Alexander Solschenizyns* erscheinen konnten. In diese Phase fällt auch die Polemik über die Bedeutung der tschechischen Avantgarde sowie das Aufblühen und die Rezeption des „liberalen Marxismus“, der den Theoremen der „Frankfurter Schule“ stark ähnelte. Die „Vogelperspektive“ in der Prosa der 1950er Jahre wurde nun durch die „Froschperspektive“ ersetzt, subjektive Wahrnehmung und das Individuum rückten in den Vordergrund des literarischen Schaffens. In der Literaturtheorie wurde die Widerspiegelungstheorie durch die Theoreme der Prager Strukturalistischen Schule ersetzt, die das künstlerische Werk als autonomes Zeichen definierte. (S.56) Experimentelle Literaturrichtungen wie Surrealismus und Dadaismus, aber auch die sog. Konkrete Poesie als bewusst künstlich konstruierte Lyrik, kamen zur Geltung.

Dementsprechend bedeutete die Niederschlagung des Prager Frühlings (1968) eine brutale Zäsur, die auch das Kulturleben massiv betraf. Die Hoffnungen auf eine weitere Demokratisierung der tschechoslowakischen Gesellschaft und einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ mussten für lange Zeit begraben werden.

„Agenten der Konterrevolution“ wie etwa *Pavel Kohout* und *Václav Havel* wurden vom Regime entschieden bekämpft, mehr als 500.000 Menschen verloren ihre Arbeit, während ca. 120.000 Tschechoslowaken nach dem August 1968 nicht in ihre Heimat zurückkehrten. Darunter zahlreiche bedeutende Schriftsteller wie *Josef Škvorecký*, *Arnošt Lustig* oder *Věra Linhartová*. In den 1980er Jahren sollten ihnen u.a. *M. Kundera*, *Pavel Kohout*, oder *Jiří Gruša* ins Exil folgen. Durch die Säuberungen verwandelte sich die ČSSR in einen „Kulturfriedhof“, der tschechische Schriftstellerverband wurde aufgelöst und durch einen neuen, linientreuen ersetzt, dem sich aber nur 115 Literaten anschlossen. Verbotene Autoren wie *Kundera*, *Vaculík* und *Václav Havel* waren brutalen Angriffen ausgesetzt. Während Autoren, die der offiziellen Literatur angehörten, nichts zu befürchten hatten, erhielten die Samizdat-Autoren, die vom Geheimdienst verfolgt wurden, Publikationsverbot und mussten zwecks Broterwerbs den unterschiedlichsten Berufen nachgehen. *Bohumil Hrabal* war bei weitem nicht der einzige tschechische Schriftsteller, dessen Prosawerk nur zensiert in der ČSSR erscheinen konnte, während die unzensierten Texte zeitgleich im Samizdat und im Ausland publiziert wurden. (S.83) Die Samizdat-Literatur nahm stetig an Bedeutung zu und blühte im Kontext der Bürgerbewegung Charta 77 regelrecht auf. Zwar gab es weiterhin eine nicht unbedeutende Exilliteratur, echte Erfolge stellten sich für die Autoren aber erst dann ein, wenn ihre Werke in die jeweiligen Landessprachen übersetzt wurden.

Die Jahre nach der Wende (1984-2000) brachten schließlich die Vereinigung von offizieller mit der Samizdat- und Exilliteratur. Die Literatur entfaltete sich nunmehr ohne ideologische Barrieren, war jetzt aber viel stärker den Marktgesetzen und dem Geschmack eines Massenpublikums unterworfen. Immerhin entstanden zahlreiche neue Literaturzeitschriften und auch die Literaturgeschichtsschreibung meldete sich verstärkt zu Wort (Bibliographien des Samizdat und der Exilliteratur sowie Lexika tschechischer Prosa). Gleichzeitig setzte eine ungebremste Kommerzialisierung ein, Konsum- und

Science-Fiction-Literatur fanden große Verbreitung. Literatur, Theater und Film bildeten jetzt nicht mehr den Ersatz für ein nicht vorhandenes politisches Leben. Die Literaten verloren zusehends ihre Reputation. Oder mit den Worten *Jiří Kratochvíl*: „Wenn der Bürger auflebt, wird der Schriftsteller obsolet“. (S.119) In Tschechien war nach der samtenen Revolution das große Interesse an der Literatur verebbt. (S.134)

Der II Teil des Bandes, der die Überschrift „Autoren“ trägt, besteht aus Lexikoneinträgen zu den wichtigsten zeitgenössischen tschechischen Schriftstellern. Der Kurzbiographie eines Autors folgen die Charakteristik seines Gesamtwerks, die Werksbibliographie (mit Nennung der ins Deutsche übersetzten Titel) sowie ein Block mit Sekundärliteratur, in dem vorwiegend Veröffentlichungen in tschechischer, deutscher und englischer Sprache berücksichtigt wurden. Teil II ist ein gut gegliedertes, kompaktes und übersichtliches Nachschlagewerk, in dem sich *Holý* auf das Wesentliche beschränkt, einem interessierten Leser allerdings die Möglichkeit eröffnet, sich bei Bedarf erheblich intensiver mit einem Autor und seinem Werk zu beschäftigen.

Schließlich Teil III des Handbuchs, in dem deutschsprachige Anthologien zur tschechischen Literatur in chronologischer Abfolge aufgeführt werden; des Weiteren einschlägige Bibliographien, Handbücher und wissenschaftliche Literatur.

Dieses lesenswerte und gut handhabbare Lexikon der tschechischen Literatur von 1945-2000, das darüber hinaus mit einer ganzen Reihe schwarzweißer, einfühlsamer Porträtaufnahmen namhafter tschechischer Autorinnen und Autoren ausgestattet wurde, schließt mit einem erfreulich übersichtlichen, fehlerfreien Namenregister ab, das den Umgang mit den handelnden Personen und ihren Texten erheblich erleichtert.

zw

Gedenken

Theo Mechtenberg

Späte Ehrung für Jan Karski – und der Fauxpas des amerikanischen Präsidenten

Am 30. Mai 2012 ehrte Präsident Barack Obama den im Jahr 2000 verstorbenen polnischen Emissär des Zweiten Weltkriegs posthum mit der höchsten zivilen Auszeichnung der USA, der Freiheitsmedaille. Es war ein Akt später Anerkennung und Wiedergutmachung, mit dem ein Jahrzehnte langes Schweigen beendet und die Erinnerung an Karski und seine letztlich gescheiterte Mission neu geweckt wurde. Im besetzten Polen hatte er sich als Offizier der im Untergrund agierenden Heimatarmee in besonderer Weise dem Schicksal der in Gettos eingesperrten und zur physischen Vernichtung bestimmten Juden verbunden gefühlt. Er hatte das Warschauer Getto illegal aufgesucht, um sich ein Bild von den dort herrschenden unmenschlichen Zuständen zu verschaffen, hatte dort mit führenden Juden Gespräche geführt und sich unweit von Lublin in ein Vernichtungslager einschleusen lassen. Durch dieses gefährvolle Unternehmen wurde er wie kaum ein anderer zum Augenzeugen des drohenden Holocaust. Um diese Katastrophe abzuwenden, nahm er die schwierige Mission auf sich, aus dem besetzten Polen im Auftrag der polnischen Exilregierung in die USA zu gelangen, wo er mit Journalisten, hohen Militärs und Politikern Kontakt aufnahm. Ihnen schilderte er seine gewonnenen Eindrücke in der Hoffnung, die öffentliche Meinung dahingehend beeinflussen zu können, dass die Alliierten alles ihnen diplomatisch und militärisch Mögliche unternehmen würden, die Millionen von der Vernichtung bedrohten Juden zu retten. Er erreichte es, zu Präsident Roosevelt vorgelassen zu werden. Das überlieferte Gespräch mit dem damals mächtigsten Mann der Welt ist geradezu symptomatisch für die Vergeblichkeit der von Karski unternommenen Bemühungen. Als er im Juli 1943 im Weißen Haus Präsident Roosevelt gegenüber saß und ihm über die jüdische Tragödie Bericht erstattete, hat dieser ihn unterbrochen und sich – nach Pferderennen im Generalgouvernement erkundigt. Am Ende wurde er mit der Floskel abgespeist: „Sagen Sie ihrer Nation, dass wir für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen werden.“ Für seine Mission wurde Karski nach dem Ende kommunistischer Herrschaft im freien und demokratischen Polen mit der höchsten militärischen und zivilen Auszeichnung geehrt, dem Orden „Virtuti Militari“ und dem Orden vom „weißen Adler“.

Wer war Jan Karski?

Der am 24. Juni 1914 als Jan Kozielski in Łódź geborene und am 13. Juli 2000 in Washington verstorbene Karski zählt zu jenen Persönlichkeiten, die als „Gerechte unter den Völkern“ in die Geschichte eingehen. Für ihn war der von ihm ausgeführte, wenngleich gescheiterte Auftrag keine einmalige Mission, sondern ein sein ganzes Leben bestimmendes Los. Er hat unter dem Scheitern seiner Mission schwer gelitten, hat Phasen tiefer Depression durchlebt und wie kaum ein anderer Nichtjude bis zu

seinem Tod im Bewusstsein des Holocaust gelebt. Die Vernichtung der Juden laste unaufhebbar – so seine wiederholte Aussage – wie ein dunkler Schatten auf der gesamten Menschheit. Sie habe damit einen „zweiten Sündenfall“ begangen. „Ob auf Geheiß oder Nachlässigkeit, aus selbst verschuldetem Unwissen oder aus mangelnder Sensibilität, aus Egoismus oder Heuchelei, oder auch aus kalter Berechnung – diese Sünde wird die Menschheit bis zum Ende der Welt verfolgen. Sie verfolgt mich. Und ich will, dass dies so bleibt.“¹

Auf der 1981 der Vernichtung der Juden gewidmeten Washingtoner Konferenz sagte Karski von sich, er sei durch seine Mission „damals zum Juden geworden.“ Durch seine jüdische Frau, die ihre Angehörigen in den Gettos, Konzentrationslagern und Krematorien verloren habe, die später unter dieser Last Selbstmord beging, seien die ermordeten Juden zu seiner „eigenen Familie“ geworden. Er, der praktizierende Katholik, politisch links orientiert, verstand sich als „christlicher Jude“. Der Preis dieser zu den gängigen Schemata quer stehenden selbst gewählten Identität war Einsamkeit. Sein Kampf gegen den Antisemitismus in seiner Heimat war kompromisslos – und machte ihn in national-katholischen Kreisen unbeliebt. Als in den 1990er Jahren das Haus seines Freundes Marek Edelman mit antisemitischen Parolen beschmiert worden war, wandte er sich in einem Brief an ihn entschieden gegen die offiziell herrschende Verharmlosung: „Wer in Polen regiert und sagt, dass Schriften auf Mauern wie 'Juden ins Gas', 'Juden raus', 'Polen den Polen' nichts weiter seien als unschuldige Jugendstreiche, der gehört nicht zur Machtelite der westlichen Welt. Wer solches toleriert, begünstigt es und wird mitverantwortlich.“²

Der Fauxpas des Präsidenten

Die Ehrung, die Jan Karski, seit 1954 Bürger der Vereinigten Staaten, Jahre nach seinem Tod erfuhr, war leider durch einen Fauxpas des Präsidenten überschattet. In seiner Rede hatte er von „polish death camps“ gesprochen. Auch wenn aufgrund des Kontextes kein Zweifel bestand, dass es sich um die von Deutschen im besetzten Polen errichteten Vernichtungslager handelte, so stieß doch die von Barack Obama gewählte Formulierung beim anwesenden polnischen Botschafter auf Unverständnis und Widerspruch. Immer wieder hatten in der Vergangenheit ähnliche Aussagen die Gemüter in Polen empört und Regierungsstellen zu Protesten bewogen. Derlei Äußerungen sind auch nicht durch den geographischen Hinweis zu rechtfertigen, die Lager hätten sich schließlich auf polnischem Boden befunden. Einem deutschen Kommentator würde es im Traum nicht einfallen, die von den Sowjets nach Ende des Zweiten Weltkriegs in ihrer Besatzungszone errichteten Lager, in der tausende schuldige wie unschuldige Deutsche umkamen, statt „sowjetische“, „deutsche“ Lager zu nennen. Unmittelbar nach der Festveranstaltung ließ der polnische Botschafter die Amerikaner wissen, dass die von ihrem Präsidenten gewählte unglückliche Formulierung nicht hinnehmbar sei und korrigiert werden müsse. Diese zeigten sich zunächst abwehrend

¹ Bogdan Białek, Złecenie od Pana Boga. In: Tygodnik Powszechny.. 10.06. 2012, S. 4
² Ebd.

und konsterniert, hatten sie doch von polnischer Seite Dankesworte erwartet. Sie waren bemüht, den Vorgang unter Hinweis auf die gute Intention Obamas zu bagatellisieren. Im Weißen Haus erkannte man aber wohl, dass schnell eine Richtigstellung erfolgen müsse, um den unangenehmen Vorgang aus der Welt zu schaffen. Bereinigt wurde diese Angelegenheit letztendlich durch einen Briefwechsel zwischen den Präsidenten beider Länder, Bronisław Komorowski und Barack Obama.

Doch die Frage bleibt, wie es überhaupt zu diesem Fauxpas kommen konnte. Ihn dem Redenschreiber des Präsidenten anzulasten, ist keine Erklärung. Sachdienlicher ist da schon die Antwort des amerikanischen Historikers Timothy Snyder.³ Er sieht drei Gründe: Erstens die Tatsache, dass die Amerikaner nicht verstehen, was Okkupation bedeutet. Sie haben zwar andere Länder besetzt, sind aber nie selbst besetzt worden. Zweitens herrsche in den USA eine verbreitete Ignoranz dem gegenüber, was weitab in Mitteleuropa passiert. So wisse die Mehrheit der Amerikaner nicht, dass es während des Krieges in Polen überhaupt keinen eigenen Staat gegeben habe, da dieser von den Deutschen und den Sowjets zerstört wurde.

Dass auch Präsident Obama von dieser Ahnungslosigkeit betroffen ist, zeigt Wojciech Pięciak an einem frappierenden Beispiel.⁴ 2008 habe er am Memory Day, dem den Gefallenen gewidmeten Gedenktag, vor Kriegsveteranen folgendes von sich gegebene: Sein Onkel sei durch das, was er bei der Befreiung des Todeslagers Auschwitz erlebt habe, so traumatisiert worden, dass er monatelang das Haus nicht verlassen habe. Die Reaktion der Republikaner ließ nicht lange auf sich warten. Süffisant fragten sie, ob sein Onkel in der Roten Armee gedient habe? Obama war blamiert und zur Richtigstellung genötigt: Es habe sich nicht um Auschwitz, sondern um Buchenwald gehandelt. Am Ende war es nicht einmal Obamas Onkel, sondern ein entfernter Verwandter, während der 84jährige Onkel wissen ließ, er sei durch den Krieg in keiner Weise traumatisiert worden.

Doch zurück zu Timothy Snyder. Als dritten Grund für den Fauxpas des Präsidenten gibt er ein unbewusstes, aber tief verwurzeltes Schuldgefühl an, das darin bestehe, dass den Amerikanern der Sieg über Deutschland nur zur Hälfte gelungen sei. Diese Wahrheit werde durch das fälschliche Bewusstsein verdrängt, alle Länder befreit zu haben. Auch nehme man die Rettung der Juden für sich in Anspruch, wo doch durch die vorrückenden Truppen der Westfront im Vergleich zum Holocaust nur relativ wenige Juden vor ihrer Vernichtung bewahrt worden seien. Zudem wisse der Durchschnittsamerikaner nicht, dass die überwiegende Mehrheit der jüdischen Opfer des Holocaust vor dem Krieg in Polen wohnte, dass Polen ihre Heimat war. Er denke, die Juden, die dort umkamen, seien allesamt aus westlichen Ländern dorthin transportiert und in dortigen Lager umgebracht worden. So komme man leicht zu dem Begriff „polnische Lager“.

³ Komplex Ameryki, Interview mit Prof. Timothy Snyder, ebd., S. 5

⁴ W. Pięciak, Błogosławiona wina Baracka Obama, ebd., S. 3f.

Die unglückliche Formulierung des Präsidenten hat aber auch ihr Gutes. Es sei – so Redakteur Pięciak – eine „gesegnete Schuld“, dass Obama von „polish death camps“ gesprochen habe. Die durch den Fauxpas ausgelösten Proteste hätten dazu geführt, dass das Problem als solches diskutiert wurde. Bisher habe man sich eher mit mäßigem Erfolg gegen die Verwendung des Begriffs „polnische Lager“ gewandt. Nun biete dieser spektakuläre Anlass die Chance, die Weltöffentlichkeit wirksamer zu beeinflussen, so dass die Hoffnung bestehe, künftig von derlei Peinlichkeiten verschont zu werden. Auch trage diese „gesegnete Schuld“ dazu bei, dass die mit der Verleihung der Freiheitsmedaille an Jan Karski verbundene Intention eine zusätzliche Verstärkung erfuhr. In den USA habe man – so Snyder – von Jan Karski bislang so gut wie nichts gewusst. Während des „Kalten Krieges“ habe er an der Universität in Georgetown gelehrt, und niemand habe geahnt, wer er in Wahrheit war. Das habe sich nun radikal geändert.

Dagmar Barzen (Präsidentin der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion)
**Ansprache anlässlich der Gedenkfeier für die Opfer des
 Gefangenen- und Internierungslagers Lamsdorf/
 Łambinowice am 25.07.2012 am Denkmal der
 Gedenkstätte**

Sehr geehrter Herr Woiwode,
 Frau Vizemarschall, Herr Vizemarschall,
 Frau Kuratorin Bilik,
 Herr Generalkonsul,
 sehr geehrter Herr Landesvorsitzender Hörter,
 meine Damen und Herren,

ich danke den Repräsentanten der Woiwodschaft Oppeln, besonders Herrn Woiwoden Wilczyński und Herrn Marschall Sebesta, für ihre freundliche Einladung zum Besuch in Ihrer Woiwodschaft. Der Höhepunkt des Besuchs stellt für mich die Einladung zur Teilnahme an dieser Gedenkfeier für die Opfer des Gefangenen- und Internierungslagers in Lamsdorf dar. Es ist für mich ein ganz besonderer Moment, hier unter dem mächtigen Denkmal zu stehen und zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Verehrte Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler aus der Woiwodschaft Oppeln, aus Rheinland-Pfalz und anderen Bundesländern sowie aus den Partnerregionen Oppelns in der Ukraine, ich glaube, wer unter diesem gewaltigen Denkmal steht und spricht, spürt angesichts des Leidens und Sterbens jener Menschen, die in diesem Lager gequält und getötet wurden, eine große Last an Verantwortung. Auch ich spüre diese Last an Verantwortung als eine Repräsentantin aus Deutschland. Mir fällt angesichts des unsäglichen Leids der Opfer und ihrer Familien eine Zeile eines Gedichts von Paul Celan ein: „Der Krieg ist ein Meister aus Deutschland!“ Wer diesen Vorwurf hört, der aus Celans Feststellung spricht, und ihn sich zu Herzen nimmt, trägt gerade als Deutscher eine hohe Verantwortung für den Frieden. Und darum sehe ich in dieser Feierstunde beides: Ein gemeinsames Gedenken an die Opfer und eine Mahnung an uns alle, für den Erhalt des Friedens über Grenzen hinweg zusammenzustehen und sich für eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Freiheit aktiv einzusetzen.

Wir können viel tun für den Frieden. Wir können uns aktiv für den Frieden einsetzen – uns einsetzen für die Zusammenarbeit zwischen den Menschen aus Nachbarvölkern. Als Regierungen können und sollten wir sie Deutsch-Polnisches Jugendwerk seit 21 Jahren oder durch andere Stiftungen geschieht.

Zusammenarbeit setzt das Bewusstsein um die gemeinsame Verantwortung durch die Kenntnis von kleinen und großen gemeinsamen Herausforderungen unserer Zeit voraus. Und indem wir immer stärker die friedensstiftende Kraft der gemeinsamen Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger unserer Länder erleben, desto mehr steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Kriegsgefahr für immer beseitigt ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten Tagen haben junge Menschen eine solch gemeinsame Verantwortung für alle sichtbar im ehemaligen Lager hier in Lamsdorf eindrucksvoll gezeigt. Sie sind mitten unter uns und kommen aus Ihrer Oppelner Woiwodschaft, aus Rheinland-Pfalz und angrenzenden Bundesländern sowie aus Ihren Partnerregionen in der Ukraine.

Die Treffen der jungen Menschen, die sich in den letzten Tagen hier zur gemeinsamen Arbeit in der Grabpflege, in gemeinsamen Ausflügen und den vielen Gesprächen – über Krieg und Frieden, aber auch über ihre Zukunft ohne Krieg und ohne Armut – zusammengefunden haben, ist als ein Akt der Versöhnung über den Gräbern eine ermutigende Arbeit für den Frieden. Dass diese Treffen nun schon seit 17 Jahren möglich sind, dafür danke ich den Verantwortlichen auf beiden Seiten, den Verantwortlichen im Bildungskuratorium, besonders Ihnen, liebe Frau Kuratorin Bilik, Ihren Mitarbeitern, besonders Herrn Oberschulrat Popiolek, der Leitung und den Mitarbeitern dieser Gedenkstätte, sowie dem Landesverband Rheinland-Pfalz des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge, besonders seinem Vorsitzenden, Herrn Michael Hörter, sowie seinem Landesgeschäftsführer, Herrn Diego Voigt, auf das Herzlichste. Sie alle haben für die jungen Menschen etwas Großartiges geleistet. Sie haben für sie Brücken gebaut. Über diese Begegnungsbrücken haben sie zusammengefunden, um in Verantwortung für den Frieden einige Tage zusammenzuarbeiten und sich dabei kennenzulernen. Und so werden dann auch Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Arbeitsgruppe, spüren, wie aus Nachbarn Partner und aus Partnern Freunde in Europa werden. Dafür darf ich Ihnen allen auch im Namen der rheinland-pfälzischen Landesregierung danken.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Geschichte der Menschenrechte ist leider immer auch die Geschichte ihrer Verletzungen. Wer beim Besuch der Ausstellung in der Gedenkstätte Lamsdorf die hervorragend und einfühlsam dokumentierte Geschichte des Lagers kennenlernt, nimmt auch Anteil an ganz unterschiedlichen Formen der Menschenrechtsverletzungen, die in der Verantwortung jener Regierungen lagen, die dieses Lager eingerichtet haben: Der Regierung Preußens, des deutschen Kaiserreiches, der Diktatur der Nationalsozialisten ebenso wie der Verantwortung der Vier Mächte, die gegen Ende des II. Weltkrieges in Potsdam im Rahmen einer Neuordnung Mitteleuropas eine Bevölkerungsverschiebung von Osten nach Westen beschlossen haben. In der Folge wurden Entwurzelung und Heimatlosigkeit zum Preis des Angriffskrieges der deutschen Wehrmacht, Vertreibung und Verschleppung das gemeinsame Los jener Menschen, die hierher ins Oppelner Schlesien oder auch nach Rheinland-Pfalz aus dem Osten kamen und nach einer neuer Heimat suchten und diese sehr bald in dauerhaft gesicherten Staatsgrenzen fanden.

Sich an sie zu erinnern, ihnen ein ehrendes Gedenken zu bewahren und den Überlebenden heute das Recht auf die Darstellung ihrer eigenen, ganz subjektiven Geschichte zu ermöglichen, dafür, für diesen sehr würdigen Umgang der Gedenkstätte

mit einer Geschichte, die uns Deutsche und Polen miteinander verbindet, möchte ich der Leitung und den Mitarbeitern des Museums des ehemaligen Gefangenen- und Internierungslagers aufrichtig danken.

Wer Gedenkstättenarbeit so versteht, macht sie zur Begegnungsstätte zwischen Polen, Deutschen und Ukrainern, jungen und alten – zu einer Begegnungsstätte, die die Menschen über Generationen und Grenzen hinweg nicht trennt, sondern wahrlich im Geiste der Versöhnung verbindet und neue Grundlagen für den Frieden zwischen den Menschen und ihren Staaten legt.

Es ist der Geist der Solidarität, der die Menschen zusammenkommen ließ, um am Ende der 1970er Jahre in Polen im Kampf für Brot und Freiheit, für Gerechtigkeit und Freizügigkeit, in einer friedlichen Revolution die innere Wiedergeburt Polens als integraler Teil der Wertegemeinschaft Europas herbeizuführen. Eine Solidarität, die auch in den Montagsdemonstrationen in Dresden und Leipzig Jahre später zu spüren war und zur Wiedervereinigung Deutschlands führte.

In der Gestaltung unserer Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und der Woiwodschaft Oppeln beachten wir diese Grundsätze: Wir kommen miteinander ins Gespräch, entdecken Themen, die von gegenseitigem Interesse sind, tauschen unsere Erfahrungen aus und finden nun als Partner neue Lösungen. So z. B. im Schüleraustausch, bei der Entwicklung des ländlichen Raumes oder bei der Lösung der Probleme, die wir gemeinsam mit dem demografischen Wandel haben werden. Immer geht es um die Wiederentdeckung des Gemeinsamen, das uns die Notwendigkeit solidarischen Handelns vor Augen führt.

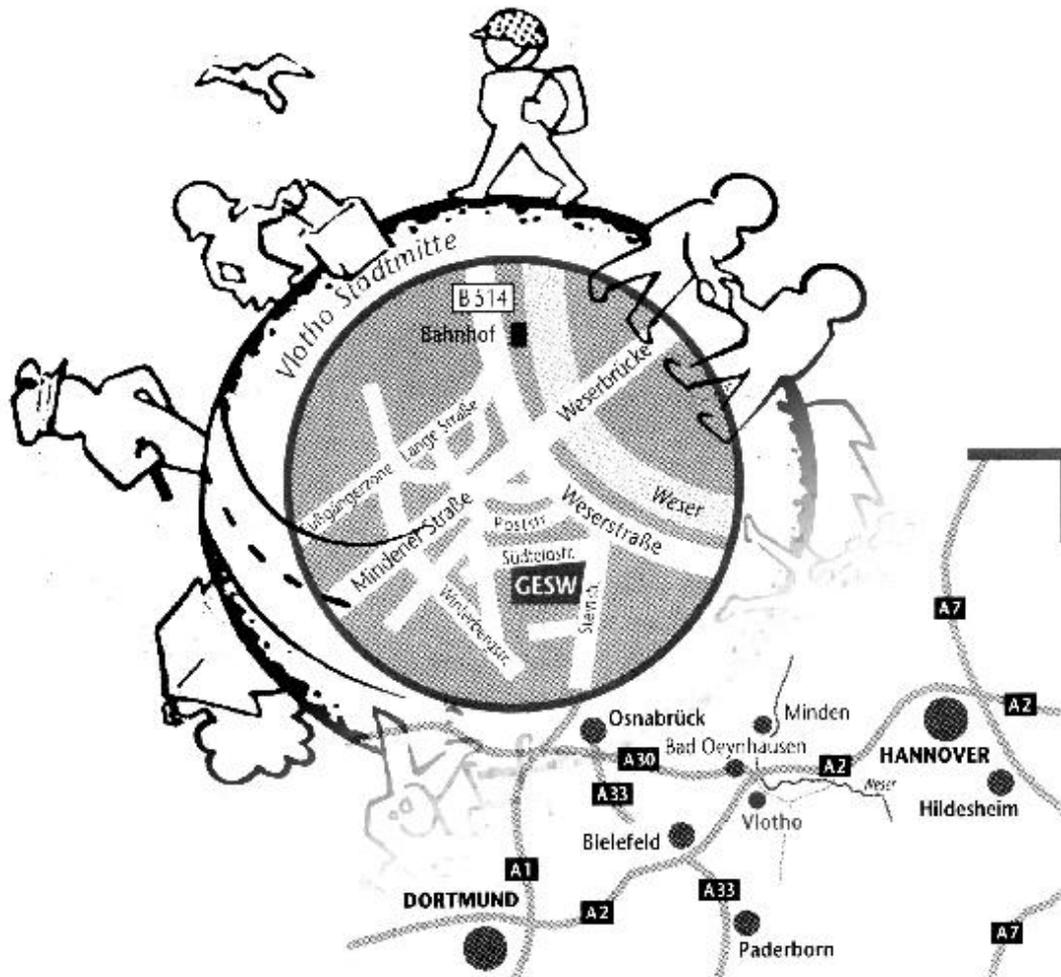
Und wenn uns diese europäische Solidarität in gemeinsamer Verantwortung für den Frieden gelingt, verwandeln wir unsere friedlose Vergangenheit in eine Zukunft des Friedens, der Freiheit und der Solidarität.

Die Geschichte dieser Gedenkstätte lehrt uns etwas sehr wichtiges: Der Frieden in Europa kann immer nur ein gemeinsamer Frieden sein.

Möge dieser Geist der Solidarität uns gerade heute und an diesem Ort miteinander verbinden. Möge die Erhaltung und die Gestaltung unseres Europas uns eine ständige gemeinsame Aufgabe sein.

Ich verneige mich in Ehrfurcht vor den hier ruhenden Toten.

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de